

104. Sitzung

am Dienstag, dem 19. Juni 2012, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 9551

Regierungserklärung des Staatsministers für Unterricht und Kultus

"Bildungsland Bayern: 'Qualität und Gerechtigkeit - Der bayerische Weg'"

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle..... 9551 9589
Martin Güll (SPD)..... 9561
Georg Eisenreich (CSU)..... 9566
Günther Felbinger (FREIE WÄHLER)..... 9569
Thomas Gehring (GRÜNE)..... 9572
Renate Will (FDP)..... 9578
Berthold Rüth (CSU)..... 9584
Eva Gottstein (FREIE WÄHLER)..... 9586

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion

"Stehplatzgarantie in Fußballstadien - bezahlbare Karten und tolle Stimmung erhalten - Gewalt verhindern!"

Harald Güller (SPD)..... 9589
Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 9591 9592
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER)..... 9593
Simone Tolle (GRÜNE)..... 9594
Julika Sandt (FDP)..... 9595
Berthold Rüth (CSU)..... 9596
Harald Schneider (SPD)..... 9597 9598
Manfred Ländner (CSU)..... 9598
Staatsminister Joachim Herrmann..... 9599

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

(Drs. 16/12782)

- Erste Lesung -

Staatsministerin Christine Haderthauer..... 9602
9608
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)..... 9603
Joachim Unterländer (CSU)..... 9604 9605
Harald Güller (SPD)..... 9605
Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER)..... 9605
Renate Ackermann (GRÜNE)..... 9606
Dr. Annette Bulfon (FDP)..... 9607

Verweisung in den Sozialausschuss..... 9609

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Thomas Beyer u. a. und Fraktion (SPD) **eines Bayerischen Spielhallengesetzes (Bay-SpielhG) (Drs. 16/9611)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 16/12872)

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) **eines Bayerischen Spielhallengesetzes (Bay-SpielhG) (Drs. 16/9728)**

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 16/12871)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 16/12192)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses (Drs. 16/12873)

Horst Arnold (SPD).....	9609	Bekanntgabe des Ergebnisses	
Christine Kamm (GRÜNE).....	9611 9617	der namentlichen Schlussabstimmung 16/12192 (s. a.	
Petra Guttenberger (CSU).....	9612	Anlage 2)	9618
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	9614		
Julika Sandt (FDP).....	9615		
Staatsminister Joachim Herrmann.....	9616 9617		
Beschluss		Abstimmung	
zum GRÜNEN-Gesetzentwurf 16/9728.....	9617	über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-	
Namentliche Abstimmung		schäftsordnung nicht einzeln beraten werden	
zum SPD-Gesetzentwurf 16/9611.....	9617	(s. a. Anlage 3)	
Beschluss		Beschluss.....	9618
zum Regierungsentwurf 16/12192.....	9617		
Namentliche Schlussabstimmung		Bestätigung	
zum Regierungsentwurf 16/12192.....	9617	eines Mitglieds des Landessportbeirats	
Bekanntgabe des Ergebnisses		Beschluss.....	9618
der namentlichen Abstimmung 16/9611 (s. a.		Schluss der Sitzung.....	9618
Anlage 1)	9618		

(Beginn: 14.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der Sitzung beginnen können. - Ich darf vorweg sagen: Falls die sommerlichen Temperaturen im Plenarsaal zu hoch werden, dann ist es ausnahmsweise erlaubt, zum Beispiel die Sakkos über den Stuhl zu hängen. Wenn man ans Redepult geht, kann man sich wieder entsprechend kleiden. Das wollte ich nur vorweg sagen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

- Ich schreibe keinen Brief, Frau Kollegin Stahl.

(Zuruf)

- Hitzefrei kann ich nicht geben; das liegt nicht in meiner Hand.

Ich darf die 104. Vollsitzung des Bayerischen Landtags eröffnen. Presse, Funk und Fernsehen sowie die Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist wie immer erteilt worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Regierungserklärung des Staatsministers für Unterricht und Kultus
"Bildungsland Bayern: 'Qualität und Gerechtigkeit - Der bayerische Weg'"**

Hierzu darf ich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist *das* Bildungsland in der Bundesrepublik Deutschland. Wir in Bayern denken die Schule vom einzelnen Kind aus. Wir wollen und müssen einem hohen Anspruch gerecht werden: Jedes Kind hat in Bayern die Chance, seine Talente und Begabungen zu entwickeln. Wir wollen deshalb keine Einheitsschule für alle, sondern wir wollen den Bildungserfolg des Einzelnen. Vielfalt, nicht Einfachheit, das kennzeichnet unseren Weg, den bayerischen Weg. Wir verfolgen ein klares Konzept: Qualität und Gerechtigkeit. Das ist der bayerische Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern steht für ein differenziertes Bildungsangebot mit einem Höchstmaß an Durchlässigkeit. In Bayern ist jede Schulart wichtig; denn jede Schulart bietet ein Alleinstellungsmerkmal. Das sichert die Qualität unserer Bildungslandschaft.

Bayern sichert für jeden Abschluss einen Anschluss. Die Schulen gestalten selbst die Übergänge und Anschlüsse. Dies bedeutet organisierte Durchlässigkeit und schafft Chancengerechtigkeit.

Bayern unterstützt die individuelle Lernzeit des einzelnen Kindes zur Erreichung seines Abschlusses. Dies schafft Begabungsgerechtigkeit.

Bayern sichert die gleichmäßige Versorgung mit Schulangeboten in Stadt und Land. Jede Schülerin und jeder Schüler kann überall in Bayern jedes Schulangebot besuchen. Dies schafft Bildungsgerechtigkeit.

Das sind die Meilensteine unseres Weges, des bayerischen Weges. Unser Weg ist in Deutschland einzigartig.

Dazu gehören auch Verlässlichkeit und Stabilität an Bayerns Schulen. Nach wichtigen Reformschritten, wie der Umsetzung der Mittelschule und des achtjährigen Gymnasiums, können sich die Menschen in Bayern eines verlässlichen pädagogischen Rahmens für unsere Schulen sicher sein. Ideologische Schulsystemdebatten führen wir in Bayern nicht.

Was hat uns der bayerische Weg gebracht? Wo stehen wir in Bayern? - Die Schulen in Bayern arbeiten erfolgreich. Nationale und internationale Studien haben unsere Strategie bestätigt. Aktuell weist der "Deutsche Lernauftrag 2011" der Bertelsmann Stiftung Bayern in Stadt und ländlichen Räumen als Top-Bildungsstandort aus - auf Rang 1 in Deutschland. Bayern liegt in allen Testbereichen, sowohl bei Städten als auch bei ländlichen Räumen, auf Platz 1.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht nur das: Die schwächeren bayerischen Regionen liegen noch vor den besten, etwa in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg.

Die eigentliche Botschaft lautet: Bildungspolitik in Bayern erfüllt eines der Kernziele der Politik der Bayerischen Staatsregierung, nämlich den Verfassungsauftrag, überall in Bayern gleichwertige Lebenschancen zu schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Seit dem Jahr 2000 hat sich Bayern regelmäßig an nationalen und internationalen Vergleichsstudien beteiligt. Dabei schnitten die bayerischen Schülerinnen und Schüler jeweils hervorragend ab. Bei Pisa-E lag Bayern in allen Kompetenzbereichen fast immer auf Platz 1. Im Ländervergleich 2010 belegten die bayerischen Schülerinnen und Schüler in allen ge-

testeten Bereichen Platz 1. Unter allen Schülerinnen und Schülern in Deutschland mit Migrationshintergrund bewegten sich die bayerischen Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund jeweils in der Spitzengruppe. Zudem hat uns der Bildungsmonitor 2011 bestätigt: Bayerns Schulen haben die beste Qualität in Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie bewerten die bayerischen Eltern unser differenziertes Bildungssystem? In einer Studie der Vodafone Stiftung Deutschland sprach sich die große Mehrheit von 63 % der befragten Eltern und Lehrer für das mehrgliedrige Schulsystem aus. Nur 22 % halten die Einheitsschule für die bessere Lösung.

Das sind die Fakten im Bildungsland Bayern, das sind die Tatsachen, die die Leistungen unserer Lehrkräfte und unserer Schülerinnen und Schüler wiedergeben. An dieser Stelle ist es mir wichtig, Dank zu sagen. Dank allen, die Bildung in Bayern gestalten und diese Ergebnisse ermöglichen: den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern, den Sachaufwandsträgern, der Schulaufsicht, den Verbänden, den Verantwortlichen der Jugendarbeit, den Trägern der Erwachsenenbildung, den Trägern privater Schulen und nicht zuletzt den Schülerinnen und Schülern.

(Maria Noichl (SPD): Und den Nachhilfeinstituten!)

Sie alle sind dafür verantwortlich, dass Bayern *das* Bildungsland in Deutschland ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Besonders hervorheben möchte ich meinen Dank an die Mitglieder des Bildungsausschusses mit seinem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Martin Güll, an die Mitglieder des Arbeitskreises Bildung der CSU mit seinem Vorsitzenden, Herrn Kollegen Georg Eisenreich, für die FDP an Frau Kollegin Renate Will sowie an die Fraktionen von CSU und FDP mit ihren Vorsitzenden Georg Schmid und Thomas Hacker.

Damit Sie aber mein ganzes Bild des Bildungslandes Bayern sehen: Zu verantwortlicher Bildungspolitik gehört für mich selbstverständlich auch, bestehende Schwierigkeiten zu benennen, Herausforderungen anzunehmen und Lösungen zu erarbeiten. - Klarheit und Wahrheit: Das ist der bayerische Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Uns ist zum Beispiel bewusst: Die Prägung der sozialen Herkunft ist in Bayern und in Deutschland

immer noch zu groß. Hier tragen wir weiter dafür Sorge, dass die Menschen die Bildungsziele erreichen, die ihnen ihre Begabungen und Talente ermöglichen. Uns ist bewusst: Die Chancen der jungen Menschen mit Migrationshintergrund weiterzuentwickeln ist wichtig. Uns ist bewusst: Die Teilhabe der Menschen mit besonderem Förderbedarf im Rahmen der Inklusion erfordert weiter große Anstrengungen. Uns ist auch bewusst: Der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagsangeboten hat besondere Priorität.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich komme jetzt zum Kernpunkt unserer Politik. Wir wollen einem hohen Anspruch gerecht werden. Jedes Kind hat in Bayern die Chance, seine Talente und Begabungen zu entwickeln. Lassen Sie mich diesen bayerischen Weg und seine vier Grundprinzipien darstellen:

Erstes Prinzip: Bayern eröffnet Wege für jedes Kind. In Bayern ist jede einzelne Schulart wichtig, denn jede Schulart bietet ein unverwechselbares Angebot für die unterschiedlichen Begabungen unserer jungen Menschen. Unser differenziertes Schulsystem mit seinen unterschiedlichen Schularten ist das Herzstück des bayerischen Weges.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich einige dieser besonderen Angebote herausgreifen. Als erstes Beispiel nenne ich die Berufsorientierung an der bayerischen Mittelschule. Über 30 % der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs entscheiden sich nach der vierten Klasse für den Übertritt an die Mittelschule. Die bayerische Mittelschule ist den Menschen vor Ort am nächsten. Es gibt keine andere weiterführende Schulart in Bayern, die mit 941 Standorten ein so wohnortnahes Angebot macht. Ihr zentrales Alleinstellungsmerkmal ist die vertiefte Berufsorientierung. Keine andere Schulart in Deutschland bereitet so intensiv auf den Übergang in die Arbeits- und Berufswelt vor wie die bayerische Mittelschule. Als Präsident der Kultusministerkonferenz 2010 konnte ich dies wiederholt feststellen. Das pädagogische Herzstück der Mittelschule ist das Klassenlehrerprinzip. Die Eltern nehmen, wie die aktuellsten Zahlen zeigen, dieses Angebot verstärkt an. Schon zum zweiten Mal in Folge liegt die Zahl der Neuanmeldungen an der Mittelschule deutlich über der Prognose. Wir werden im Herbst wohl mit mindestens 10.000 Schülern mehr rechnen können. Weitere positive Signale sind die Abnahme der Zahl von Schülerinnen und Schülern, die die Mittelschule ohne Abschluss verlassen, von 4 % in 2003 auf 1,7 % in 2011 sowie die Zunahme der Zahl der Absolventen, die die

Mittelschule mit einem mittleren Abschluss verlassen, auf zuletzt fast 27 % aller Absolventen und Abgänger.

Ohne die engagierte Mitwirkung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wäre die Weiterentwicklung der Haupt- zur Mittelschule binnen dieser kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Dafür danke ich den Verantwortlichen in den Kommunen ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die bayerische Mittelschule ist unser gemeinsamer Erfolg. Die bayerische Mittelschule ist eine Schule mit Zukunft. Sie bestätigt unsere bayerische Philosophie, eine Schule mit Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln, statt sie abzuwickeln. Hier unterscheiden wir uns mittlerweile von fast allen Ländern in Deutschland. Wir gehen dieses Stück bayerischen Weges selbstbewusst.

Zweites Beispiel: das duale System in Bayern. Die duale Ausbildung eröffnet den jungen Menschen den Einstieg in eine erfolgreiche berufliche Zukunft. Die hohe Qualität unserer dualen Ausbildung ist weltweit anerkannt. Immer mehr Länder, weit über die EU hinaus, übernehmen unser duales System. Die Ergebnisse der beruflichen Bildung in Bayern sprechen für sich, und zwar sowohl die Ausbildungszahlen wie auch die Quote der jungen Selbstständigen, die aus der beruflichen Bildung kommen. Wir müssen zusammen mit den Partnern aus der Wirtschaft natürlich auch Herausforderungen wie den demografischen Wandel, bewältigen. Das duale System ist ein besonderes Juwel des Bildungslandes Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ingrid Heckner (CSU): Jawohl!)

Drittes Beispiel: Die Wirtschaftsschule - eine bayerische Besonderheit. Die bayerische Wirtschaftsschule ist eine bundesweite Besonderheit. An der Wirtschaftsschule wird für den kaufmännischen Bereich ausgebildet. Die Vermittlungsquoten von über 90 % sprechen für ihren Erfolg.

Viertes Beispiel: die bayerische Realschule. Die bayerische Realschule eröffnet für viele Familien einen besonders nachgefragten Bildungsweg und schlägt damit die Brücke zwischen Theorie und Praxis. Wichtige Elemente unserer Offensive "Realschule 21" sind dabei die Stärkung des MINT-Bereichs und die bilingualen Züge. Mit einer zweiten modernen Fremdsprache im Gepäck kann der Weg bis zur allgemeinen Hochschulreife gegangen werden. Die Realschule hat in unserem Land einen exzellenten Ruf. Der Weg in anspruchsvolle Angebote der dualen Bildung ist ebenso möglich wie der Weg zu einer Hochschulreife.

Fünftes Beispiel: die berufliche Oberschule. Die berufliche Oberschule ist ein zentraler Baustein unseres differenzierten Bildungswesens. Sie bietet einen eigenständigen Weg zur Hochschulreife. Heute kommen rund 41 % aller Studienberechtigten über die berufliche Bildung und weitere 2 % kommen über die Schulen des zweiten Bildungsweges. Ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Die Schülerzahlen an FOS und BOS haben sich in den letzten Jahren mehr als verdoppelt.

Sechstes Beispiel. das bayerische Gymnasium. - Das bayerische Gymnasium ist das Flaggschiff unter den Gymnasien in Deutschland - ein wahrhaft hoher Anspruch. Es ist eine Schulform, die tiefe Wurzeln in der Bildungstradition unseres Landes hat. 40 % der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs entscheiden sich dafür. Das Gymnasium ist und bleibt der Königsweg zur allgemeinen Hochschulreife. Das bayerische Gymnasium verwirklicht den Anspruch einer vertieften Allgemeinbildung. Das pädagogische Ziel ist die Vorbereitung auf die allgemeine Studierfähigkeit. Das bayerische Gymnasium hat einen verlässlichen pädagogischen Rahmen von acht Schuljahren. Dies bleibt auch so. Alles andere wäre pädagogisch unverantwortlich.

Um die pädagogische Qualität am Gymnasium dauerhaft zu sichern, habe ich 2009 mit einem intensiven Monitoringprozess begonnen. Wir haben die umfangreichste Untersuchung des Gymnasiallehrplans überhaupt durchgeführt. Alle Fächer und alle Klassen wurden ausgewertet. Auf der Basis von über 15.000 Rückmeldungen sind wir derzeit dabei, Lehrplan und pädagogische Konzepte zu überarbeiten. Kollege Staatssekretär Bernd Sibler hat hier die Federführung. Dafür und für eine ausgezeichnete Zusammenarbeit danke ich ihm sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Änderungen, darunter auch moderate Lehrplan-kürzungen, wollen wir bereits zum kommenden Schuljahr umsetzen. Ein Runder Tisch mit Vertretern von Eltern, Schülern, Lehrern und der Schulaufsicht entwickelt das Konzept der "individuellen Lernzeit" gymnasialspezifisch weiter. Darauf werde ich noch eingehen. Wir erarbeiten konkrete Unterrichtsmodelle zur Verbesserung der individuellen Förderung in der gymnasialen Mittelstufe. Wir evaluieren auch die P- und W-Seminare in der Oberstufe. Die Abiturergebnisse des ersten Jahrgangs des achtjährigen Gymnasiums liegen im bundesweiten Vergleich nach der aktuellsten Erhebung auf einem der absoluten Spitzenplätze. Das heißt, die Leistungen der bayerischen Abiturienten von 2011 untermauern den Anspruch, dass das

bayerische Gymnasium das Flaggschiff unter den Gymnasien in Deutschland ist.

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Die mündlichen Prüfungen des Abiturs 2012 laufen gerade noch. Zusammengefasst: Das sind nur einige Beispiele für das Herzstück des bayerischen Weges, das differenzierte Schulsystem.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Blick auf das wichtige Thema Unterrichtsausfall lenken. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Wir wollen die einzelne Schule und die Lehrkräfte vor Ort bei der Aufgabe, die Sicherstellung des Unterrichts möglichst gut zu gewährleisten, unterstützen. Die weitere Verbesserung der Unterrichtsversorgung nimmt daher auch im Nachtragshaushalt 2012 einen deutlichen Schwerpunkt ein. Schulartübergreifend werden von den insgesamt 1.082 Stellen aus dem Nachtragshaushalt 460 Stellen zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall zur Verfügung gestellt. So haben die staatlichen Grund-, Mittel- und Förderschulen die Möglichkeit, auf Lehrkräfte der mobilen Reserve im Umfang von 2.180 Stellen zuzugreifen. Zum ersten Mal haben wir für die staatlichen Gymnasien als neues Instrument im laufenden Schuljahr eine mobile Reserve im Umfang von 110 Vollzeitstellen eingerichtet. Zum kommenden Schuljahr stehen uns weitere 250 Vollzeitstellen zur Verfügung. Im Herbst werden wir das Instrument der mobilen Reserve auch für die Realschulen mit 110 Vollzeitstellen und für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen mit 50 Vollzeitstellen neu einführen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Den staatlichen Gymnasien, Realschulen und Beruflichen Schulen stehen erhebliche Mittel für Aushilfsverträge und Vertretungspools zur Verfügung. Wir werden auf Vorschlag der Eltern- und Lehrerverbände im kommenden Jahr zwei neue Modellversuche durchführen, die sogenannte integrierte Lehrerreserve und die Ausweitung der Mittel zur eigenen Bewirtschaftung an den Gymnasien. Um uns künftig ein noch genaueres Bild von der Unterrichtsversorgung zu machen, haben wir die Erhebungen an den Schulen ausgeweitet. Es zeigt sich eine spürbare Verbesserung der Unterrichtsversorgung. Gemeinsam mit den Schulen konnten wir die Zahl der ersatzlos ausgefallenen Unterrichtsstunden beispielsweise an den Gymnasien um rund ein Viertel senken. Dazu zählen auch Stunden, in denen die Schülerinnen und Schüler allein beaufsichtigt werden. Dieser positive Trend wird in der repräsentativen Erhebung über alle Schularten hinweg bestätigt. Insgesamt sind im laufenden Schul-

jahr bislang 1,5 % der Unterrichtsstunden ersatzlos ausgefallen; im Schuljahr 2009/2010 waren es noch 2,3 %.

Ich möchte an dieser Stelle allen Lehrkräften und Schulleitungen für ihre Bemühungen um die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung ausdrücklich danken. Ich weiß um die damit oft verbundenen Anstrengungen und möchte diese deshalb mit großem Respekt ansprechen.

Das zweite Prinzip: Bayern sichert für jeden Abschluss einen Anschluss. Jede Schülerin und jeder Schüler in Bayern kann sich sicher sein: Es gibt für jeden Abschluss einen Anschluss. Die Schulen selbst gestalten die Übergänge und Anschlüsse. Dies bedeutet organisierte Durchlässigkeit. Die Lehrkräfte selbst begleiten die jungen Menschen an den Übergängen.

Lassen Sie mich diese organisierte Durchlässigkeit an einigen Beispielen deutlich machen. An der Mittelschule können Schüler den mittleren Schulabschluss neben dem klassischen Weg über den M-Zug über ein Neun-plus-zwei-Modell nach elf Schuljahren erwerben. Wir eröffnen einen Weg zum Realschulabschluss für Mittelschüler durch die Kooperation zwischen Mittelschule und Realschule. Wir werden die Zahl dieser Kooperationsstandorte mehr als verdreifachen. Für ihren besonderen Einsatz an dieser Stelle danke ich Frau Kollegin Will. Wir unterstützen den Weg zur Hochschulreife insbesondere für Mittel- und Wirtschaftsschüler über ein zusätzliches Vorbereitungsjahr, die Vorklassen an den Fachoberschulen. Wir können ab dem kommenden Schuljahr dieses Angebot deutlich ausweiten. Wir gewährleisten flächendeckend einen Weg zur allgemeinen Hochschulreife für Mittel-, Real-, und Wirtschaftsschüler über zusätzliche Einführungsklassen an den Gymnasien.

Eingangs sprach ich von Fakten, die wir zur Kenntnis nehmen können. Dazu gehört auch dieser Teil des bayerischen Weges: Bayern ermöglicht viele Wege, nämlich 15, an die Hochschulen. Wir können feststellen: Heute kommen rund 43 % aller Studienberechtigten nicht vom Gymnasium, sondern, wie schon gesagt, größtenteils aus der beruflichen Bildung, und dabei sind rund 25.000 Meister und vergleichbare Abschlüsse pro Jahr noch nicht einmal berücksichtigt. Auch sie dürfen studieren. Das ist Bildungsgerechtigkeit in Bayern!

(Beifall bei der CSU)

Auf dem Weg über die berufliche Bildung sind gerade auch junge Menschen mit Migrationshintergrund besonders erfolgreich.

Das dritte Prinzip: die individuelle Lernzeit. Jedes Kind ist eine unverwechselbare Persönlichkeit. Der bayerische Weg will deshalb dem einzelnen Schüler die Zeit geben, die sie oder er braucht, um den angestrebten Abschluss zu erreichen. Auch hier nenne ich einige Beispiele, etwa die flexible Grundschule. In der Regel besuchen alle Kinder in Bayern vier Jahre lang die leistungsstarke Grundschule. Gerade in der Grundschule eröffnen wir der Vielfalt der Kinder ihre Chance. Unsere Lehrkräfte kümmern sich um die Entwicklung jedes einzelnen Kindes, je nach Entwicklungsstand. Daran anknüpfend gehen wir neue Wege. Hier wollen wir den Rahmen erweitern, denn manche Kinder benötigen mehr Lernzeit, andere weniger. Wir haben zusammen mit der Stiftung Bildungspakt den Modellversuch "Flexible Grundschule" geschaffen. Diesen können wir im kommenden Schuljahr von 20 auf 80 Standorte landesweit ausdehnen. Für die hervorragende Kooperation an diesen und weiteren zukunftsweisenden Projekten danke ich der Stiftung Bildungspakt ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Schulkinder haben in der flexiblen Grundschule ein bis drei Jahre Zeit, um sich die Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen der ersten beiden Jahrgangsstufen sicher anzueignen. Ihr persönliches Lerntempo entscheidet, wie viel Zeit sie in einer jahrgangskombinierten Klasse verbringen. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass etwa 1 % der Kinder die jahrgangskombinierte Klasse in einem Schuljahr durchlaufen, circa 94 % wie bisher zwei Jahre in Anspruch nehmen, ungefähr 5 % der Kinder ein drittes Jahr zur Erreichung der pädagogischen Ziele der ersten beiden Grundschuljahre durchlaufen.

Und hier steht die flexible Grundschule nicht allein. Wir spannen den Bogen weiter bis in das Gymnasium hinein. Wir gehen auch hier den bayerischen Weg. Ich möchte dem einzelnen Schüler in der Mittelstufe die Zeit geben, die er ganz persönlich braucht. Zur Intensivierung und Förderung, aber auch zur Unterstützung von besonders Begabten oder für den Auslandsaufenthalt entwickeln wir konkrete Maßnahmen und Angebote.

Diese Strategie wird, wie schon dargestellt, seit April mit Vertretern von Schulleitern, Lehrkräften und Eltern und Schülern an einem Runden Tisch gemeinsam vorangetrieben. Dafür gilt ein klarer Fahrplan. In gemeinsamen Arbeitsgruppen werden zurzeit Vorschläge für die Erprobung des Konzepts der "individuellen Lernzeit" entwickelt. Der Runde Tisch wird zum Schuljahresende entsprechende Rahmenvorgaben für die Erprobung dieses Konzepts beschließen. Im Schuljahr 2012/2013 erfolgt die Modellphase, und ich

werde dem Ministerrat für das Schuljahr 2013/2014 entsprechend positiv bewertete Konzepte für die Gymnasien vorschlagen. Hierfür werde ich mich auch im Rahmen der vor uns liegenden Haushaltsberatungen einsetzen.

An dieser Stelle noch ein Wort zum Übertrittsverfahren. Das Übertrittsverfahren dient der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes. Mit ihm wollen wir den Eltern helfen, jedes Kind auf den passenden Bildungsweg zu bringen. Unser Übertrittsverfahren schafft Bildungsgerechtigkeit. Studien, etwa des renommierten Bildungsforschers Professor Baumert, zeigen: Ohne entsprechende Übertrittsempfehlungen wären Kinder aus bildungsfernen Schichten deutlich benachteiligt, da ihre Eltern zum Beispiel vor dem Gymnasium zurückschrecken.

Und die bayerischen Eltern sehen das genauso. Unsere letzte Online-Umfrage hat gezeigt: Das weiterentwickelte Übertrittsverfahren findet deutlich gestiegene Zustimmung der Eltern und Lehrkräfte. Was mich besonders freut: Die Eltern haben Vertrauen in die Übertrittsempfehlung unserer Lehrkräfte. Rund 80 % der Elternsprecher befürworten die Ausstellung eines Übertrittszeugnisses für alle Schülerinnen und Schüler.

Gerade auch der Förderung hochbegabter und besonders leistungsfähiger junger Menschen kommt in Bayern eine wichtige Rolle zu. Aus diesem Grund haben wir in den vergangenen Jahren die entsprechenden Förderangebote, etwa Pluskurse und Schülerakademien bis hin zu den Hochbegabtenklassen an den Gymnasien, ausgebaut. Mit den Talentklassen der Realschule haben wir bundesweit ein nahezu einmaliges Förderangebot.

Wichtig ist zudem die Förderung an der Schnittstelle vom Gymnasium zur Universität, etwa das Thema Frühstudium. Mit der Öffnung des Elitenetzwerks Bayern für die Schüler der Hochbegabtenklassen ist uns in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium ein wichtiger Schritt gelungen. Dafür danke ich dem Kollegen Dr. Wolfgang Heubisch ausdrücklich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Viertes Prinzip: Schule wohnortnah und flächendeckend. Ein flächendeckendes Schulangebot gerade in ländlichen Räumen ist ein Herzstück des bayerischen Weges, und ich sage Folgendes, gerade weil ich aus der Millionenstadt München komme: Bildungspolitik ist hier auch ein Stück Regional- und Strukturpolitik. Die Entscheidung einer jungen Familie, in ihrer Heimat zu bleiben oder sich für eine neue Heimat zu entschließen, hängt ganz erheblich mit dem Schulangebot vor Ort zusammen. Daher investieren wir auch massiv in

den Verfassungsauftrag, vergleichbare Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes sicherzustellen. Das ist auch hier der bayerische Weg.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir sichern Grundschulstandorte, wir erhalten kleine, rechtlich selbstständige Grundschulen mit einer Mindestgröße von insgesamt 26 Schülern in jahrgangskombinierten Klassen. Das ist eine De-facto-Halbierung der bisherigen Mindestklassenstärke. Die neuen Mittelschulverbünde sichern Schulstandorte nahe beim Menschen. Die Mittelschule besitzt mit 941 Standorten das engmaschigste Netz der weiterführenden Schularten in Bayern. Unser Ziel ist es, davon so viele Standorte wie möglich so lange wie möglich zu sichern. Es ist uns mit dieser neuen Strategie gelungen, die Zahl der Standortschließungen deutlich zu senken, so etwa von über 40 im Jahr 2008 auf heute um die zehn.

Auch für die Schule in Denkendorf gibt es keine Pläne zur Schließung dieses Schulstandortes.

Hierbei kommt den neuen Mittelschulverbänden eine entscheidende Bedeutung zu. Dem Verbund sind wichtige Entscheidungskompetenzen übertragen worden. Um diese Strategie der Wohnortnähe in den ländlichen Räumen zu sichern, fördern wir unsere Mittelschulverbünde mit einem "Mehrhäusigkeitszuschlag". Das bedeutet, dass wir beispielsweise einem Schulverbund von drei Schulstandorten mehr Lehrerstunden zuteilen als einer gleich großen einzelnen Mittelschule. Bei einer Schule mit insgesamt 500 Schülern sind dies beispielsweise rund 50 Lehrerstunden mehr. Das ist ein Plus von rund zwei Lehrerstellen gegenüber einer Schule mit vergleichbarer Schülerzahl an einem Standort.

Drittens. Wir runden das Bildungsangebot bedarfsgerecht ab. Wir bauen das Angebot bei insgesamt zurückgehenden Schülerzahlen weiter bedarfsgerecht aus. Ich verstehe mich, wenn Sie so wollen, als Schulbaumeister. So haben wir allein seit 2008 16 neue Realschulen, sechs neue staatliche Fachoberschulen und sechs neue Berufsoberschulen sowie zwölf neue Gymnasien gemeinsam mit den Sachaufwandsträgern gegründet oder auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zusätzlich ist es gelungen, Dutzende von neuen Angeboten in Ausbildungsrichtungen der verschiedenen Schularten zu schaffen, darunter 15 neue Technikerschulen, verteilt über alle Regierungsbezirke in Bayern.

Ein flächendeckendes Schulangebot, gleich, ob in der Großstadt oder in ländlichen Räumen, ist nicht zuletzt auch ein Stück Bildungsgerechtigkeit im Bildungsland Bayern.

Zusammenfassend kann ich als die vier Grundprinzipien des bayerischen Weges feststellen: das differenzierte Schulsystem, die Durchlässigkeit nach dem Motto "kein Abschluss ohne Anschluss", die individuelle Lernzeit und die flächendeckende wohnortnahe Schule.

Lassen Sie mich meine Überlegungen zur praktischen Gestaltung von Bildungspolitik darstellen:

Erstens. Ich gestalte Bildung im Dialog. Ich will in allen zentralen Fragen Betroffene zu Beteiligten machen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein intensiver Bildungsdialo g mit allen Beteiligten eröffnet neue Handlungs- und Entscheidungsspielräume. Deshalb führen meine Mitarbeiter und ich in allen Bildungsfragen intensive Gespräche mit den Schulen, den Eltern- und Lehrerverbänden sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Auch der Dialog mit den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern gehört dazu. Mein Dank gilt an dieser Stelle besonders den Partnern in den Gemeinden, Städten und Landkreisen. Die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit ist bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen groß.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

In den letzten Jahren habe ich zusammen mit Staatssekretär Bernd Sibler und seinen Vorgängern in Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindetag zwei landesweite Gesprächsrunden mit allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern von Mittelschulstandorten durchgeführt. Im Moment gestalten wir Gesprächsrunden mit dem Landkreistag auf der Ebene der Regierungsbezirke. Es gibt einen regelmäßigen Dialog mit den Eltern- und Lehrerverbänden, den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände und den Kirchen. Wir haben Gespräche mit den Schulleiterinnen und Schulleitern aller Schularten begonnen. Bis zum Ende der Legislatur möchte ich mit allen Schulleiterinnen und Schulleitern Gesprächsbegegnungen gehabt haben.

Mein besonderer Dank gilt einem weiteren wichtigen Partner im bayerischen Schulwesen: unseren Privatschulen. Wir sehen diese als eine wertvolle Ergänzung der staatlichen Schulen an. Sie bereichern unser Schulwesen in vielfältiger Weise um alternative pädagogische und weltanschaulich/kirchlich geprägte Kon-

zepte. Die pädagogische Vielfalt ist Teil unseres bayerischen Weges. Ich danke ihnen ausdrücklich für die engagierte pädagogische Arbeit zum Wohle unserer Kinder.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweitens. Ich will Bildungsangebote verknüpfen. Bildung gemeinsam zu gestalten bedeutet, das Potenzial unserer Bildungsangebote zum Wohle der Schülerinnen und Schüler auszuschöpfen. Hierzu müssen wir sie dauerhaft vernetzen. Unser bayerischer Weg setzt auf die Zusammenarbeit vor Ort. Dafür schaffen wir Lösungen in der Region, aus der Region, für die Region. Darum habe ich die Initiative "Bildungsregionen in Bayern" gestartet. Ich verstehe diese Initiative als Angebot. Die Kommunen entscheiden vor Ort, ob sie diesen Prozess für sich wahrnehmen wollen. Es wird dadurch möglich, Bildung noch deutlicher als Standortfaktor zu begreifen.

Schulen und außerschulische Organisationen können - und sollen! - an der Verbesserung der Bildungsqualität in ihrer Region aktiv mitwirken. Dafür organisieren wir auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte jeweils einen Runden Tisch. Der Startschuss zur Schaffung von Bildungsregionen hat im Landkreis Miesbach stattgefunden. Insgesamt haben schon 20 Landkreise und kreisfreie Städte ihr Interesse bekundet. Ich werde auch ein Qualitätssiegel "Bildungsregion in Bayern", mit Nachhaltigkeitsstrategie versehen, verleihen.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Verbunden mit einer konkreten Arbeit in Städten und Landkreisen ist das eine landesweite Best-practice-Plattform. Ich danke allen, die sich in diesen Prozess einbringen, und lade herzlich ein, sich an diesem Dialog zu beteiligen.

Drittens. Gemeinsam mit meiner Kabinettskollegin Christine Haderthauer habe ich die "Bayerischen Leitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit" auf den Weg gebracht. Dafür danke ich Christine Haderthauer sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Mit unseren neuen Leitlinien setzen wir als eines der ersten Länder auf einen ganzheitlichen Ansatz von der Geburt bis zum Ende der Grundschulzeit. Diesen ganzheitlichen Ansatz verfolgen wir mit dem Sozialministerium, auch an Modellen, zum Beispiel dem der erfolgreichen Verzahnung zwischen Ganztagschulen und Horten. Auf der Grundlage der guten Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe ist es möglich geworden, an

sozialen Brennpunkten auch Jugendsozialarbeit für die Grundschulen zu fördern.

Viertens. Die Gesellschaft in Bayern befindet sich im Wandel. Deshalb muss Schule dafür bereit und vorbereitet sein, sich der gesellschaftlichen Herausforderungen anzunehmen. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Integration, Inklusion, das Lernen im Lebensbogen und die digitale Welt sind die großen Themen unserer Zeit.

Viele Eltern und Familien brauchen heute für ihre Kinder qualifizierte Ganztagsangebote. Dabei geht es zum einen um die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zum anderen verbessern, wie die nationale Ganztagesstudie gezeigt hat, schulische Ganztagsangebote die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Dies ist eine Aufgabe, die für uns besondere Priorität hat,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

gerade was den Ressourceneinsatz betrifft. Dies hat auch die letzte Bertelsmann-Studie gezeigt, die Bayern die bundesweit höchste Ausbaudynamik an Ganztagsangeboten bescheinigt.

Entscheidend für den bayerischen Weg ist die Wahlmöglichkeit der Eltern. Deshalb bauen wir gemeinsam mit den bayerischen Kommunen die gebundenen und offenen Ganztagsangebote sowie die Mittagsbetreuung weiter konsequent aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben nach einer Erhebung der IHK in Bayern bereits an über 90 % aller Grundschulen ein Ganztagsangebot oder eine Mittagsbetreuung. Außerdem bietet der Freistaat an gut drei Vierteln der Mittel- und Hauptschulen, Real- und Wirtschaftsschulen sowie der Gymnasien und Förderschulen offene Ganztagsangebote oder gebundene Ganztagsklassen an. Und wir können mit den für das kommende Schuljahr zur Verfügung stehenden Mitteln, wenn alle abgerufen werden, für alle weiterführenden Schulen eine Reichweite von 90 % bei offenen oder gebundenen Angeboten erreichen.

Unser Ziel ist es wie bisher auch künftig alle beantragten genehmigungsfähigen Ganztagsangebote einzurichten. Wir konnten im laufenden Schuljahr mehr als drei Millionen Euro zusätzlich einsetzen. Dafür danke ich dem Herrn Ministerpräsidenten ausdrücklich, der diese Erhöhung der Mittel ermöglicht hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei setzt Bayern nicht auf eine verpflichtende Ganztageschule, sondern mit den Kommunen auf einen bedarfsgerechten Ausbau. Die Unterschiedlichkeit der Angebote gehört dabei bewusst zu unserer Strategie. Wir unternehmen hier weiter massive Anstrengungen. Die Koalition sieht im bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau der Ganztagsangebote den bayerischen Weg.

Die aktive Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund ist für Bayern eine große Chance. In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund an den allgemeinbildenden Schulen auf 13 % gestiegen. Deshalb habe ich gleich zu Beginn meiner Amtszeit einen eigenen Runden Tisch "Bildung und Integration" eingerichtet. Bayern setzt auf ein systematisches Integrationskonzept mit einer frühzeitigen und intensiven Deutschförderung im Mittelpunkt. Dies reicht vom Vorkurs bis zu Deutschförderkursen und Deutschförderklassen. Wir unterbreiten an Realschulen, Gymnasien und Berufsschulen entsprechende Förderangebote. Mir war und ist die aktive Beteiligung der Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besonders wichtig; ihre Mitwirkung am Bildungs- und Integrationsprozess im Schulleben ist unverzichtbar.

Ein Eckstein der schulischen Integration ist auch unser Modellversuch "Islamunterricht", der seit 2009 an 250 Grund- und Mittelschulen, fünf Realschulen und einem Gymnasium läuft. Es gibt in Bayern keine Klasse mit mehr als 25 Schülern mit einem Anteil von mehr als 50 % Kindern mit Migrationshintergrund. Wir konnten mit dieser Strategie 400 zusätzliche Klassen in Bayern bilden. Im neuen Schuljahr schaffen wir mit einem mit 200 Planstellen ausgestatteten Integrationszuschlag ein völlig neues Instrument. Zum ersten Mal kann hier flexibel die einzige Schule in großen Städten gemäß ihrer konkreten sozio-strukturellen Situation zusätzlich unterstützt werden; übrigens schulartübergreifend. Ich danke meinem Kollegen Staatsminister Markus Söder sehr herzlich für die Bereitstellung der notwendigen Mittel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie sehen, wir unterstützen junge Leute mit Migrationshintergrund auf ihrem Weg in unsere Gesellschaft. Diese Maßnahmen zeigen auch Wirkung. Die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, hat sich - gemessen an allen ausländischen Absolventen und Abgängern - binnen weniger Jahre halbiert. Die Zahl der ausländischen Schüler, die zur Hochschulreife kommen, steigt stetig. Ihr Anteil hat sich in weniger als zehn Jahren um mehr als ein Drittel gesteigert, und die bayerischen Schüler mit Migrationshinter-

grund schneiden besser ab als jene in anderen Bundesländern.

Eine besondere Herausforderung ist die inklusive Bildung, die gleichberechtigte Teilhabe von jungen Menschen mit Förderbedarf an Bildung und Erziehung. Wir eröffnen inklusive Bildung auf der Basis einer beispielhaften Gesetzesinitiative aller hier im Hohen Hause vertretenen Parteien. Ich danke an dieser Stelle allen Fraktionen, die diesen besonderen Weg ermöglicht haben. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe des Landtags unter Leitung des Kollegen Georg Eisenreich begleitet auch gegenwärtig noch die Umsetzung dieses wichtigen Themas. Eine singuläre Leistung!

Der Kerngedanke lautet: Wir wollen Inklusion durch eine Vielfalt der schulischen Angebote mit folgenden Eckpunkten verwirklichen:

Erstens. Mehr Kinder mit Förderbedarf in die Regelschule - Einzelinklusion.

Zweitens. Ausbau bewährter und Einführung neuer Instrumente der Kooperation zwischen Regel- und Förderschulen. Sprich: Partner-, Kooperations- und - neu - auch die "Tandemklassen".

Drittens. Die Förderschulen, die einschließlich der sonderpädagogischen Förderzentren hervorragende Arbeit leisten, bleiben als Beschulungsort und Kompetenzzentrum erhalten.

Viertens. Darüber hinaus wurde das neue Schulprofil "Inklusion" geschaffen. An Regelschulen lernen Kinder mit und ohne besonderen Förderbedarf miteinander. Lehrkräfte und Sonderpädagogen arbeiten dabei Hand in Hand.

Dafür stellten wir 100 zusätzliche Lehrerstellen für 2011 und nochmals 100 für 2012 bereit. Ich strebe das auch für den kommenden Doppelhaushalt an.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin mir sehr bewusst, Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für den Staat, aber auch für die Kommunen als Schulaufwandsträger und Träger der Eingliederungshilfe.

(Renate Will (FDP): Sonst geht es auch nicht!)

Ich will hier nach Wegen für eine faire Partnerschaft suchen. Dies ist mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände vereinbart. Wir sind gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden dabei, entsprechende Verschiebungen finanzieller Lasten festzustellen und zu untersuchen. Deshalb haben der Verband

der bayerischen Bezirke und ich auch eine Arbeitsgruppe zum Thema Eingliederungshilfe vereinbart. Wir kommen hier auch einem Wunsch des Bayerischen Landtags nach.

In Bayern soll jeder Mensch zu jeder Zeit und überall die Möglichkeit haben, zu lernen, was er möchte, selbstverständlich auch im Erwachsenenalter. Die Erwachsenenbildung spielt daher eine zentrale Rolle in unserem Bildungsangebot. Bayern bietet ein zertifiziertes, gemeinwohlorientiertes und flächendeckendes Angebot gerade auch im ländlichen Raum. Den Trägern der Erwachsenenbildung sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den vielen Ehrenamtlichen in diesem Bereich danke ich daher ganz herzlich für ihre herausragende Arbeit auf diesem wichtigen Feld.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir leben in einer digitalen Welt. Jede neue Kulturtechnik verändert auch die Anforderungen an Bildung und Erziehung. Wir müssen diese Konsequenzen für Schule und Unterricht gestalten. Diese Zielsetzung verfolgt die Initiative Digitales Lernen in Bayern, die wir mit dem IT-Beauftragten der Staatsregierung, Kollegen Franz Pschierer, ins Leben gerufen haben. Im Rahmen dieser Initiative entwickeln wir zentrale pädagogische Angebote, etwa eine zentrale Online-Mediathek oder eine zentrale Lernplattform, auf der man, ohne an Ort und Zeit gebunden zu sein, in virtuellen Klassenräumen lehren und lernen kann.

Zusammenfassend stelle ich fest: Mit unseren Ganztagesangeboten, den Angeboten zu Integration und Inklusion, zur Erwachsenenbildung sowie zum digitalen Lernen nehmen wir zentrale gesellschaftliche Herausforderungen an.

(Zuruf von den GRÜNEN: Die Landwirtschaft aber wird vergessen!)

Jede Schule nimmt in besonderer Weise Verantwortung für den Bildungsauftrag, gerade für die Unterrichtsqualität, wahr. Dafür wollen wir ihr mehr Eigenverantwortung geben. Dazu gehört für mich ganz zentral eine schulartzentrierte Weiterentwicklung der Führungsstruktur. Wir wollen die Schulleitung durch zusätzliche Mitglieder erweitern und damit die Verantwortung auf mehrere Schultern verteilen. Mit der Einführung einer erweiterten Schulleitung schaffen wir die Grundlage für mehr Eigenverantwortung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nicht zuletzt gehört die Elternarbeit mit ihren zwei Säulen, den Gremien zur Erziehungspartnerschaft und der ereignisunabhängigen Elternarbeit auf der

Basis von Teilhabe, Vertrauen und Zusammenarbeit zugunsten der Schulfamilie dazu.

Ich werde innovative Vorschläge, dem Projekt "Eigenverantwortliche Schule" folgend, wie die Zielvereinbarung, das schulspezifische Konzept zur Erziehungspartnerschaft und das Schulentwicklungsprogramm unterbreiten. Ich werde daher in diesem Herbst einen Gesetzentwurf zur "Eigenverantwortlichen Schule" vorlegen. Ich weiß, die eigenverantwortliche Schule umzusetzen, ist anspruchsvoll. Die Schulversuche im Modus 21 und im Modus F, die wir gemeinsam mit der Stiftung Bildungspakt auf den Weg gebracht haben, zeigen dies. Nochmals mein Grundsatz: Jede Schule geht ihr eigenes Tempo und setzt eigene Schwerpunkte in einer schulartzentrierten Umsetzung.

Bildung und Erziehung sind Kernaufgaben unserer Gesellschaft. Die Qualität von Schule und Unterricht liegt in den Händen unserer Lehrkräfte. Unsere Schulleitungen und Lehrkräfte bewältigen große Herausforderungen. Sie leisten Tag für Tag hervorragende und lohnenswerte Arbeit für unsere jungen Menschen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich danke deshalb an dieser Stelle nochmals unseren Lehrkräften und Schulleitungen für ihre hervorragende Arbeit. Wir wollten im Freistaat Bayern diese Arbeit ausdrücklich honorieren. Dazu haben wir im Rahmen der Dienstrechtsreform neue funktionsunabhängige Beförderungssämter geschaffen. Ich sehe es als Zeichen der Würdigung ihrer pädagogischen Arbeit, dass wir dadurch über 8.000 Stellenhebungen erreichen konnten. Das sind Investitionen von nahezu 100 Millionen Euro. Außerdem werden wir die Unterrichtspflichtzeit ab dem kommenden Schuljahr schrittweise um eine Wochenstunde zurückführen. Ich bemühe mich auch im Bereich der Leitungszeit um einen geeigneten Schritt.

(Zuruf von der CSU: Bravo! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Guten Unterricht für unsere Schülerinnen und Schüler gibt es nur mit hervorragend ausgebildeten Lehrkräften. Das positive Ergebnis Bayerns im letzten Ländervergleich lag ausdrücklich auch in der bayerischen Lehrerbildung begründet. Das bestärkt mich darin, auch in der Lehrerbildung den bayerischen Weg weiterzugehen. Deshalb werden wir am Staatsexamen als Instrument der Qualitätssicherung festhalten. Deshalb bleiben wir bei der schulartspezifischen Lehrerbildung und deshalb legen wir Wert auf eine gezielte Lehrerfortbildung in der schulinternen Lehrerfortbildung. In der regionalen Lehrerfortbildung will ich eine engere Zusammenarbeit mit den Universitäten erreichen und sie mit der Akademie für Lehrerfortbildung

und Personalführung, der Spitzeneinrichtung in Dillingen, stärken.

Bayern stellt sich auch in der Lehrerbildung den neuen Aufgaben. Selbstverständlich gehört dazu die Inklusion als Gegenstand der Ausbildung für alle Schularten und in der Fortbildung. Wir bauen im Lehramtsstudium die Begleitung von Schulpraktika aus. Wir verstärken die frühe Berufsfeldorientierung. Wir wollen die Zahl der "Universitätsschulen" erhöhen und wir bauen auf eine engere Verzahnung der ersten beiden Phasen der Lehrerbildung.

Den jungen Menschen muss aber auch klar sein: Wir haben durch den demografischen Wandel einen ganz unterschiedlichen Bedarf im Bereich der Lehrämter. Ich nenne nur den Bedarf in den MINT-Fächern. In anderen Bereichen studieren mehr junge Menschen als Anstellungsmöglichkeiten bestehen. Deshalb ist es dringend geraten, sich vor der Entscheidung für ein bestimmtes Lehramtsstudium über den Fächerbedarf zu informieren. Mit der Lehrerbedarfsprognose steht hierfür ein prognosesicheres Informationsangebot zur Verfügung.

Bayern verzeichnet einen Anstieg der Referendarzahlen. Dazu trägt auch bei, dass der Freistaat Bayern als eines von nunmehr drei Ländern in der Bundesrepublik Deutschland jedem Bewerber, der die Voraussetzungen erfüllt, den freien Zugang zum Vorbereitungsdienst garantiert.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Zustrom außerbayerischer Bewerber ins bayerische Referendariat belastet jedoch unser Ausbildungssystem und stellt insbesondere die Seminar-schulen vor besondere Herausforderungen, die wir vermindern müssen. Ich werde mich daher in der Kultusministerkonferenz dafür einsetzen, dass die Studien-seminare in Bayern nicht unter den in anderen Ländern verbreiteten Zulassungsbeschränkungen leiden. Bayern kann und muss erwarten, dass andere Länder ihre Ausbildungskapazitäten erhöhen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen auch bundesweit Zusammenarbeit in Verantwortung für unsere Kinder. Die Menschen wollen klare Kompetenzen und klare Verantwortlichkeiten im Bildungsbereich. Nach unserem Grundgesetz tragen die Länder die Verantwortung für die Bildung. Das hat seinen guten Grund: Die Länder sind näher an den Menschen vor Ort und näher an ihren Bedürfnissen. Ich sage aus meiner Erfahrung als Präsident der Kultusministerkonferenz im Jahr 2010 sehr deutlich: Wir brauchen keinen Berliner Zentralismus. Wir brauchen

keine einheitliche Bildungspolitik. Wir brauchen keine Einheitsschule.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vielmehr erwarten die Bürgerinnen und Bürger Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit. Wir müssen daher für vergleichbare Bildungswege und -abschlüsse in allen Ländern eintreten. Die Länder müssen ihre Zuständigkeit für Bildung in gesamtstaatlicher Verantwortung ausüben.

Ich verfolge deshalb folgenden Weg: Basis sind die gemeinsamen Bildungsstandards, die die Kultusministerkonferenz im Herbst 2012 für das Abitur beschließen wird. Gemeinsam mit fünf anderen Ländern schafft Bayern nun gemeinsame Aufgabenteile im Abitur. Diese werden in die schriftlichen Abiturprüfungen in Deutsch, Englisch und Mathematik eingebunden, erstmals im Jahr 2014.

Ich betone: Ein bundesweites Zentralabitur wird es mit uns nicht geben. Wir in Bayern bleiben für unsere Abiturprüfung und ihre Qualität verantwortlich. Um diese Strategie der Vergleichbarkeit, nicht der Uniformität, bundesweit für die Menschen verlässlich zu machen, schlage ich gemeinsam mit Sachsen vor, einen Staatsvertrag - das stärkste Instrument, das die Länder einsetzen können - zu dieser Strategie abzuschließen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Menschen fordern zu Recht ein: Es muss Chancengleichheit für die Abiturienten aus allen Ländern geben. Ich darf deshalb noch einmal auf den aktuellen Spitzenplatz der bayerischen Abiturienten des Jahres 2011 im bundesweiten Vergleich hinweisen. Bildung ist uns wertvoll. Deshalb investiert Bayern kraftvoll in Bildung. Bayern ist das Bildungsland. Unser Auftrag: Wir arbeiten, um unseren Kindern beste Bildungschancen zu eröffnen. Wir streben unter hohem Einsatz danach, diesem Anspruch gerecht zu werden.

Bayern investiert kraftvoll in Bildung. In den vergangenen zehn Jahren hat Bayern die Gesamtausgaben für Bildung um mehr als 25 % erhöht, von 7,57 Milliarden Euro auf 9,95 Milliarden Euro im laufenden Jahr. Auch im Nachtragshaushalt 2012 investieren wir 163,9 Millionen Euro in Bildung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Damit investieren wir im Rahmen unserer Strategie "Aufbruch Bayern" knapp zehn Milliarden Euro in die Zukunft unserer Kinder, und das zum siebenten Mal in Folge ohne Neuverschuldung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gute Bildung darf ruhig etwas kosten; das ist richtig. Deshalb investiert Bayern, nimmt man den Bereich der Hochschulen hinzu, mehr als ein Drittel seines Haushalts in Bildung. Das sind fast 16 Milliarden Euro!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Im Schuljahr 2012/2013 stehen uns 2.082 Stellen zusätzlich zur Verfügung - 1.000 aus dem Doppelhaushalt für das Jahr 2012 und 1.082 aus dem Nachtragshaushalt 2012. Davon werden schulartbezogen verwandt: für die Grund- und Mittelschule 892, für die Förderschule 391, für die Berufliche Oberschule 100, für die Berufsschule 42, für die Realschule 296 und für das Gymnasium 361. Das ist das entscheidende Signal an die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und die Lehrkräfte: Wir nehmen den Anspruch, den die Familien in Bayern an die Bildungspolitik richten, ernst. Bayern investiert in Bildung.

Lassen Sie mich dies an wenigen Beispielen verdeutlichen: Noch nie seit 1946 waren in Bayern so viele Lehrkräfte beschäftigt wie heute - bei gleichzeitig sinkenden Schülerzahlen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Arbeitszeitverkürzung!)

Die Lehrer-Schüler-Relation hat sich innerhalb von zehn Jahren von 1 : 18 auf 1 : 16 verbessert. Die durchschnittliche Klassenstärke konnte an allen Schularten gesenkt werden. Dies wollen wir weiter verbessern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Lassen Sie mich unsere Bilanz zusammenfassen: Bayern ist *das* Bildungsland. Vielfalt, nicht Einfachheit, kennzeichnet unseren bayerischen Weg.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Erstens. Bayern bietet den Schülern verlässlich ein differenziertes Bildungsangebot.

Zweitens. Bayern sichert für jeden Abschluss einen Anschluss.

Drittens. Bayern richtet Schule mehr auf das einzelne Kind, das heißt auf die individuelle Lernzeit, aus.

Viertens. Bayern setzt auf verlässliche Unterrichtsversorgung.

Fünftens. Bayern schafft Bildungschancen mit dem Ganztagsangebot - flächendeckend und bedarfsge-

recht. Der Schwerpunkt liegt insoweit auf Integration und auf Angeboten für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf.

Sechstens. Bayern sichert den Menschen vergleichbare Lebensbedingungen in Stadt und Land.

Summa summarum: Wir setzen uns für die Bildung in Bayern hohe Maßstäbe. Wir wissen um den Anspruch der Familien in unserem Land, nämlich Qualität und Gerechtigkeit herzustellen. Für die Bayerische Staatsregierung gilt dieser Maßstab als Anspruch und Verpflichtung. Der bayerische Weg - im Dienst der Menschen und Familien in unserem Land.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Spaenle. - Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die allgemeine Aussprache. Nach der Geschäftsordnung stehen pro Fraktion 49 Minuten zur Verfügung. Diese Redezeit muss natürlich nicht ausgeschöpft werden; aber nach der Geschäftsordnung muss ich das dem Hohen Haus so bekanntgeben.

(Harald Güll (SPD): Man könnte sich auch an die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit halten! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Wir bewahren bitte Ruhe und kommen zur Aussprache. Entsprechend der Wichtigkeit des Themas bleiben wir auch während der Aussprache im Plenarsaal.

Für die SPD-Fraktion darf ich jetzt Kollegen Güll das Wort erteilen. Bitte schön.

(Abgeordnete von CSU und FDP begeben sich zur Regierungsbank)

- Ich bitte, die Sprechstunden an der Regierungsbank einzustellen.

Bitte, Herr Kollege.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD)

Martin Güll (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Dr. Spaenle, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein lieber Mann - ein Feuerwerk an Worten und eine echte Herausforderung für unsere Stenografen, Respekt!

(Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

In 30 Minuten die gesamte bayerische Bildungspolitik zu erklären, ist durchaus eine Kunst. In der Schule bekäme man nach einer Redezeitüberziehung um

19 Minuten einen Sechser. Sie als Staatsminister haben insoweit hier zwar freie Hand; aber wenn man nur einen Bauchladen vor sich her trägt und auf die wirklich wichtigen Punkte, die Bayern betreffen, keinen Wert legen will, dann wird es immer so enden, wie es soeben geendet hat: Die Aufmerksamkeit wird dann umso geringer.

Das Selbstlob allerdings ist bei Ihnen nicht zu kurz gekommen. Es fielen Worte wie "besonderes Juwel", "beste Qualität", "Flaggschiff", "einzigartig" - mein lieber Mann! Die Bayern sind schon gut, wunderbar. Das ist doch mal eine Ansage.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Herr Dr. Spaenle, dennoch haben Sie während der 49 Minuten zwei Schularten nicht erwähnt. Ich weiß nicht, ob sie Ihnen nicht wichtig sind oder ob sie Ihnen - besser gesagt: Ihrem Haus; Sie haben die Rede ja nicht selbst geschrieben - zufällig durch die Lappen gegangen sind. Ich meine die Förderschulen und die Berufsschulen. Diese werden das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte festhalten: Herr Dr. Spaenle, Sie haben nicht den bayerischen Weg in der Bildungspolitik beschrieben, sondern den Weg, den die CSU - und nur die CSU! - in Bayern geht.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist nicht der Weg der SPD, der GRÜNEN oder der FREIEN WÄHLER - ich glaube sogar, nicht einmal der Weg der FDP.

Es ist auch nicht der Weg, den die Eltern, die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler, die Jugendverbände, die Träger der Erwachsenenbildung, die Städte und Gemeinden in Bayern gehen würden - wenn man sie denn gehen ließe. Es ist nicht der Weg, auf dem ganz Bayern mitginge. Es ist Ihr Weg - der Weg der einzigen Partei in Bayern, die stetig an Zustimmung verliert.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Wertschätzung für die Ernsthaftigkeit, die Ihren Worten zu entnehmen ist, soweit man das bei dem Feuerwerk noch heraushören konnte: Sie übergehen und ignorieren entscheidende Baustellen in der bayerischen Bildungslandschaft, aber auch Herausforderungen, die den Menschen in Bayern, unseren Eltern, den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen

und Lehrern, aber auch den Schulleiterinnen und Schulleitern tagtäglich das Leben mehr als schwer machen. Ich nenne nur ein paar Beispiele: Eklatante Defizite in der Gerechtigkeitsfrage, das einzelne Kind in den Mittelpunkt der Pädagogik stellen, die schiere Verzweigung während des Übertrittsverfahrens, eine Vermeidung des achtjährigen Gymnasiums, strikte Ablehnung der hochgelobten Mittelschule, verzweifelte Suche nach qualitativ guten Ganztagsangeboten, kleinere Klassen in manchen Grundschulen, aber auch in Realschulen und Gymnasien, ausreichend Lehrkräfte, damit die Schülerinnen und Schüler zuverlässig Unterricht haben, Reduzierung der Belastung der einzelnen Lehrkräfte und ausreichende Leitungszeit für die Schulleitungen - eine kleine Liste von den Dingen, die jeden Tag in Bayern angemahnt werden.

Diese Stolpersteine, Serpentinien und Sperren gehören auch zum Weg der CSU, den das bayerische Bildungswesen ertragen hat. Die Menschen in Bayern haben Ihre Versprechungen und schönen Reden, Herr Dr. Spaenle, einfach satt.

(Beifall bei der SPD)

Sie gehen auf die Straße - erst am vergangenen Samstag wieder; ich war der einzige Abgeordnete, der dort war - und machen ihrem Unmut Luft. All das findet sich mit keinem Wort wieder. Sie muten uns Selbstverständlichkeiten zu, die allenfalls von einem technischen Verständnis von Schule oder besser von gutem Verwaltungshandeln zeugen, aber keinerlei Visionen und Ideen beinhalten.

(Beifall bei der SPD)

Auch in einem guten Kultusministerium muss die Pädagogik das Sagen haben und nicht die Bürokratie.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen miteinander um die besten Unterrichtsmethoden ringen, weil nichts in dieser Welt stehen bleibt. In Ihren Ausführungen finden wir kein Wort zu den neuesten Erkenntnissen der Hirnforschung oder der Neurowissenschaften. Längst wissen wir, wie Lernen im menschlichen Gehirn wirklich funktioniert, welche Lernformen nachhaltiges Lernen unterstützen und welche sie eher daran hindern.

Der Bildungsausschuss hat durch seinen Besuch im Gymnasium Oettingen in Schwaben für die Öffentlichkeit deutlich gemacht, wie Kinder kreativ und selbstbestimmt lernen können. Kein Wort dazu in Ihren Ausführungen. Kein Wort der Ermunterung und Anreize an die Schulen, sich diesen neuen pädagogischen Formen zu öffnen und wirklich neue Wege zu gehen.

Das wäre ein bayerischer Weg, der den Kindern unmittelbar zugutekommen würde.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mir Ihre Zusammenfassung und Thesen vor Augen führe, dann muss es wohl besser heißen: Bürokratische Einfalt - nicht Vielfalt - kennzeichnet den bildungspolitischen Weg der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Ich greife Ihre Thesen auf: Bayern ist das Bildungsland - das haben Sie gesagt und betont -, denn in Bayern denken wir Schule vom einzelnen Kind aus. Das stimmt, aber nur im Rahmen dessen, was wir schon immer gedacht und gemacht haben. In Bayern, so sagen Sie, bieten wir den Schülerinnen und Schülern verlässlich ein differenziertes Bildungsangebot. Das stimmt, aber nur unter Ausschluss bestimmter Möglichkeiten, wie zum Beispiel der Gemeinschaftsschule. In Bayern, so sagen Sie, sichern wir für jeden Abschluss einen Anschluss. Das heißt, es findet sich eine organisierte Durchlässigkeit. Das stimmt auch, aber nur nach unten.

(Beifall bei der SPD)

Bayern, so sagen Sie, richtet Schule mehr auf das einzelne Kind aus, das heißt, individuelle Lernzeit und passgenaue Wege zu einem Abschluss. Das stimmt auch, aber nur unter der Prämisse, dass eine halbe Million Kinder der Grundschulen in Bayern in einem fragwürdigen Übertrittsverfahren in Passformen für drei Schularten gepresst werden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch vollkommen lächerlich anzunehmen, dass diese vielfältigen Persönlichkeiten in genau drei Formen passen sollen.

Solange Sie an diesem Übertrittsverfahren festhalten, haben Sie und Ihr Haus nicht begriffen, was individuelle Förderung wirklich meint.

(Beifall bei der SPD)

Bayern setzt auf eine verlässliche Unterrichtsversorgung, so sagen Sie. Das meint den Ausbau der mobilen Reserven und mehr Mittel für Vertretungslehrkräfte. Ich ergänze: zum Beispiel Mütter, Ruheständler oder fachfremde Akademiker und vor allem die Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen. Respekt! Bayern, so sagen Sie, schafft Bildungschancen, das heißt Ausbau der Ganztagsangebote, und zwar flächendeckend und bedarfsgerecht, die Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund sowie ein Ange-

bot für Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf. Ich ergänze: mit zehn Jahren Verspätung. Deshalb sind wir Schlusslicht in Deutschland.

Schließlich sagen Sie, Bayern sichere den Menschen vergleichbare Lebensbedingungen in Stadt und Land. Das heißt den Erhalt kleiner Grundschulen, Sicherung der Mittelschulen und flächendeckender Zugang zu allen Abschlüssen. Ja, wenn man zwanzig, dreißig oder vierzig Kilometer jeden Tag fährt. Wenn ich heute die Zeitung aufschlage, was lese ich darin? Wem die letzte Stunde schlägt. So viel zum Thema Sicherung von Mittelschulen; ich komme darauf noch einmal zurück.

All das sind für Sie einzigartige Meilensteine. Ich habe gehört, auch ein Geisterfahrer findet sich einzigartig, wenn er auf der Autobahn fährt und ihm Tausende Autos entgegenkommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen ein paar Gedanken nennen, wie wir von der SPD-Fraktion uns Bildungspolitik vorstellen: Nehmen wir die Grundschule. Eigentlich ist die bayerische Grundschule - das wissen wir alle - eine gute Schule, und zwar übrigens eine Schule des gemeinsamen Lernens, also eine Gemeinschaftsschule. Eigentlich ist sie gut konzipiert, aber unsere Lehrkräfte, unsere Schülerinnen und Schüler und, so glaube ich, auch viele Eltern leiden zunehmend in dieser Schule. Sie kommen mit dem Druck, der wegen des Übertrittsverfahrens bereits in der 3. Klasse beginnt, nicht zurecht. Wir haben doch längst vergessen - oder nicht mehr im Blick -, die Kinder wirklich in das Zentrum zu stellen. Nachhilfe schon in der Grundschule - welch verheerende Entwicklung. Sie sagen, die Schulen gestalten die Übergänge und Anschlüsse selbst. Darüber, was das heißen könnte, habe ich lange nachgedacht. Und gleichzeitig schreiben Sie die Zahl der Proben vor, nämlich 22. Irgendwo passt da etwas nicht zusammen. Sie verschärfen den Kampf um die Zehntelnoten durch immer neue Änderungen an den Bedingungen und müssten doch eigentlich wissen, dass die Elternberatung dann ins Leere laufen muss, wenn der Zugang zum Gymnasium oder der Realschule ausschließlich von einer Durchschnittsnote abhängt.

Jetzt bitte ich Sie, einmal genau zuzuhören - ich habe es mehrfach lesen müssen und konnte es kaum glauben -: Das Übertrittsverfahren - so schreiben Sie zumindest in Ihrem Text; Sie haben ihn auch hier so vorgelesen - dient der individuellen Förderung jedes einzelnen Kindes. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Daran würde man deutlich den bayerischen Weg erkennen. In der Tat: Nahezu kein Bundesland in Deutschland verlässt sich auf die-

ses bayerische Auswahl- und Übertrittsverfahren. Das ist und bleibt ein einzigartiger Weg. Aber zu sagen, das bayerische Übertrittsverfahren schaffe Bildungsgerechtigkeit - auch das steht in Ihrem Manuskript und das nehme ich bei aller Wertschätzung für Sie sehr ernst -, ist, ehrlich gesagt, zynisch.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt angesichts der Tatsache, dass Bayern gerade das Bundesland ist, in dem die soziale Herkunft noch am stärksten für die Bildungschancen von Kindern mitverantwortlich ist, und zwar genau an dieser Stelle, die den Übergang in die weiterführenden Schulen kennzeichnet. Dort geht es speziell in Bayern extrem ungerecht zu.

Lassen Sie mich noch zwei kleine Anmerkungen zur Grundschule machen. Die Grundschulen haben Sie vorher ebenfalls in Ihrer Rede erwähnt. Die flexible Grundschule ist eigentlich, wie Sie richtig sagen, eine gute Idee. Sie haben ebenfalls gesagt, dass 94 % der Grundschulen in zwei Jahren diesen Weg gingen. Warum denn? - Weil Sie die individuelle Förderung in den 80 Schulen mit modularisierten Verfahren und zusätzlichen Lehrerstunden umsetzen. Würden Sie dies allen Schulen ermöglichen, käme die individuelle Förderung allen Kindern zugute.

(Beifall bei der SPD)

Bitte nehmen Sie die Elternumfragen nicht als Maßstab her. Die entscheidende Frage nach der Meinung der Eltern zum Übertrittsverfahren haben Sie den Eltern noch nicht gestellt. Sie würden die richtige Antwort bekommen. Das ist unfair und zeugt nicht von Selbstbewusstsein.

Die SPD wird die Pädagogik wieder zurück in die Grundschulen holen und die Übertrittsnotenschnitte abschaffen. Wir nehmen jedes einzelne Kind in den Blick und organisieren dessen Förderung. Wir setzen auf echte und umfassende Beratung der Eltern durch die Grundschullehrkräfte und, wenn notwendig, durch Beratungsdienste. Wir schaffen mit dem Angebot der Gemeinschaftsschule wieder eine echte Wahlmöglichkeit für die Eltern. Das ist die Grundvoraussetzung für eine funktionierende Beratung. Die Eltern müssen ein Wahlrecht und gleiche Wahlbedingungen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD wird der zunehmenden Heterogenität der Schülerinnen und Schüler Rechnung tragen und die Klassengrößen entsprechend klein halten. Die SPD wird Unterstützungssysteme aufbauen, die individuelle Förderungen ermöglichen und die Lehrkräfte spür-

bar entlasten. Das beinhaltet, wo es notwendig ist, Tandemlehrer-Lösungen.

Wenn ich einen Blick auf die bayerischen Gymnasien werfe, sehe ich: Die Probleme sind noch nicht vom Tisch. Die Lehrerversorgung ist auf Kante genäht. Die Ressourcen sind beschränkt. Referendare werden in die Wüste geschickt. Dass Sie den SPD-Vorschlag zur integrierten Lehrerreserve aufnehmen, ist in Ordnung. Muss das jedoch erst an zwei Schulen erprobt werden? Das ist bereits erprobt. Eine Einführung wäre bereits morgen möglich, wenn man nur die Ressourcen zur Verfügung stellen würde. Das macht man nicht. Das will man nicht. Es geht nicht, dass Sie unseren Vorschlag als Modellversuch verkaufen.

Sie müssen endlich zur Kenntnis nehmen, dass 30 % der Eltern aufgrund der Neuorganisation das achtjährige Gymnasium meiden, weil sie damit nicht mehr zu recht kommen. Sie weichen auf die Realschulen aus. Können wir uns das wirklich leisten? Können wir leistungsfähige Kinder an die Realschulen verlieren, nur weil die Eltern das G 8 meiden? Sie sagen, jeder Schüler am Gymnasium solle seine individuelle Lernzeit bekommen. Damit meinen Sie - das interpretiere ich so - eine einjährige Auszeit in der Mittelstufe. Die Kinder brauchen jedoch eine echte individuelle Lernzeit, die jeden Tag zu Buche schlägt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist in Ihrem Haus noch nicht bis zu Ihnen vorgegangen. Vielleicht wäre es sinnvoll, wenn sie mit Ihrem Haus nach Oettingen fahren. Dort könnten Sie sehen, wie individuelle Lernzeit organisiert wird.

Die SPD will an dieser Stelle einen klaren Kurs fahren: Die Lehrerversorgung soll deutlich verbessert werden. Wir brauchen einen Budgetüberhang von 10 Prozent, um die Lehrerversorgung zu garantieren und individuelle Lernzeiten zu organisieren. Keiner will das achtjährige Gymnasium zurück zum G 9 führen. Das muss man an der Stelle sagen. Die Unter- und die Mittelstufe müssen deutlich entlastet werden. Das pädagogische Prinzip des selbstaktiven Lernens sollte forciert werden. Ich bitte Sie und fordere Sie in diesem Hause dazu auf, über die Kultusministerkonferenz zu klären, ob ein flexibles Oberstufenmodell für ein Gymnasium mit zwei Lerngeschwindigkeiten möglich wäre. Das würde den Anforderungen der Schülerinnen und Schüler gerecht werden.

Nach Ihren Ausführungen ist der dritte Schwerpunkt die Mittelschule. Ich zitiere eine Vodafone-Studie, die Sie nicht angeführt haben. In dieser Vodafone-Studie ist davon die Rede, dass lediglich drei Prozent der Eltern die Hauptschule wollen. Die meisten Eltern lehnen den Hauptschulabschluss ab. Nimmt man diese

Studie als Grundlage, muss man zur Kenntnis nehmen, dass auch in Bayern nur diejenigen Schulformen eine Zukunft haben, die einen Schulabschluss bieten, der von den Eltern nachgefragt wird. Das ist mindestens der Realschulabschluss. Das geht in Bayern nicht, weil bestimmte Lobbyvertreter sonst nicht zufriedengestellt werden. Die Frage lautet: Wer macht bei uns Politik?

Das Kernthema, das Sie angesprochen haben, ist die Sicherung der wohnortnahen Schulen. In diesem Zusammenhang darf ich einen Blick auf das Jahr 2009 zurückwerfen. Herr Dr. Spaenle, Sie haben in der Hanns-Seidel-Stiftung eine, wie Sie sagen, wegweisende Rede gehalten. Eine Passage möchte ich zitieren: "Wenn wir ein intelligentes System zur Erhaltung von Schulstandorten entwickeln, wird es uns auch langfristig gelingen, ein reichhaltiges Bildungsangebot bereitzustellen - und zwar überall in Bayern."

Die Frage lautet: Welches intelligente System meinen Sie? Die Mittelschulen und Mittelschulverbünde können es nicht sein. Heute konnte man lesen, dass die Schule in Denkendorf im Landkreis Eichstätt geschlossen wird. Sie sagen, die Schule werde nicht geschlossen, da man sie in zwei Jahren, wenn wieder Schüler kämen, wieder aufleben lassen könne. Glauben Sie, eine Kommune kann über zwei Jahre eine Schule über Wasser halten, obwohl keine Schüler vorhanden sind? Vor drei Wochen haben Sie über die Lokalzeitung der Bevölkerung noch weisgemacht, dass die Schule in Denkendorf gesichert und im Mittelschulverbund gut aufgehoben sei. Jetzt wird sie geschlossen. Das wird der Bürgermeister morgen in der Gemeinderatssitzung verkünden. Angesichts der Tatsache, dass es eine Lösung gäbe, ist das dramatisch. Herr Minister, ein fertiges Konzept liegt auf dem Tisch. Sie haben es noch nicht mal für nötig gehalten, dieses Konzept durchzulesen. Dieses Konzept beinhaltet Vielfalt und Souveränität.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten Lösungen zulassen, die den Kommunen und den Menschen vor Ort wirklich weiterhelfen. Diesen bayerischen Weg haben Sie nicht eingeschlagen. Im Gegenteil, Sie haben der Zeitung gesagt, eine solche Gemeinschaftsschule würde den Verlust der Standorte noch fördern. Die Schule benötige mindestens 200 Schüler. Selbstverständlich würden wir mit einem entsprechenden Angebot 200 Schüler für die Schule in Denkendorf gewinnen. Diese Schule könnten wir nachhaltig sichern. Herr Ministerpräsident, eine Umsetzung unseres Konzeptes würde den Eltern Vertrauen schenken. Wenn das Konzept die bayerischen Standards erfüllt, warum nicht? Das wäre eine

mutige und vorausschauende bayerische Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

In Bezug auf die Gemeinschaftsschule möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen: Wir wollen kein Gymnasium abschaffen. Wir wollen keine Realschule abschaffen. Wir wollen keine flächendeckende Einführung der Gemeinschaftsschule. Das muss immer wieder gesagt werden. Wir wollen die Gemeinschaftsschule, wo sie notwendig ist, auf Antrag zulassen. Wenn sich die Eltern in Denkendorf nach intensiver Auseinandersetzung mit einer Zweidrittelmehrheit für die Gemeinschaftsschule entscheiden, wäre eine gute Basis vorhanden, um unser Konzept zuzulassen.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend kann ich sagen: Mit wirklich intelligenten Angeboten sichert man Schulstandorte und die Lebensqualität der bayerischen Kommunen.

Ich möchte noch den Punkt Ganztagschulen und Ganztagsangebote ansprechen, weil das ein Kapitel ist, das zunächst sehr verheißungsvoll klingt. Sie sind auf einem guten Weg. Das möchte ich nicht kleinreden. Ich erkenne an, dass Sie sich bemühen. Sie müssen jedoch genauer hinschauen, was Sie wirklich ausbauen und in der bayerischen Bildungslandschaft umsetzen. Da hilft ein Blick in die Bertelsmann Studie. Nicht einmal fünf Prozent der bayerischen Schüler haben einen Platz in einer gebundenen Ganztagsklasse. Die Angebote, die Sie benennen, sind Betreuungsangebote, die mit einem qualitativ guten Ganztagsangebot nichts zu tun haben.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb besteht der bayerische Weg nach unserer Vorstellung darin, Qualität in das Ganztagsangebot zu bringen und ein Recht auf einen gebundenen Ganztagsplatz zu schaffen. Das wäre der bayerische Weg, der Zukunft bietet und den Eltern wirklich etwas anbietet, damit sie sich nicht selber auf die Suche machen müssen, um herauszufinden, ob die Mittagsbetreuung, der Hort, das offene Ganztagsystem oder eine gebundene Form das Richtige ist.

Zum Schluss möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern, meinen Kolleginnen und Kollegen und auch meinen Schulleiterkollegen herzlichen Dank sagen. Das machen Sie, Herr Minister, an dieser Stelle immer; so mache auch ich es. Dank sage ich, weil es wirklich hervorragend und anerkennenswert ist, dass die Lehrer unter den Rahmenbedingungen, die in Bayern zum Teil herrschen, noch immer munter jeden Morgen in die Schule gehen und dort ihre Aufgaben erfül-

len. Herzlichen Dank dafür, dass sie das ausgleichen, was die Bayerische Staatsregierung ihnen nicht anbieten kann.

(Beifall bei der SPD)

Alle Bildungspolitiker - auch ich - wissen aus zahlreichen Gesprächen, dass die Belastungsgrenze bei vielen erreicht ist.

Sehr geehrter Herr Dr. Spaenle, Sie haben als Dienstherr eine Fürsorgepflicht. Wir muten unseren Lehrkräften immer wieder mehr zu, als sie dafür an entsprechenden Kompensationen bekommen. Die auch von Ihnen genannte Inklusion kann nur gelingen, wenn wir das entsprechende Fachpersonal an den allgemeinen Schulen bereitstellen.

Ich sage nebenbei: Sie sollten das Kapitel über Inklusion in Ihrer Rede einmal nachlesen. Denn da findet man die Überschrift "Inklusion durch Kooperation". Ich glaubte, wir hätten das längst überwunden und wären schon drei Schritte weiter. Ihr Haus sollte vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, dass wir hier in unserer interfraktionellen Arbeitsgruppe bereits weitere Schritte gegangen sind.

(Harald Güller (SPD): Bei der Größe des Hauses dauert es etwas, bis sich das herumspricht!)

- Ja, das ist wohl richtig.

Die individuelle Förderung wollen wir alle - Sie und wir. Aber sie kann nur gelingen, wenn wir dafür ausreichend Lehrkräfte haben. Die eigenverantwortliche Schule bekommen wir erst, wenn wir sie ausreichend mit Verwaltungspersonal ausstatten und der Schulleitung Zeit zum Leiten geben. Die SPD wird dafür ein deutliches Zeichen setzen und die sogenannte demografische Rendite im System belassen, damit die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden können.

Das ist der bayerische Weg, wie ihn sich die bayerische SPD vorstellt. Man darf nicht die Lehrerstellen im Haushalt streichen, um sie dann mit großem Brimborium wieder hervorzuzaubern. Der bayerische Weg muss ehrlich sein. Das haben auch Sie gesagt. Aber dazu gehört die Einsicht, Herr Minister, dass gute Bildung Geld kostet.

(Beifall bei der SPD)

Gute Bildung wird vermutlich noch mehr Geld kosten, als wir im Moment ahnen, besonders wenn man an so große Herausforderungen wie Inklusion und anderes denkt.

Hierüber sollten wir hier im Hause einen demokratischen Konsens herstellen. Wir sind selbstverständlich bereit, dabei mitzuwirken.

Ich habe Ihnen mehr zugemutet, als ich wollte. Aber die Länge meiner Rede musste sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Eisenreich das Wort.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute wieder einen vielstimmigen Chor an Forderungen, Vorstellungen, Änderungswünschen und auch Vorwürfen hören. Kollege Martin Güll, den ich als Person sehr schätze, hat damit schon begonnen.

Ich beginne mit dem, was nach meiner Erfahrung nicht alle, aber zumindest ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land erwartet und was nicht. Den Großteil der Eltern, Lehrer und Bürger in diesem Land interessieren theoretische Debatten überhaupt nicht. Deswegen wird Ihre Einheits- bzw. Gemeinschaftsschule immer ein Ladenhüter bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Warum? Die Antwort ist ganz einfach: Weil die Eltern, Schüler, Lehrer und Bürger in diesem Land drei Dinge erwarten:

Erstens: Politik für alle Schüler, für die langsameren genauso wie für die schnelleren, für die begabteren genauso wie für diejenigen, die sich etwas schwerer tun und etwas mehr Zeit brauchen, für die Kinder aus bildungsfernen Familien genauso wie für diejenigen aus Akademikerfamilien, für Kinder mit Migrationshintergrund und ohne, für Kinder mit Behinderung genauso wie für diejenigen ohne. Das ist Politik für alle.

Zweitens: Keine sinnlosen Strukturdebatten, sondern pragmatische Lösungen; Zusammenarbeit aller in einem offenen Dialog.

Drittens wird erwartet - lieber Martin, da stimme ich dir zu -, dass es mehr Geld für die Verbesserung der Rahmenbedingungen gibt. Als Stichworte möchte ich Klassengröße, Ganztagsangebote, individuelle Förderung, Schulsozialarbeit nennen.

Das ist das, was die Eltern, Lehrer und Bürger vom Freistaat erwarten. Dazu kommt, dass die Kommunen für ausreichend und ordentlich ausgestattete Schulräume sorgen. Wir freuen uns, dass viele Kommunen dabei einen echten Schwerpunkt setzen. Sie sagen: Jawohl, unsere Schule vor Ort muss ein Schmuck-

stück sein. Aber wir wundern uns, dass die rot-grün regierte Stadt München das Thema "Raumnot und Sanierungsstau" nicht entschlossen genug anpackt und hier sogar - das ist ein echter Skandal - einsparen wollte. Das muss um der Wahrheit willen gesagt werden.

Nach fast vier Schuljahren in dieser Legislaturperiode ist jetzt ein guter Zeitpunkt, eine Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu versuchen.

Erstens. Die Bildung ist im Freistaat Bayern ein Investitionsschwerpunkt und bleibt es. Wir haben die Zusage, jedes Jahr tausend Lehrer zur Verbesserung der Unterrichtssituation zur Verfügung zu stellen, eingehalten. Wir haben in den letzten Jahren über 5.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Seit 2002 hat sich der Kultusetat sogar um 2 Milliarden Euro erhöht.

(Beifall bei der CSU)

Wir können sagen: Wir haben die Wünsche aufgenommen und mit den Lehrerstellen einen Schwerpunkt gesetzt.

Die demografische Rendite ist angesprochen worden. Sie ist in Bayern in dieser Legislaturperiode, weil es im Koalitionsvertrag so vereinbart worden ist, vollständig nicht nur in der Bildung, sondern sogar im Schulbereich bzw. im Kultusetat geblieben, während in Baden-Württemberg und Rheinland Pfalz Teile der demografischen Rendite vom Finanzminister einkasiiert worden sind.

Zweitens. Wer in Bayern zur Schule geht, profitiert von den besten Rahmenbedingungen, die es in Deutschland gibt. Das sagt nicht die CSU, auch nicht die FDP, sondern ein neutraler Beobachter, nämlich die Bertelsmann Stiftung im Deutschen Lernetatlas. Das gilt sowohl in den großen Städten als auch in den kleinen, ebenfalls in der Region. Das ist eine ausdrückliche Bestätigung der Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems sowie der guten Rahmenbedingungen und der guten Politik, die wir in Bayern machen.

Drittens. In der Bildung gibt es, was niemand bestreitet, immer Handlungsbedarf. Bildung ist für alle Beteiligten eine Daueraufgabe. Wo Handlungsbedarf besteht, haben wir tatkräftig angepackt. Dies möchte ich mit ein paar Beispielen belegen.

Ein großes Anliegen ist für uns der bedarfsgerechte, flächendeckende und qualitative Ausbau der Ganztagsangebote.

(Beifall bei der CSU)

Da liegt seit Jahren ein echter Schwerpunkt. Dabei setzen wir auf eine Vielfalt von Angeboten: Mittagsbetreuung, offene und gebundene Ganztagsangebote usw.

Was leicht vergessen wird und auch in der Bertelsmann-Studie fehlt, sind die guten Horte in Bayern. Niemand erwähnt sie. Sie müssen aber erwähnt werden, weil sie zu der Vielfalt der guten Angebote dazugehören.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben in diesem Jahr alle Anträge auf Schaffung von gebundenen Ganztagszügen genehmigt, weil dies ein echter Schwerpunkt ist.

Im nächsten Jahr werden an über 90 % der Schulen Ganztagsangebote bestehen. Ich glaube, wir haben dieses Thema wirklich tatkräftig angepackt.

Ein weiterer riesiger Auftrag ist die Verbesserung der Chancengerechtigkeit, insbesondere seit der Pisa-Studie 2000. Für uns zählt jeder. Wir wollen, dass jeder in seiner Region jeden Abschluss machen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben mit den M-Zügen an den Mittelschulen, mit Modellen, bei denen der mittlere Abschluss nach dem Quali erworben werden kann, mit den sogenannten Neun-plus-zwei-Modellen, den Vorklassen, den Einführungsklassen und den vielen Möglichkeiten der beruflichen Bildung Durchlässigkeit nach oben organisiert. Ich möchte deutlich sagen: Für die Chancengerechtigkeit und die Durchlässigkeit ist die berufliche Bildung neben dem Gymnasium eine zweite starke Säule.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Etwa 43 % der Hochschulzugangsberechtigungen werden in Bayern inzwischen über die berufliche Bildung erworben. Das ist ein Qualitätszeugnis für die berufliche Bildung.

Wir haben die Studie Pisa 2000 ernst genommen. Die Förderung für die Kinder mit Migrationshintergrund war verbesserungsbedürftig. Dieses Ergebnis der Studie haben wir ernst genommen. Wir haben eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen, zum Beispiel die Klassenteilung und den Ausbau der Deutsch-Förderung. In diesem Nachtragshaushalt haben wir zusätzlich noch einen Integrationszuschlag eingeführt, weil wir möchten, dass auch Kinder aus Migrantenfamilien in Bayern Chancen auf einen guten Abschluss und eine gute berufliche Perspektive haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben die Kritik, die in den letzten Monaten zum Thema Unterrichtsversorgung geäußert wurde, aufgenommen. Wir haben in dem erst vor wenigen Wochen beschlossenen Nachtragshaushalt, mit dem über 1.000 zusätzliche Stellen geschaffen wurden, einen Schwerpunkt bei der Verbesserung der Unterrichtsversorgung gesetzt.

Wir wollen kleine Schulstandorte erhalten. Staatsminister Ludwig Spaenle hat dies ausführlich begründet. Zu diesem Zweck haben wir einen eigenen Demografiezuschlag eingeführt. Insofern kann man sagen, dass wir auf den Handlungsbedarf, der von Bürgerinnen und Bürgern, Eltern, Bürgermeistern und Lehrkräften angemahnt wurde, reagiert haben. Wir können glaubwürdig sagen, dass wir angepackt haben.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich muss es auch pädagogische Innovationen und Weiterentwicklungen geben. Wir haben schon einige Maßnahmen umgesetzt, einige sind auf dem Weg, und einige haben wir als Ziel formuliert. Ich möchte diese Maßnahmen aufzählen:

Der doppelte Abiturjahrgang am Gymnasium ist im letzten Jahr hervorragend ins Ziel gekommen. An dieser Stelle möchte ich den Lehrerinnen und Lehrern am Gymnasium herzlich danken. Das war eine große Aufgabe, die sie toll bewältigt haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir hatten zu diesem Thema eine Anhörung im Bayerischen Landtag. Nachdem der erste Durchlauf des achtjährigen Gymnasiums bewältigt ist, sind wir dabei, Bilanz zu ziehen und zu überlegen, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt.

Wir haben die Hauptschule zur Mittelschule entwickelt. Diese Maßnahme ist umgesetzt. Im nächsten Jahr werden 99 % der Hauptschulen Mittelschulen sein.

Die flexible Grundschule wird an 20 Standorten ausprobiert. Im nächsten Schuljahr werden es 80 Standorte sein, weil uns dieses Thema wichtig ist.

Die Überarbeitung der Lehrpläne ist auf dem Weg. Lieber Herr Kollege Martin Güll, selbstverständlich müssen dabei die pädagogischen Aspekte, die Sie angesprochen haben, berücksichtigt werden.

Wir haben im Bayerischen Landtag in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe ein Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention erarbeitet und ein-

stimmig beschlossen. Dieses Thema ist auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Natürlich haben wir hier noch viel zu tun. Das wissen wir auch. Schließlich haben wir deswegen Klausurtaugungen vor der Sommerpause vereinbart. Ich nenne nur die Themen Schulbegleiter, Lehrerbildung und Beratung.

(Barbara Stamm (CSU): Schulbegleiter sind ganz wichtig!)

Diese Aufgaben sind formuliert, und wir arbeiten daran. Die Inklusion kann es auch nicht zum Nulltarif geben.

Wir wollen, dass sich die Schulen organisatorisch und pädagogisch weiterentwickeln. Die Schulentwicklung ist ein riesiges Thema, das uns seit Jahren bewegt. Wir überlegen, wie wir den Schulen helfen können, damit dort Schulentwicklung stattfindet.

Wir wollen, was einen riesigen Sprung in der Bildungspolitik bedeutet, die Vernetzung der Bildungsinstitutionen und der Bildungspartner erreichen. Der Minister hat mit seinem Vorschlag der Bildungsregionen hierfür den Rahmen gesetzt: Alle an Bildung Beteiligten, die Institutionen und die Partner, sollen vernetzt sein, weil hierin ein großes Potenzial liegt. Diese Maßnahme ist auf dem Weg. Der Startschuss für die erste Bildungsregion war vor wenigen Monaten im Landkreis Miesbach.

Das Thema Lehrerbildung bewegt uns alle, ebenso wie die neuen Themen Inklusion, Heterogenität oder individuelle Förderung. Ich glaube, die Themen in Bayern sind erkannt. Ein erheblicher Teil der notwendigen Maßnahmen ist bereits umgesetzt. Die übrigen Probleme müssen wir beim Namen nennen und tatkräftig anpacken. Dies sehen auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande so und honorieren das.

Ich glaube, in den letzten Jahren hat sich auch die Form des Miteinanders und des Dialogs geändert. Wir haben einen Minister, der sehr oft im Ausschuss anwesend ist und mit den Fachpolitikern redet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben einen Minister, der täglich den Dialog mit Eltern, mit Schülern, mit Lehrern, mit Bürgermeistern, mit Schulleitern und mit der Schulverwaltung sucht. Für verschiedene Themen sind solche Gespräche in Dialogforen institutionalisiert worden. Das erste Dialogforum wurde zum Thema Mittelschule eingerichtet, jetzt gibt es Dialogforen zu den Bildungsregionen.

Unter den Bildungspolitikern herrscht bei aller Differenz in der Sache gegenseitige Wertschätzung und ein gutes Miteinander. Die interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Inklusion ist hierfür ein gutes Beispiel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute diese Regierungserklärung gehört und können Bilanz ziehen. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Bayern hat eine gute Bilanz in der Bildung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben die Anliegen, die ich am Anfang formuliert habe, ernst genommen. Wir haben die Probleme angepackt. Deshalb werden die Versuche, diese Politik schlechtzureden und in ein schlechtes Licht zu rücken, nicht erfolgreich sein. Die Bilanz spricht eine andere Sprache. Diese gute Bilanz ist möglich, weil wir in Bayern ein differenziertes Schulsystem mit einer guten Substanz haben, weil wir in Bayern für die Bildung Geld in die Hand nehmen und weil wir in Bayern eine wirklich große Zahl höchst engagierter Schulleiter und Lehrkräfte haben, bei denen ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken möchte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Diese Bilanz ist auch möglich, weil wir in unserer Gesellschaft und in einem Großteil der Familien eine Wertschätzung für Leistung und für Bildung haben. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen und dafür zu werben, dass diese Wertschätzung für Leistung und für Bildung erhalten bleibt. Wir haben diese gute Bilanz aber auch, weil die CSU Geld, Zeit und Energie nicht für theoretische Strukturdebatten und Versuche verschwendet, sondern sich pragmatisch um tatsächliche Verbesserungen kümmert. Wir richten die Bildungspolitik konsequent an den zwei Leitmaßstäben Qualität und Gerechtigkeit aus. Das sind die Gründe für diese Bilanz.

Abschließend möchte ich feststellen: Wir sind noch nicht am Ende. Wir wissen, dass noch einiges zu tun ist. Der Minister hat einige Punkte angesprochen; ich habe das auch getan. Bildung ist eine Daueraufgabe. Wir werden die Punkte, die noch zu verbessern und weiterzuentwickeln sind, wie in den letzten Jahren unaufgeregt, konsequent und pragmatisch anpacken. Dabei werden wir die Kinder immer in den Mittelpunkt stellen. Wir werden den Dialog mit allen Interessierten und mit allen Beteiligten intensiv weiterführen.

Ich bedanke mich fürs Zuhören und freue mich auf die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit und des guten Miteinanders unter den Bildungspolitikern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich erteile dem Kollegen Günther Felbinger das Wort. Bitte schön.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Staatsminister, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen Damen und Herren! Kollege Georg Eisenreich hat gerade gesagt, er erwarte heute einen vielstimmigen Chor. Dazu muss ich sagen: Das ist auch gut so; denn bei Ihrer einseitigen Betrachtungsweise der bayerischen Bildungspolitik ist es mir lieber, wenn auch noch andere Meinungen zum Tragen kommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Widerspruch von der CSU)

Herr Eisenreich, Sie sprechen von einer guten Bilanz. Ich muss Ihnen recht geben: Wenn man das Schlechte weglässt, ist es in der Tat eine gute Bilanz.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, zu Ihrer heutigen Regierungserklärung könnte man auch sagen: Und täglich grüßt das Murmeltier.

(Barbara Stamm (CSU): Aber Herr Kollege! - Widerspruch von der CSU)

Wenn man Ihnen zuhört, muss man sich fragen: Geht es Ihnen tatsächlich um den einzelnen Schüler, die vermeintliche Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems in Bayern oder um die Beweihräucherung der Staatsregierung? Man konnte schon fast nicht mehr hinhören, so oft haben Sie Ihren Kabinettskollegen gedankt, unter anderem für die Bereitstellung der Geldmittel. Der Hinweis muss gestattet sein, dass es immer noch das Geld des Steuerzahlers ist, das in die Bildungspolitik fließt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und bei Abgeordneten der SPD)

Tatsächlich geht es Ihnen nicht um die Kinder, sondern um die unbewiesene Behauptung: Bayern ist das Land mit der besten Bildungslandschaft. Diese Leier, meine sehr geehrten Damen und Herren, hören wir nicht zum ersten Mal. Geradezu wie ein Mantra tragen Sie das in Ihrer Regierungserklärung vor. Selten trifft der Spruch "durch Wiederholung wird es nicht besser" so zu wie bei Ihnen, Herr Spaenle.

Ich darf kurz rekapitulieren. Im März 2009 wollten Sie mit dem neuen Übertrittsverfahren an den Grundschulen mehr Chancengerechtigkeit schaffen. In der Pressekonzferenz zum Schuljahresbeginn desselben Jahres nennen Sie als Ihr Kernanliegen Qualität und

Gerechtigkeit. Im Juli 2010 stellen Sie Ihre Regierungserklärung unter das Motto "Qualität, Differenzierung, Durchlässigkeit". Ihre Leitziele darin: Qualität und Gerechtigkeit. In der Pressekonferenz zum Schuljahr 2011/2012 heißt es: Mit seinem Schulwesen wird Bayern dem doppelten Anspruch gerecht, für die vielen jungen Menschen eine qualitätsvolle Ausbildung sicherzustellen und sie unabhängig von ihrem Elternhaus, so gut es möglich ist, zu fördern. Diese entwickelt Minister Spaenle nach den Gesichtspunkten von Qualität und Gerechtigkeit für den einzelnen Schüler weiter. Nun also wiederum Qualität und Gerechtigkeit. Sie sagen: Der bayerische Weg lautet "Vielfalt statt Einfalt".

Herr Staatsminister, selbstverständlich sind Qualität und Gerechtigkeit Aufgaben jeder Bildungspolitik. Ich behaupte, dass wir uns in diesem Punkt über alle Fraktionen hinweg einig sind. Selbstverständlich brauchen wir ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot. Selbstverständlich brauchen wir auch ein gerechtes Bildungsangebot. Selbstverständlich muss Bayern ein Bildungsland sein. Die Frage ist nur: Was ist gerecht und was ist hochwertig? Meine Damen und Herren, hier scheiden sich die Geister.

Sie bezeichnen beispielsweise ein flächendeckendes Schulangebot gerade in ländlichen Räumen als ein Herzstück des bayerischen Wegs. - Wunderbar; das kann ich nur unterstützen. Sie handeln aber genau gegenteilig. Gerade in den letzten Tagen sind mir von drei Grundschulen in Unterfranken Informationen zugegangen, in denen sie die Schließung trotz ausreichender Schülerzahlen ankündigen. Ist es gerecht und zeugt es von einem Bemühen um Qualität, wenn künftige Erstklässler nicht an ihrem Wohnort beschult werden, sondern nun stattdessen zum nächsten Schulstandort gekarrt werden, und das, obwohl die Schülerzahl für eine Klassenbildung ausreicht? Wo ist da Ihre Glaubwürdigkeit, Herr Staatsminister? Glauben Sie wirklich, dass diese Vorgehensweise das Vertrauen der Eltern und der Schüler stärkt? Wie passt das denn mit Ihrem Ziel eines flächendeckenden Schulangebots zusammen?

Ist es gerecht und zeugt es von einem Bemühen um Qualität, wenn landauf, landab nahezu willkürlich an ein und derselben Schule jahrgangsgemischte und jahrgangstreue Grundschulklassen nebeneinander mit dem offensichtlichen und ausschließlichen Ziel gebildet werden, Lehrer einzusparen? Die Petitionen, die uns allen Tag für Tag aus allen Teilen Bayerns dazu zugehen, füllen Ordner, Herr Staatsminister.

Ist es gerecht und zeugt es von einem Bemühen um Qualität, wenn keine Ganztagsklassen gebildet werden, obwohl es dafür genügend Anmeldungen gäbe,

aber das Verbot der Klassenmehrung dann keine weitere Ganztagsklasse zulässt?

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, diese Liste ließe sich beliebig weiterführen. All die genannten Beispiele sind nur eine ganz kleine Auswahl von Hilferufen betroffener Eltern, deren Kinder genau mit den beschriebenen Problemen zu kämpfen haben. Herr Staatsminister Spaenle, es muss Ihnen doch zu denken geben, wenn in bayerischen Großstädten immer wieder Demonstrationen für eine bessere Bildung, für mehr Lehrer, kleinere Klassen und weniger Unterrichtsausfall stattfinden, wie zuletzt am vergangenen Samstag in München. Daraus ziehe ich den Schluss: Ihre vielbeschworene Qualität ist bei den Schulen noch nicht einmal ansatzweise angekommen - oder sehen Sie das etwa als eine Bestätigung Ihrer Politik? Hingegen sind Unterrichtsausfall und übergroße Klassen bei den Eltern angekommen, und deswegen gehen sie auf die Straße.

Ihre gebetsmühlenartig betonte Wiederholung von Qualität und Gerechtigkeit in unserem Schulsystem ist vielmehr Ihr unfreiwilliges, aber wahres Eingeständnis, dass es genau daran hapert, Herr Staatsminister. Sehen Sie die zahllosen Missstände einfach nicht mehr, oder ist es bei Ihnen schon die Augen-zu-und-durch-Mentalität des Ministerpräsidenten Seehofer, der jetzt ankündigt, sich munter über den Bürgerentscheid der Münchner Bürger zur dritten Startbahn hinwegzusetzen?

Sie zitieren aus der Vodafone-Studie und wollen damit beweisen, wie gut Bayern dasteht. Ich muss dazu schon sagen: Das ist mutig. In eben dieser Studie beklagen nämlich 50 % der Bevölkerung den hohen Unterrichtsausfall in Bayern, und eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung sieht die Durchlässigkeit unseres Schulsystems nach oben als kaum gegeben. Das war ein klassisches Eigentor, Herr Spaenle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD - Eduard Nöth (CSU): Was Sie da sagen, glauben Sie doch selber nicht!)

- Das können Sie nachlesen, wenn Sie lesen können. 62 % der Bevölkerung sind nach eben dieser Studie der Meinung, dass die Lehrpläne beim Übergang auf das G 8 nicht ausreichend angepasst wurden. Das ist die Wahrheit. Das ist die Meinung der Bürger, auf die Sie, meine Damen und Herren in der Staatsregierung, doch hören wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister, es liegt mir dennoch fern, alles schlechtzureden.

(Lachen bei der CSU)

Es freut mich, wenn Sie Neueinstellungen für integrierte und mobile Reserven für Realschulen, Gymnasien, Fachoberschulen und Berufsoberschulen ankündigen. Ich will das ausdrücklich auch lobend erwähnen. Nach wie vor ist der Unterrichtsausfall an unseren Schulen viel zu hoch. Wir brauchen jede Neueinstellung und jede neu geschaffene Stelle, und wir brauchen sie dringend. Wenn ich aber die Anzahl der Stellen zusammenzähle, die Sie in Ihrer Regierungserklärung aufgeführt haben, komme ich allerdings wieder zu einigen Missständen; etwa gibt es keine einzige zusätzliche Stelle für die Inklusion. Was Ihnen in meinen Augen in vielen Bereichen fehlt, ist ein klares Ziel. Ich nenne die Inklusion; ich nenne die Ganztagsbeschulung; ich nenne den Abbau großer Klassen. Derzeit drehen Sie ohne erkennbares Gesamtkonzept mal an dieser, mal an jener Stellschraube. Eine Verbesserung der Unterrichtsqualität erzielen Sie damit aber nicht.

Herr Staatsminister, Sie sagten, der bedarfsgerechte Ausbau von Ganztagsangeboten habe besondere Priorität. Das kann ich nur unterstützen. Uns FREIEN WÄHLERN liegt ein qualitätsvoller und ein an den Belangen vor Ort ausgerichteter Ausbau der Ganztagsklassen ganz besonders am Herzen. Wir wollen nicht eine irgendwie geartete Betreuung; wir wollen, dass Ganztagsklassen als echte Chance und als echtes Angebot wahrgenommen werden. Wir wollen eine passgenaue Förderung der Schulen, die daran Bedarf haben. Wir wollen eine Förderung ganz im Sinne der Schüler, der Eltern und der Schule. Dass wir mit der Ganztagsbetreuung in Bayern noch am Anfang stehen und alles andere als Qualität anbieten, bescheinigte Ihnen erst in der vergangenen Woche die "Bayerische Staatszeitung". Mit der Überschrift "Eine Eins im Schönrechnen" und dem Untertitel "Bayern ist Schlusslicht beim Ausbau der Ganztagsbetreuung" wurde dies deutlich unterstrichen. Das ist eine eindeutige Sprache, die im krassen Gegensatz zu Ihrer Aussage von eben steht, Herr Kollege Eisenreich, dass Sie tatkräftig dabei seien, die Ganztagsbetreuung auszubauen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen ein Schönrechnen genauso wenig wie ein Schönreden. Wir brauchen überzeugende Konzepte, die bei der frühkindlichen Bildung beginnen und bis zum Studium und zum lebenslangen Lernen weitergehen.

Herr Minister, ich nenne Ihnen deshalb unsere Agenda für die Bildungspolitik. Unsere Schulen dürfen nicht zu reinen Paukanstalten verkommen. Wir wollen un-

sere Kinder zu starken und stabilen Persönlichkeiten erziehen. Wir brauchen in unserem Staat selbstbewusste und mitdenkende Menschen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Dabei spielt für uns FREIE WÄHLER die Stärkung der sogenannten weichen Fächer Musik, Kunst und Sport eine bedeutende Rolle. Wir müssen insbesondere an den Grundschulen dringend die Stunden für den Ganztagsbetrieb aufstocken. Unbedingt notwendig sind zusätzliche Anrechnungstunden für Lehrkräfte, die als Klassenleiter in Ganztagsklassen tätig sind. Ich sage Ihnen auch, warum wir dies brauchen: Jedem muss klar sein, dass die Ganztagsbeschulung einen pädagogischen Mehraufwand bedeutet. In der Ganztagsbeschulung gibt es eine Vielfalt zusätzlicher Aufgaben, so zum Beispiel die Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen und dem zusätzlichen pädagogischen Personal sowie mehr Sprechzeiten für die Eltern. Das muss geplant und vorbereitet werden, und deshalb müssen diese Stunden den Klassenleitern auch angerechnet werden. Dieser Mehraufwand wird bisher von Ihrem Haus bei der Stundenzuweisung überhaupt nicht angemessen berücksichtigt. So viel zum Thema Qualität.

Wir brauchen auch dringend Schulgebäude, die auf den modernen Unterrichtsbetrieb ausgelegt sind. Da reicht eine Mensa allein nicht aus. Kinder, die mehr als sieben Stunden in der Schule sind, brauchen auch Rückzugsräume. Nicht zu vergessen sind die Arbeitsplätze für die Lehrkräfte, die bei der Ganztagsbeschulung verändert werden müssen.

Wir alle wollen qualifiziertes Personal für die Ganztagschule. Dafür brauchen wir aber auch attraktive Arbeitsbedingungen. Momentan sind die Arbeitsverträge der Betreuungskräfte häufig nur auf ein Jahr befristet. Herr Staatsminister, ich frage Sie, wie Qualität entstehen soll, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Schulen nur von einem zum anderen Jahr planen können.

Herr Staatsminister, Sie sagen, dass die Wahlmöglichkeit für die Eltern entscheidend für den bayerischen Weg sei und dass die Unterschiedlichkeit der Angebote ganz bewusst zu Ihrer Strategie gehöre. Dem möchte ich entschieden widersprechen, Herr Staatsminister Spaenle. Heben Sie doch endlich das Verbot von Klassenmehrungen auf und blockieren Sie die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote nicht durch Vorschriften, die diese Entwicklung abwürgen, kaum dass sie in Fahrt gekommen ist. Passt das zu der von Ihnen proklamierten Bildungsgerechtigkeit? Das Modell der Ganztagschule - davon bin ich fest überzeugt - wird sich nur durchsetzen, wenn Schulen und Eltern die notwendige Planungssicherheit bekommen.

Planungssicherheit bei der Betreuung ihrer Kinder brauchen die Eltern aber auch für den Freitagnachmittag und für die Ferien. Nur dann erreichen Sie eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deswegen brauchen wir dringend ein Konzept, mit dem die bestehenden schulischen Betreuungsangebote so erweitert werden, dass die betroffenen Eltern für ihre Kinder sowohl am Freitagnachmittag als auch mindestens in zehn der vierzehn unterrichtsfreien Wochen auf ein verlässliches Angebot zurückgreifen können. So können Sie Ihrem Ziel von Gerechtigkeit und Qualität einen großen Schritt näherkommen, Herr Staatsminister.

Ich nenne Ihnen noch weitere Beispiele für das Fehlen eines Gesamtkonzepts. Sie sagen, Bayern unterstütze die individuelle Lernzeit des einzelnen Kindes zur Erreichung seines Abschlusses. Wie denn bitte? Sie führen die flexible Grundschule gerade einmal bei 80 von insgesamt 2.400 Grundschulen in Bayern ein. Ganz zu schweigen ist von der wichtigen Phase des Übertritts in den Beruf. Flexibilität ist in dieser Phase Fehlanzeige. Erst gestern hatten wir in Unterfranken ein Gespräch über die vertiefte Berufsorientierung, die gekappt worden ist. Gute Modelle, die im Landkreis und in der Stadt Würzburg gelaufen sind, laufen nicht mehr weiter. Wir wollen deshalb ein bisschen mehr Glaubhaftigkeit Ihrer Verlautbarungen.

Wir FREIEN WÄHLER haben bereits 2010 hier im Hohen Hause gefordert, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Abschlussphase an Mittelschulen flexibel und gerecht gestaltet werden kann. Sie preisen in Ihrer Regierungserklärung die bayerische Wirtschaftsschule an, eine bundesweite Besonderheit, deren Vermittlungsquote von über 90 % für ihren Erfolg spreche. Im selben Atemzug aber planen Sie eine Neukonzeption der Wirtschaftsschule, die von den Betroffenen sehr kritisch gesehen wird. Wohin wollen Sie mit dieser Neukonzeption der Wirtschaftsschule?

Sie sagen, ideologische Schulsystemdebatten würden Sie in Bayern nicht führen. Dabei sind wir FREIE WÄHLER teilweise bei Ihnen. Wir FREIE WÄHLER wollen aber keine neue Debatte über Schulstrukturen. Wir FREIE WÄHLER bekennen uns zum gegliederten Schulwesen. Ich sage aber auch ganz deutlich, dass wir dieses Schulwesen weiter entwickeln müssen. Es hilft nichts, wenn sich die Staatsregierung nur gebetsmühlenartig zum dreigliedrigen Schulsystem bekennt und dabei die Auswirkungen der demografischen Entwicklung völlig ignoriert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eigenständige Bildungsregionen. Wir brauchen eine tragfähige Weiterentwicklung, bei der

die kommunalen Entscheidungsträger und die Schulfamilien weit mehr als bisher ins Boot geholt werden. Vor allem brauchen wir für die jeweiligen Regionen passende Schulangebote, die nicht zentral von München aus für das ganze Land bestimmt werden, sondern die vor Ort in der Bildungsregion entwickelt werden. Lassen Sie endlich Modellschulen zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bisher sperrt sich die Staatsregierung in diesem Punkt. Damit verspielt sie wertvolle Zeit - Zeit, die wir dringend brauchen, um tragfähige und durchdachte Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Auch auf diesem Gebiet werden wir FREIE WÄHLER nicht lockerlassen. Uns geht es um unsere Zukunft, um soziale Gerechtigkeit und ein gutes Bildungsangebot für unsere Kinder. Es muss gelingen, alle Beteiligten an einen Tisch zu bringen und dort neue Lösungen zu entwickeln, wo wir sie brauchen. Ich betone es noch einmal: Wir wollen keine ideologische Bildungspolitik, weder in die eine noch in die andere Richtung. Wir FREIE WÄHLER fordern pragmatische und gut durchdachte Lösungen, Lösungen, die wir gemeinsam mit der Basis und den beteiligten Bürgern vor Ort entwickeln. Nur dann kann man wirklich von einem Bildungsland Bayern, einem Land mit Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit sprechen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Spaenle, Ihr Bemühen - ich betone: Ihr Bemühen - um Leistung in der Bildungspolitik verdient Anerkennung. Für den Anspruch, den wir FREIE WÄHLER in Bayern an die Bildungsgerechtigkeit und die Bildungsqualität stellen, reicht dies bei Weitem nicht aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herzlichen Dank, Herr Kollege Felbinger. Als Nächstem erteile ich Herrn Kollegen Gehring das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultusminister Spaenle hat an den Beginn seiner Rede eine bemerkenswerte Aussage gestellt: Schule soll vom Kind aus gedacht werden. Was für eine Rede wäre nach dieser Aussage möglich gewesen? - Eine nachdenkliche Rede, eine Rede, die auf die Lebensbedürfnisse der Kinder heute abstellt, die Fragen stellt angesichts der ungeheuren Veränderungen von Lebens- und Arbeitswelt, die wir alle erleben? Insbesondere die Lebenswelt von Heranwachsenden ist Veränderungen unterworfen, die vor ein paar Jahren noch undenkbar waren, sodass sich die Lebenswelt der heutigen Jugendlichen ganz von unserer Lebenswelt als Jugendliche unterscheidet. Denken wir nur an den digitalen Wandel. Der französische Philosoph Michel Serres, über

den vor einigen Tagen in einer großen bayerischen Tageszeitung berichtet wurde, spricht von einem kulturellen Wandel, welcher der Erfindung der Pädagogik bei den alten Griechen und der Erfindung des Buchdrucks vergleichbar ist. Er spricht von einer neuen Generation, den sogenannten Däumlern, also von jungen Menschen, die sich die Welt mit zwei Daumen auf ihrem Smartphone bzw. dem Gerät in der Hand erschließen.

Wir müssen uns angesichts eines so großen Wandels die Frage stellen: Wie soll sich Bildung entwickeln? Wie soll die Rolle der Lehrkräfte sein, die, wenn es um das Günther-Jauch-Quizwissen geht, die Konkurrenz zum Smartphone in der Hand ihrer Schülerinnen und Schüler nicht mehr bestehen können, die aber wichtiger denn je sind, weil sie Orientierungswissen in einer Informationsgesellschaft geben, weil sie Werte vermitteln, wo keine Werte mehr sind? Wir müssen auch an die Veränderungen in den Familien denken, an die zunehmende soziale Spaltung und an die ungleiche Verteilung des sogenannten kulturellen Kapitals. Wenn wir also heute Schule wirklich vom Kind aus denken wollen, müssen wir uns auch fragen, ob und inwieweit wir Schule neu denken müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was für eine Rede des Kultusministers wäre nach diesen Eingangsgedanken also möglich gewesen? - Er braucht aber nur zwei Sätze zu Beginn seiner Rede, dann landet Ludwig Spaenle da, wo er in all seinen Reden immer landet, ganz egal zu welchem Anlass. Er landet in Satz vier bei der von ihm ideologisch geführten Schulstrukturdebatte; er landet bei der vermeintlichen Einheitsschule und wirbt für das gegliederte Schulsystem.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Bayern ist spitze, weil das Schulsystem gegliedert ist, und weil das Schulsystem gegliedert ist, ist Bayern spitze. So zieht sich das durch die ganze Rede hindurch. Herr Minister, wir und auch die Zuhörer draußen haben Ihre Tautologien satt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich frage mich: Sind Sie so weit weg von den Menschen, dass Sie die Unzufriedenheit vieler Eltern, die Unzufriedenheit und Frustration vieler Lehrerinnen und Lehrer und auch die Unzufriedenheit vieler Schülerinnen und Schüler wirklich nicht mehr mitbekommen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Großteil Ihrer Rede geht es anschließend um die einzelnen Schularten, um die Strukturen, darum, wie sie vermeintlich optimiert werden, wie nachjustiert wird, wie dem Veränderungsdruck gegengehalten wird, wie Sie die Strukturen erhalten wollen. Die Schülerinnen und Schüler, von denen aus gedacht werden soll, kommen in der ganzen Rede nicht mehr vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser bayerisches Schulsystem befindet sich in einer Schiefelage. Deswegen mühen Sie sich in Ihren Ausführungen zu den Schularten im gegliederten Schulwesen ja so ab. Die Hauptschule ist nicht mehr die Schule für den Hauptanteil eines Jahrgangs; deswegen haben Sie sie in "Mittelschule" umbenannt. Dort wird unbestritten gute Arbeit geleistet. Was ist das aber für eine Erfolgsmeldung, wenn Sie sagen: Die Schulerzahlen sinken nicht so stark, wie wir das prognostiziert haben? Worauf ist dieser zahlenmäßige Erfolg zurückzuführen? Sie sprechen davon, dass es 10.000 Schüler mehr gibt, als prognostiziert wurde. Sind darunter die 5.000, die in diesem Jahr von den achten und neunten Klassen der Realschulen zurückgekommen sind? Ist also die vermeintliche Stabilisierung der Mittelschule die Folge der Instabilität der anderen Schularten, die ihre Schülerinnen und Schüler nicht angemessen fördern können? Die Zahl der Rückkehrer vom Gymnasium aus dem vergangenen Schuljahr konnten Sie uns bis zum heutigen Tag noch nicht liefern. Dieses Schulsystem befindet sich also in einer Schiefelage.

Was machen Sie für Verrenkungen! Sie gründen zweizügige Realschulen, machen M-5-Züge an Mittelschulen, machen Neun-plus-zwei-Modelle. Ihr Einfalls- und Variantenreichtum ist groß, wenn es darum geht, dass vor Ort eine Diskussion um Schulmodelle jenseits des dreigliedrigen Schulsystems unterbunden werden soll, eine Diskussion, die aber angesichts des demografischen Wandels in vielen Regionen Bayerns nicht unterdrückt werden kann. Die Mittelschulverbände halten das Sterben der Schulen nicht auf, sie verzögern es vielleicht etwas, aber Sie sehen heute am Beispiel Denkendorfs, dass das nicht ausreicht.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP): Demografie!)

Wenn man Ihre Rede Revue passieren lässt, ist interessant zu sehen, wie viel Zeit den einzelnen Schularten gewidmet wird. Für das Thema Wirtschaftsschule brauchen Sie zehn Sekunden, obwohl gerade derzeit an den Wirtschaftsschulen große Veränderungen anstehen und ihre Kernkompetenz, nämlich der informationstechnische Unterricht, weitgehend abgebaut wer-

den soll. Warum sagen Sie dazu nichts? Mein Eindruck ist: Die Wirtschaftsschule soll am langen Arm verhungern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie lassen dann doch wieder dem Gymnasium den meisten zeitlichen Raum zukommen. Wenn Sie dann von einer tiefen Verwurzelung in der Bildungstradition unseres Landes sprechen, sollten Sie schon auch dazusagen, dass es in der gymnasialen Tradition nicht vorgesehen war, dass 40 % des Schülerjahrgangs in Bayern auf diese Schule gehen und dass diese quantitative Veränderung des Gymnasiums, die ein Ergebnis der letzten Jahre ist, nicht ohne pädagogische Veränderungen am Gymnasium vor sich gehen kann. Von den Herausforderungen für das Gymnasium sowohl quantitativer als auch qualitativer Art war in Ihrer Rede nichts zu hören.

Es wäre gut gewesen, wenn in dieser Rede ein bisschen Selbstkritik geübt worden wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre beim Thema G 8 sehr gut möglich gewesen, weil das doch Ihre Vorgänger zu verantworten haben und nicht Sie. Beim Umgang mit dem offenkundigen Problem beim G 8 greift Minister Spaenle wieder in seine ganz persönliche Trickkiste. Wenn etwas von der Ära Spaenle übrig bleibt - und davon bin ich überzeugt -, dann ist es die Erinnerung an den Erfindungsreichtum bezüglich neuer Namen im bayerischen Bildungssystem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind Namen, die bald oft wieder vergessen werden. Von der Gelenkklasse redet keiner mehr.

(Renate Will (FDP): Das ist auch nicht seine Erfindung!)

Ist die Arthrose schon so weit fortgeschritten? Als weitere Beispiele nenne ich die Mittelschule und die Lehrer als Schulwegbegleiter. Ich dachte immer, das sind die Leute, die mit Winkerkelle am Zebrastreifen stehen. Erst vor Kurzem wurde der Begriff - das war sozusagen eine Sturzgeburt - "das Intensivierungsjahr an den Gymnasien" ganz neu geboren. Auch von diesem, Ihrem jüngsten sprachlichen Begriff haben Sie sich, Herr Minister, wohl schon wieder verabschiedet. Jetzt spricht der Minister von der individuellen Lernzeit.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Das persönliche Lerntempo soll entscheiden. Das ist richtig. Das persönliche Lerntempo der Schülerinnen und Schüler wird in unserem Schulsystem nicht genügend beachtet. Wir müssen darauf mehr achten. Sie machen das Modellprojekt der flexiblen Eingangsstufe. Das ist ein schönes Modell - Kollege Güll hat darauf hingewiesen -, und das verwenden Sie dazu, um die Qualitätsverbesserung im bayerischen Bildungswesen zu verkaufen. Tatsächlich gibt es jetzt an 20 von über 2.200 Grundschulen in Bayern eine flexible Eingangsstufe, also an einem Prozent der Grundschulen. Hiervon hat wiederum ein Prozent der Schüler die Klassen 1 und 2 in einem Jahr durchlaufen, und fünf Prozent haben ein Jahr länger gebraucht. Die Rede ist also einmal von einem und zum anderen von fünf Prozent an 20 Grundschulen. Bei insgesamt 2.200 Grundschulen mit über 200.000 Erst- und Zweitklässlern hat gerade eine Handvoll Kinder das persönliche Lerntempo zugestanden bekommen. Ab Klasse 3 ist es mit dem persönlichen Lerntempo ohnehin vorbei, weil dann wegen des Übertritts nach Klasse 4 Gleichschritt herrscht.

Als zweites Beispiel für die individuelle Lernzeit führen Sie das G 8 und die persönliche Lernzeit in der Mittelstufe an. Mit Verlaub, Herr Minister, auch heute wurde nicht klar, was mit dem, was einmal das Intensivierungsjahr war, tatsächlich gemeint ist, wie das umgesetzt und finanziert werden soll. Sie sagen, Sie sammeln jetzt Vorschläge. Gut. Dann warten Sie doch, bis die Vorschläge auf dem Tisch liegen, bis sie ausgewertet sind, bis es ein Konzept gibt und bis seine Umsetzbarkeit von Praktikern bestätigt wird. Dann suchen Sie einen Namen dafür und gehen an die Öffentlichkeit. Das wäre der Weg, den Sie gehen müssten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Wort zur Unterrichtsversorgung, weil Sie jetzt zum ersten Mal deutlich gemacht haben, in welche Bereiche die 1.082 Stellen aus dem Nachtragshaushalt gehen. Ich habe schon im Ausschuss gesagt, das Ganze erinnert mich ein bisschen an den See Genezareth mit der wunderbaren Brotvermehrung, denn diese 1.082 Stellen sollen jetzt alle Probleme im bayerischen Bildungssystem lösen. Es wird immer darauf hingewiesen, dass es 1.082 neue Stellen sind. Wir wissen aber alle, dass 1.082 Stellen gestrichen waren, denn das Geld sollte an die Hochschulen gehen. Wenn die Stellen jetzt wieder kommen, ist das schön, verkaufen Sie sie aber bitte nicht als neue Stellen, sondern sagen Sie, was es mit den Stellen auf sich hat, dass es nämlich Stellen sind, die nicht eingespart wurden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Karin Pranghofer (SPD))

Wir haben hier schon in der letzten Woche über die Ganztagschulen geredet. Sie gehen darauf ein und zitieren die Bertelsmann-Studie. Ich frage mich, wie politisch einäugig muss man sein, um aus der Bertelsmann-Studie nur zu zitieren, dass Bayern die größte Dynamik beim Ausbau der Schulen hat, aber nicht das zu zitieren, was bei Bertelsmann auf der gleichen Seite steht, dass nämlich Bayern bei den tatsächlichen Ausbautzahlen mit etwa fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler weit abgeschlagen auf dem letzten Platz liegt. Und auf diesem letzten Platz wird Bayern noch viele Jahre sein. Zur Dynamik muss ich sagen: Man kann im Unterholz vielleicht Sprünge machen, es dauert aber Lichtjahre, bis man bei den Kronen der großen Bäume angekommen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist zwar schön und wichtig, dass Sie das Thema Inklusion angesprochen haben; in dieser Frage sind wir auch gemeinsam unterwegs. Man muss aber auch sagen, dass die Regierungserklärung hinter dem zurückbleibt, was in der interfraktionellen Arbeitsgruppe erarbeitet worden ist. Der Artikel 30 b, der neu im Gesetz ist, geht weiter als das von Ihnen zitierte und eigentlich nicht mehr stimmige Prinzip der Inklusion durch Kooperation. In Artikel 30 b wird Inklusion eindeutig als Aufgabe aller Schulen, auch aller Regelschulen, benannt, auch im Sinne der Inklusion eines einzelnen Kindes. Diese Inklusion muss zum Regelfall werden, doch dafür fehlt noch die Ausstattung. Dafür müssen wir etwas tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Schulen mit dem Profil Inklusion sind Wegbereiter und Beispiele für den Weg zur Inklusion mit Sonderpädagogen als Teil des Kollegiums. Das gilt übrigens auch für die Tandemklassen, die auch zu diesem Modell gehören. Ihre heutigen Ausführungen machen deutlich, dass die interfraktionelle Arbeitsgruppe wieder Fahrt aufnehmen muss, um tatsächlich wieder zum Tempomacher und zum Bewegter in Sachen Inklusion in Bayern zu werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Interessant ist es immer, wenn Bildungspolitiker einen Ausflug in die Bundespolitik machen. Ihre Äußerungen hinsichtlich des Föderalismus zeugen dann von Abgrenzung gegen bundespolitische Vorstellungen. Vielleicht hätten Sie sagen sollen, dass es in Ihrer Koalition hierzu auch einen Konflikt gibt. Ich bin gespannt, was Frau Kollegin Will nachher dazu sagt. Wir sollten uns als Bildungspolitiker aller Landesparla-

mente eingestehen, dass der Bildungsföderalismus insgesamt vor einer großen Herausforderung steht. Er hat ein großes Legitimitätsproblem, seine Anerkennung bei der Bevölkerung ist fast bei Null. Wir müssen sehen, dass Bildungsföderalismus faktisch oft in Provinzialismus endet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn wir Sozialpolitik, wofür hauptsächlich der Bund zuständig ist, auch als Bildungspolitik verstehen wollen, dann müssen wir überlegen, wie wir zu einem neuen Verhältnis der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen kommen. Wir haben das jetzt beim Bildungs- und Teilhabepaket erlebt: Wenn der Bund über das Bildungs- und Teilhabepaket vermeintlich in Bildung investiert, dann kommt nichts sehr Sinnvolles, sondern viel Murks heraus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen deshalb eine ehrliche Debatte über das Verhältnis zwischen Bund und Ländern jenseits des bisherigen Kooperationsverbotes. Ich sage das ganz bewusst als jemand, der vom Bildungsföderalismus überzeugt ist. Ich glaube aber, wir müssten ihm wieder zu einer Zukunft verhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Spaenle, besonders aufmerksam werden wir in der Landtagsfraktion der GRÜNEN dann, wenn Sie von Dialog, Bildungsregion und eigenverantwortlicher Schule reden. Das sind nämlich Kernthemen unserer Bildungspolitik, die eine Politik der Teilhabe ist. Man muss Ihnen das Kompliment machen, und das mache ich auch gern, dass Sie als ein Minister gelten, der draußen gerne zuhört. Das unterscheidet Sie positiv von Ihren Vorgängern und Ihrer einen Vorgängerin. Wenn man sich das im Laufe der Zeit aber genauer ansieht, dann stellt man fest, dass aus dem Zuhören keine Beteiligung der Betroffenen erwächst. Beispiele sind die Dialogforen, die letzten Endes einen tollen Namen hatten, die aber tatsächlich Frontalunterrichtsveranstaltungen waren. Es war schon im Voraus klar, was am Ende herauskommt. Mein Eindruck ist, bei den Bildungsregionen ist es das Gleiche. Es ist gut, wenn man sich in der Region zusammensetzt. Runde Tische sind nie schlecht, die Frage ist jedoch, was kann man in der Region entscheiden, was kann man gemeinsam auf den Weg bringen, was kann man umsetzen? - Dazu gibt es aber keine Antworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein paar Mal miteinander geredet zu haben und dann das Siegel "Bildungsregion" vom Kultusministerium zu

bekommen, kann es nicht sein. Das ist Alibipolitik anstelle einer tatsächlichen Teilhabe der Akteure in der Region.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN wollen mit unserer Bildungspolitik tatsächlich mit den Betroffenen in Dialog treten. Wir wollen mit den Lehrkräften, den Eltern, den Schülerinnen und Schülern und der kommunalen Ebene in Dialog treten. Wir wollen Dialogforen, die ihren Namen verdienen, bei denen am Ende vielleicht etwas anderes herauskommt als es im Kultusministerium vorher ausgedacht wurde. Wir wollen, dass tatsächlich maßgeschneiderte Ideen für die Regionen entstehen.

(Zuruf einer Abgeordneten der GRÜNEN:
Genau!)

Wir brauchen Bildungsregionen, in denen schulartübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit möglich ist, wo Kompetenzen gebündelt werden. Darauf hat auch schon Herr Kollege Güll hingewiesen: Bei der Inklusion brauchen wir sehr schnell einen Ort, wo die Kompetenz in der Region zusammenkommt, wo einerseits unabhängige Beratung für die Eltern, und zwar schulartunabhängige Beratung, gegeben und andererseits Verantwortung für die Inklusion an den verschiedenen Schularten, an den Förderschulen und an den Regelschulen möglich ist. Dafür müssen strukturelle Grenzen der Schulverwaltung und der Hierarchien überwunden werden. Ich appelliere deshalb an Sie, solche Knotenpunkte, solche Kommunikationspunkte für Inklusion in den Regionen zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNEN werden hier im Haus einen Gesetzentwurf zur Öffnungsklausel vorlegen, weil es notwendig ist, dass unser Schulsystem gerade im ländlichen Raum neue Modelle zulässt, jenseits der bisherigen Schranken des gegliederten Systems. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Bayern wird bis zum Jahr 2025 zurückgehen: An den Grundschulen wird es 17 % weniger Schülerinnen und Schüler geben, an den Hauptschulen mindestens 29 %, an den Realschulen 15 % und an den Gymnasien 21 %. Viele kleine Schulen auf dem Land bangen bereits heute um ihren Bestand. Wie gesagt, die Mittelschulverbände werden diesen Prozess nicht aufhalten. Wenn wir, und das wollen wir GRÜNE, Bildungsgerechtigkeit und Qualität der schulischen Bildung gerade auch im ländlichen Raum erhalten wollen, dann brauchen wir neue Modelle jenseits der Vorgaben des dreigliedrigen Systems. Wir brauchen eine Schule, in die der Großteil der Kinder aus dem Dorf, aus der Gemeinde, geht. Wir brauchen kein Schulsystem, bei dem die meisten Kinder an der Hauptschule vorbeifahren, bei

steigenden Buskosten, bis die Schule geschlossen wird. Das kann nicht der zukunftsweisende Weg sein. Wir brauchen die Schule für möglichst viele Kinder vor Ort. Deshalb brauchen wir neue Modelle.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir glauben, dass eine bessere Schule und bessere Schulmodelle nicht von oben nach unten delegiert werden können, wollen wir Schulen von unten entstehen lassen. Wir brauchen den Konsens vor Ort. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich jemand diesem Angebot an die Kommunen verschließen wird, wenn er nicht ideologisch blind ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen solche Schulen sichern, die ein weiterführendes Angebot möglich machen, Schulen, die auch den steigenden pädagogischen Anforderungen Rechnung tragen.

Wir haben ein Gesetz zur Neuregelung des Übertritts von der vierten Klasse an die weiterführenden Schulen vorgelegt, das derzeit im Haus beraten wird. Wir wissen sehr wohl, dass es ein ideales Übertrittsverfahren nicht gibt, weil die Trennung der Schülerinnen und Schüler nach Klasse vier der falsche Zeitpunkt und zu früh ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber wir müssen feststellen, dass das gegenwärtige Übertrittsverfahren in Bayern ungeheuren Druck erzeugt - auf Eltern, auf Schülerinnen und Schüler, auf Lehrerinnen und Lehrer in der Grundschule. Herr Minister Spaenle, es ist schon arg gewagt, muss man sagen, wenn Sie jetzt aus der Zustimmung der Eltern zu der Frage, ob sie damit einverstanden sind, dass - nun seit Neuestem - alle Kinder ein Übertrittszeugnis bekommen und nicht nur diejenigen, bei denen es die Eltern beantragen, wenn Sie also aus der Zustimmung der Eltern zu dieser Frage eine allgemeine Zustimmung zum bayerischen Übertrittsverfahren herleiten. Das halte ich für reichlich verwegen, um nicht zu sagen: höchst problematisch.

(Beifall und Zurufe von den GRÜNEN)

Wir wollen mit einem Übertrittsverfahren, das den Eltern die Letztentscheidung zumisst, Druck aus diesem System herausnehmen, und wir wollen vor allem das Verhältnis der Lehrkräfte zu den Eltern wieder auf eine vernünftige Basis stellen, sodass Lehrerinnen und Lehrer die Eltern beraten und es das Gespräch gibt zwischen Eltern und Lehrerinnen und Lehrern über ihr Kind. Momentan geht es nur um die Frage: Gibt der Lehrer meinem Kind die 2,33, die 2,66? Und

wenn nicht, dann drohe ich ihm möglicherweise mit dem Rechtsanwalt. Das ist bayerische Realität, das ist bayerische Schulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht uns GRÜNEN um mehr Bildungsgerechtigkeit. Das ist ein Kernthema einer Politik für soziale Gerechtigkeit in einer Gesellschaft, die immer mehr auseinanderfällt. Wir sind davon überzeugt: Eine solche Politik erfordert eine Konzentration unserer Anstrengungen auf gute Bildungsinstitutionen, die Teilhabe ermöglichen, die nicht ausgrenzen und die an Qualität gewinnen.

Es gibt genügend Beispiele, wo eine Qualitätsverbesserung notwendig ist. Ich nenne nur das Beispiel Ganztagschule. Wir haben dazu immer wieder Vorschläge gemacht; ich will mich hier nur auf die Grundschule beziehen. Wir haben in Bayern zwar gebundene Grundschulangebote, aber alle wissen, dass die Stundenausstattung dafür nicht ausreicht. 12 Stunden reichen einfach für die erste, zweite Klasse nicht aus, um einen halbwegs vernünftigen Nachmittagsunterricht anbieten zu können. Deswegen ist auch die Zahl der Anträge sehr begrenzt, muss man einfach sagen.

Wir haben daneben ein System der Mittagsbetreuung, erweiterte Mittagsbetreuung, erweiterte Mittagsbetreuung mit Zuschlag, das faktisch für die Eltern ein Ganztagsangebot darstellt, das aber nicht ausreichend finanziert ist, das Elterngebühren verlangt und die Kommunen erheblich belastet. Ein erster Schritt wäre, wenigstens die gleichen Bedingungen wie bei den offenen Ganztagsangeboten an den Mittelschulen auch für die Grundschulen zu ermöglichen. Ich bin selber im Gemeinderat und weiß: Sie können den Eltern nicht vermitteln, warum der Fünftklässler in einer Gruppe ist, die 25.000 Euro vom Land bekommt, während der Viertklässler in einer Gruppe ist, die vom Land 7.000 Euro bekommt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und warum für die Hauptschule keine Gebühr verlangt werden darf, aber für die Grundschule Gebühr verlangt werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen Mittel für Inklusion. Wie gesagt, wir haben in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe erste Schritte gemacht, aber jetzt ist die Verpflichtung, auch an die Haushälter, an uns alle, dafür die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

für Regelstunden für mehr sonderpädagogische Förderung.

Wir brauchen, gerade wenn wir Qualität und Teilhabe verwirklichen wollen, eine bessere Unterrichtsversorgung, und wir müssen da auch neue Wege gehen. Deswegen schlagen wir vor, entsprechende Stundenbudgets an die Schulen zu geben, die dann flexibel ihren Unterricht vor Ort sichern können. Wir brauchen auch Möglichkeiten, damit Schulen Lehrkräfte selbst einstellen können, die zum Schulprofil passen. Da muss man jetzt nicht - was man an anderer Stelle gern mal machen könnte, beim Beamtenstatus usw. - nachdenken. Ich denke, auch im Rahmen des jetzigen Systems sind Freiräume schaffbar, damit Schulen ein Budget bekommen, mit dem sie dann noch einmal zusätzlich zur Regelzuweisung Lehrkräfte einstellen können, die zum Schulprofil passen. Es sind wunderbare, gut ausgebildete junge Lehrerinnen und Lehrer da, die auf die Straße geschickt werden, weil das Land sie nicht einstellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schulen brauchen mehr Selbstständigkeit. Eigenverantwortliche Schule ist ein tolles Schlagwort, aber es muss unterfüttert werden. Schulen brauchen auch mehr Eigenständigkeit - mit Budgets für Lehrerfortbildung, damit sie sich die entsprechende Lehrerfortbildung - ganz egal, wo - einkaufen können, um ihre Lehrerinnen und Lehrer besser als heute fortbilden zu können.

Wir wollen - das ist ein kleines, aber ganz zentrales Thema - endlich die Leitungszeit für Schulleitungen verbessern und die Schulsekretariate besser ausstatten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Minister Spaenle, Ihre Absichtserklärungen kann ich nicht mehr hören. Diese Absichtserklärungen höre ich aus der CSU-Fraktion, seitdem ich im Landtag bin - das sind jetzt auch schon vier Jahre -,

(Zuruf von den GRÜNEN: Länger! Vorher war es nicht besser!)

und es passiert nichts. Es gibt nichts Frustrierenderes für einen Oppositionsabgeordneten, der eine Rede hält zur Verbesserung der Leitungszeit an den Schulen, und darauf kommt die Antwort des CSU-Kollegen: Ja, Sie haben recht, aber wir machen es doch nicht! Was soll man denn da noch als Oppositionspolitiker sagen? Da verzweifelt man doch!

(Beifall und Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn wir Schule tatsächlich vom Kind her denken, und wir GRÜNEN denken das und wollen das, dann müssen wir fragen: Wie können wir den einzelnen Schülerinnen und Schülern besser gerecht werden? Dabei steht die Schulstrukturfrage - mit Verlaub, das unterscheidet uns von Ihnen, Herr Spaenle, - nicht im Vordergrund, sondern es geht darum, wie die Rahmenbedingungen so zu ändern sind, dass Schulen Zeit und Raum haben für die individuelle Förderung, für das individuelle Lerntempo.

Das selbstständige Lernen der Schülerinnen und Schüler muss im Mittelpunkt stehen, denn nur das, was man einmal selber gemacht, selber ausprobiert hat, kann man sich merken und kann es dann auch in Zukunft nachhaltig umsetzen.

Die Schulen brauchen für eine bessere Unterrichtsorganisation mehr Eigenverantwortung. Der Lehrplan muss zum Lehrplan für die einzelnen Schülerinnen und Schüler werden, damit jeder Schüler sein Lerntempo bekommen kann, und zwar innerhalb des jetzigen Unterrichtsrahmens.

Schulen müssen ihre pädagogischen Schwerpunkte in Form eines Schulprogramms selbst setzen können. Sie müssen diesen 45-Minuten-Takt aufgeben können, neue Wege der Zeitorganisation finden können, und sie brauchen neue Formen der Leistungsbewertung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind für eine nachhaltige Bildungspolitik, die mit einer Politik der Ermöglichung auf Veränderung von unten und auf Qualität und Teilhabe setzt. Während Sie ständig davon reden, dass die Schulen jetzt Ruhe brauchen, aber gleichzeitig Unruhe erzeugen, weil Sie ständig eine neue Sau durchs Dorf treiben oder einen neuen Namen erfinden, aber keine Konzepte dafür haben bzw. diese nicht finanziert haben, sind wir davon überzeugt, dass die Schulen in Bayern Veränderung brauchen. Wir werden aber nicht ständig neue Modelle ins Leben rufen und dann wieder den Geldhahn zudrehen. Unser grüner Weg ist ein bayerischer Weg; denn wir machen eine bayerische Politik in Bayern unter Berücksichtigung der Verhältnisse vor Ort, und wir gehen diesen Weg nicht selbstgerecht, sondern sind offen für Veränderung. Wir machen Politik nicht im Gestus "Das wissen wir schon, machen wir schon"; wir machen sie nicht unter dem Schild der Ideologie der Dreigliedrigkeit, sondern wir sind offen für den Dialog mit den beteiligten Schülerinnen und Schülern, Eltern und Kommunen. Wir lassen Teilhabe zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Unterschied zu Ihnen nehmen wir den tatsächlich großen Anspruch ernst, Schule vom Kind her zu denken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herzlichen Dank, Herr Kollege Gehring. Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Will. Bitte schön. Ihr folgt der Kollege Rüth.

Renate Will (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Minister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser gemeinsames Ziel ist es, allen jungen Menschen in Bayern von Beginn an und in allen Phasen ihrer Entwicklung bestmögliche Bildungs- und Weiterbildungsangebote zur Verfügung zu stellen. Die FDP steht für Freiheit und Verantwortung in einer offenen Bürgergesellschaft mit fairen Chancen für alle. Wir wollen ein menschliches Bayern, in dem jeder seinen Lebensweg gestalten kann, unabhängig von Herkunft, Religion oder dem Geldbeutel der Eltern. Bildung und Ausbildung sind Voraussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben und gerecht verteilte Lebenschancen.

Im Zentrum steht das einzelne Kind, das als Persönlichkeit Wertschätzung erfährt. Es soll seinen Begabungen und Fähigkeiten entsprechend ein möglichst individuelles und passgenaues Schulangebot erhalten, damit es seine Bildungschancen optimal wahrnehmen kann. Das Kind soll seine vielfältigen Kompetenzen entwickeln, Verantwortung für den Lernprozess übernehmen und das Lernergebnis reflektieren können. Bei Vorgabe bestimmter Standards können die Schülerinnen und Schüler ihre Zielvereinbarungen auf verschiedene Weise und mit unterschiedlichem Tempo erreichen.

Wir als Bildungspolitiker müssen dafür sorgen, dass die Lehrkräfte eine Lernumgebung entwickeln und eine Lernkultur schaffen, in der individuelle Förderung möglich ist. Das sehen die Kolleginnen und Kollegen im Bildungsausschuss genauso, und ich danke Ihnen allen dafür, dass wir immer um beste Lösungen ringen, und für das gute Miteinander, Herr Güll.

Wir alle wissen, dass die bayerischen Schulen für die Zukunft entsprechend ausgestattet werden müssen, um das Bildungsangebot bereitzustellen, welches von Kindern, Eltern, der Gesellschaft, der Wirtschaft sowie den zukünftigen Arbeitgebern nachgefragt wird. Damit dies gelingen kann, entwickeln wir die vorhandene Bildungslandschaft weiter und geben den Schulen die Freiräume, in denen sie Verantwortung übernehmen und gezielt Unterrichtsentwicklung vorantreiben können. Alle Schulforscher bestätigen, dass mehr Freiheit

und Eigenverantwortung zu einer besseren Qualität des Unterrichts sowie besseren Bildungserfolgen führen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Deshalb heißt für uns Liberale die Schulstruktur der Zukunft "Eigenverantwortung und Eigeninitiative". Das Konzept der eigenverantwortlichen Schule ist auf der Grundlage unseres liberalen Positionspapiers in der Koalition durchgesetzt und auf den Weg gebracht worden. Es ist ein Konzept, das nicht "von oben" verordnet, sondern von der Schulfamilie vor Ort getragen und gelebt wird. Dabei setzen wir einen Schwerpunkt bei der Personal- und Qualitätsentwicklung sowie dem Qualitätsmanagement.

Zu einer eigenverantwortlichen Schule gehört erstens eine zeitgemäße Führungsstruktur. Wir werden die erweiterte Schulleitung, die sogenannte mittlere Führungsebene, etablieren, denn die Erweiterung der Verantwortung auf mehrere Lehrkräfte einer Schule führt dazu, dass Bildungsstandards nachhaltiger und schneller in den Lehrerkollegien verankert und Führungsspannen abgebaut werden. Schulleiter erhalten ein Plus an Zeit für konzeptionelle Arbeit an ihrer Schule. Das erleichtert auch die Teamarbeit im Kollegium und trägt zur Berufszufriedenheit bei. Zugleich werden Spielräume für zeitgemäße Lehr- und Lernformen geschaffen, siehe Oettingen. Die Organisation des Unterrichts in Doppelstunden etwa für fächerübergreifenden Unterricht ist in kleineren Lehrerteams viel leichter umzusetzen.

Zur eigenverantwortlichen Schule gehören zweitens mehr Kompetenzen vor Ort. Die Schulbürokratie wird von uns Liberalen deutlich reduziert werden, zum Beispiel durch Schaffung eines Stundenpools anstelle einer exakten Aufschlüsselung von Anrechnungsstunden sowie über mehr Gestaltungsfreiheit bei der Stundenplanorganisation.

Drittens gehört die Verantwortung für ein eigenes Budget dazu. Die Schulfinanzierung sollte im Idealfall in einer Hand liegen. Mit einem sogenannten Globalbudget wird nicht mehr zwischen den Sachaufwandsträgern, den Kommunen, sowie den Personalaufwandsträgern und dem Freistaat unterschieden. Diese zementierte Trennung zwischen äußeren Schulangelegenheiten und inneren Angelegenheiten der Schulen, wie zum Beispiel den Lehrplänen und dem Personal, die aus dem Staatssäckel finanziert werden, ist nicht mehr zeitgemäß. Denn Kommune und Freistaat als Bildungspartner sind gleichermaßen an einer guten Schulqualität interessiert.

Zu einer eigenverantwortlichen Schule gehört viertens mehr Eigenverantwortung bei der Einstellung der Lehrkräfte direkt an der jeweiligen Schule. Durch den Ausbau des Direktbewerbungsverfahrens schaffen wir Möglichkeiten, besonders engagierte Lehrkräfte einzustellen, die zum Schulprofil passen. Die Schulen können ihr Profil bilden und selbst gestalten und entscheiden, wer bzw. was zu ihnen passt, ob zum Beispiel in Laptop-Klassen oder anderes pädagogisches Personal investiert wird. Umgekehrt können sich die Lehrer die Schule aussuchen, die ihnen am besten zusagt.

Fünftens gehört für uns zu einer eigenverantwortlichen Schule mehr Mitbestimmung in den Schulen. Schulverfassungen und Schulvereinbarungen stellen wichtige Regeln für das demokratische Miteinander auf, für Solidarität und Toleranz an der jeweiligen Schule. Sie dokumentieren nach außen das Selbstverständnis einer Schule. Freiheit und Verantwortung sind die Basis, um mehr Beteiligungsmöglichkeiten und eine höhere Kreativität vor Ort zu entfalten. Sie ermöglichen eine systematische und zielorientierte innere Schulentwicklung.

Eine Schlüsselfunktion hat die jeweilige Schulleitung, die durch professionelles Leitungshandeln im Sinne von Leadership vorangehen soll. Das Schulleitungs-Feedback ist hierbei ebenfalls von hoher Bedeutung, um effizientes Führen und systematische Schulentwicklung durch gezielte Rückkoppelung zu ermöglichen. Eine Schule schafft umso mehr Transparenz und Verständnis, je höher die Beteiligung und Mitwirkung der Schulfamilie ist. Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern sollen in Schulforen aktiv an Programmen zur Schulentwicklung mitwirken können.

Notwendig ist auch, dass Eltern- und Schülervertreter ein Initiativrecht im Schulforum erhalten, um die Aktivitäten dieses Gremiums noch zu fördern und voranzutreiben. Ergebnisse der internen und externen Evaluation müssen auch für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler einsehbar sein, damit sie die Stärken und Schwächen der Schule kennen.

Durch mehr Mitbestimmung entsteht auch mehr Demokratie in den Schulen, denn nur dort, wo Demokratie vorgelebt und erlebbar gemacht wird, lässt sie sich glaubhaft vermitteln. Die Schulen werden somit zu einem Ort der Partizipation und Teilhabe von Schülern, Eltern, Lehrern und Kommunen, also der ganzen Schulfamilie. Sie sind nicht mehr nur Lehr- und Lernort, sondern werden somit zu einem "Lebensraum Schule" und in der Mitte der Gesellschaft verankert.

Mit der Freiheit und Eigeninitiative eng verknüpft ist die Verantwortung für das eigene Tun und Handeln.

Freiräume für Schulen bedeuten nicht Anarchie, denn die Schulen selbst müssen sich systematisch mit der Ermittlung und Verbesserung ihrer Qualität befassen. Die Schulaufsicht beschränkt sich auf die Zielvorgaben und das Erreichen dieser Ziele. Ein aussagekräftiges Qualitätsmanagement ist deshalb eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche, eigenverantwortliche Schule. Erste Bausteine der eigenverantwortlichen Schule bekommen mit dem geplanten Schulinnovationsgesetz ein Dach, das den Schulen den gesetzlichen Rahmen für mehr Freiheit und Verantwortung ermöglicht. Viele Schulen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, warten nur auf dieses Startsignal.

Nun zurück zum Ausgangspunkt, dem Individuum, dem einzelnen Kind, das im Mittelpunkt unserer Betrachtung steht. Der Schüler oder die Schülerin durchläuft ja nicht nur eine einzige Bildungsstätte. Ein Kind wächst in einer Familie auf und geht vielleicht in eine Spielgruppe oder Krippe und schließlich in den Kindergarten. Mit der Schule beginnt dann ein Ausbildungsweg durch verschiedene Schularten, an die sich eine Berufsausbildung oder ein Studium anschließt. Zusätzlich erfahren die jungen Menschen weitere Ausbildungen in Sport, Musik, Kunst und die Bindung an Vereine. Im Berufsleben suchen sie Weiterbildungsmöglichkeiten bei Trägern der Erwachsenenbildung. So gestaltet sich das lebenslange Lernen bei jedem ganz individuell und ist geprägt von vielen Übergängen zwischen den einzelnen Bildungseinrichtungen.

Auf diesem Weg, meine Damen und Herren, darf kein Kind verlorengehen, denn die Gesellschaft braucht alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft, ob mit oder ohne Beeinträchtigung. Jedes Kind hat ein Recht auf bestmögliche Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb brauchen wir ein Schulsystem, bei dem die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit über alle Schularten in allen Regionen gegeben ist. Nur dann können wir eine bruchlose Bildungskette ganz nach der Devise gewährleisten: kein Abschluss ohne Anschluss.

Für einen ganzheitlichen Bildungsweg müssen wir im Dialog Brücken schlagen mit den Verantwortlichen vor Ort, und zwar zwischen den verschiedenen Bildungsstätten und den Bildungspartnern aus Handwerk, Wirtschaft, Wissenschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen. Es gibt sicherlich viele Initiativen, die nebeneinander herarbeiten, weil sie bisher kaum voneinander wussten. Deshalb müssen wir die Übergänge nicht nur zwischen den Schularten, sondern auch

zu außerschulischen Bildungsangeboten und Schultägern begleiten und vernetzen. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Schule zum Lern- und Lebensraum wird.

(Beifall bei der FDP)

Daran muss die Bürgergesellschaft aktiv beteiligt werden. Diese Maßnahmen tragen wesentlich zur verbesserten Zukunftsfähigkeit einer ganzen Region bei, da die Qualität des Schul- und Bildungswesens einer Region ein direkter Standortvorteil ist. Genauso wie unser Kooperationsmodell zwischen Haupt- bzw. Mittel- und Realschule eröffnet die Bildungsregion eine Chance, um die Zukunft der Schulen zu sichern.

Unser Ziel ist es, dass alle Beteiligten der Schulfamilie, also Schüler, Eltern, Lehrer und Schulberatung, kooperieren und mit den Bildungspartnern aus allen Bereichen der Gesellschaft an einem Strang ziehen, und zwar in die gleiche Richtung.

Dafür brauchen wir wahrlich keine Strukturdebatte, sondern eine Qualitätsoffensive vor Ort, um unser erfolgreiches, vielfältiges Bildungswesen weiterzuentwickeln.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Diese Ziele haben wir immer vor Augen, wenn wir jetzt auf das schauen, was bereits realisiert wurde, und auf das, was noch verbessert werden muss und wo die Defizite liegen. Fangen wir dort an, wo die ersten wichtigen Weichen in den ersten Lebensjahren der Kinder gestellt werden, in den Kindertagesstätten. Für Chancengerechtigkeit beim Start ins Schulleben haben wir für die Eltern das letzte Kindergartenjahr kostenfrei gestaltet. Ab September wird jeder Kindergartenplatz mit 50 €, ab dem Jahr 2013 mit 100 € bezuschusst werden. Ausgehend von einer Sechs-Stunden-Belegung pro Tag wird damit das letzte Kindergartenjahr in zwei Schritten kostenfrei für alle sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das ist ein Anfang in Richtung völlige Kostenfreiheit der Kindertagesstätten. Ein Anfang!

Parallel sorgt ein verbesserter Betreuungsschlüssel für kleinere Gruppen. Das ist ein Anfang für die dringend notwendige Qualitätsverbesserung. Trotzdem gibt es noch viel zu tun. Ich plädiere nach wie vor für den Wechsel der Zuständigkeit für frühkindliche Bildung vom Sozialministerium in das Kultusministerium.

(Beifall bei der FDP)

Dies wäre ein wichtiges Signal für den Stellenwert der frühkindlichen Bildung. In Kinderkrippe und Kindergarten werden die Grundlagen für den späteren Lernerfolg an der Grundschule gelegt. Dazu müssen wir die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher verbessern, damit der bayerische Bildungs- und Erziehungsplan optimal umgesetzt werden kann, und wir müssen die pädagogische Arbeit durch eine leistungsorientierte Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen aufwerten. Jede Art von Investitionen in die Frühförderung zahlt sich für die Gesellschaft zigfach aus. Mein Motto lautet: früher investieren statt später reparieren.

(Beifall bei der FDP)

Da sind wir bei den Finanzen. All unsere Bildungsinvestitionen haben wir solide finanziert. Insgesamt betragen die Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung knapp zwei Milliarden Euro mehr als im Jahre 2008 und machen ein Drittel des Gesamthaushaltes aus. Denn diese Koalition weiß: Bei keiner Geldanlage ist die Rendite so hoch wie bei den Mitteln, die wir heute in die Bildung investieren.

(Alexander König (CSU): Das stimmt!)

Zurück zur Chancengerechtigkeit am Schulstart und für die Grundschulen. Für mehr Chancengerechtigkeit sorgen die sogenannten flexiblen Grundschulen. Die Kinder können hier zu ihrem individuellen Lerntempo finden, indem sie sich den Lernstoff der ersten beiden Schuljahre in einem, in zwei oder in drei Jahren aneignen. Aufgrund des großen Erfolgs der 20 Modellschulen werden wir ab dem kommenden Schuljahr die Zahl auf 80 erhöhen.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Auch beim Übertrittsverfahren haben wir einige Verbesserungen vorgenommen: durch frühzeitige Informationsveranstaltungen, durch den Einsatz von Beratungslehrkräften, durch Erleichterungen bei den Proben und durch die Einbindung des Elternwillens beim Probeunterricht.

Jedoch müssen wir bei der Notengebung auch den Prozess der individuellen Entwicklung in den Mittelpunkt stellen. Für die Eignung eines Kindes zum Besuch des Gymnasiums oder der Realschule sind mehr Faktoren ausschlaggebend als die Noten in Deutsch, Mathematik und Heimat- und Sachkunde.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Zu einer ganzheitlichen Betrachtung gehört auch der Blick auf die Entwicklung im Laufe des Schuljahres

und auf andere Fähigkeiten wie Sport, Musik, Kunst und Sozialkompetenz.

Um den Übertritt an die weiterführenden Schulen zu erleichtern, wurden in den 5. Klassen die Lehrpläne in den Kernfächern aufeinander abgestimmt. Zudem werden die Kinder an der Realschule und am Gymnasium von erfahrenen Grundschullehrern begleitet. Durch zielgerichtete individuelle Förderung können Schülerinnen und Schüler in der sogenannten Gelenkklasse ohne Wiederholung eines Schuljahres direkt von der 5. Klasse in die 6. Klasse der nächsten Schulart überwechseln. Auch im Bereich der Haupt- und Mittelschulen sorgen wir für eine bruchfreie Bildungskette und eine bessere Durchlässigkeit. Durch die Änderung des Bayerischen Unterrichts- und Erziehungsgesetzes ist die Kooperation von Real- und Mittelschule fest im Gesetz verankert. Die vertiefte Zusammenarbeit der Schularten unter einem Dach wird damit zur echten Alternative im bayerischen Bildungssystem. So kann auch bei zurückgehenden Schülerzahlen ein qualitativ hochwertiges und wohnortnahes Bildungsangebot bereitgestellt werden. Dank des sogenannten Neun-plus-zwei-Modells können leistungsstarke Schülerinnen und Schüler mit einem guten qualifizierenden Abschluss an der Mittelschule über ein Vorbereitungsjahr nach elf Schuljahren noch den Realschulabschluss erwerben. Aber auch Realschüler können von diesem zusätzlichen Jahr profitieren, insbesondere dann, wenn die Gefahr besteht, dass sie die Schule ohne Abschluss verlassen würden. Die hervorragende Akzeptanz des Modellversuchs zeigt, dass diese Kooperation ein Modell der Zukunft ist: flexibel, passgenau und maßgeschneidert.

Wir haben diese Kooperation bereits im Nachtragshaushalt mit Stellen belegt. 150 Stellen sind für die Durchlässigkeit an allen Schularten eingespeist; 50 davon explizit für die Kooperation aus Real- und Mittelschule.

Und nun zu den Gymnasien. An den Gymnasien hat sich gezeigt, dass das G 8 der richtige Schritt war. Die Missstände, die aufgrund der überhasteten G-8-Einführung seinerzeit entstanden sind, haben wir behoben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

Eine Rückkehr zum G 9 wäre nicht nur rückwärtsgerichtet, sondern würde auch neues Chaos verursachen. Denn es hat sich schon vieles verbessert. 2008 wurde die Wochenstundenzahl des bayerischen Gymnasiums auf die KMK-Norm von 265 Wochenstunden reduziert. Es wurde eingeführt, dass den Schülerinnen und Schülern der Unter- und Mittelstufe an Tagen

mit Nachmittagsunterricht keine schriftlichen Hausaufgaben bis zum nächsten Tag aufgegeben werden dürfen. Darüber hinaus sollen in den Jahrgangsstufen fünf bis acht der Mittwoch- bis Freitagnachmittag frei von Pflichtunterricht sein. Lange Schultage sollen rhythmisiert organisiert werden und auch Doppelstunden umfassen. Die Klassenstärke ist seit 2008 von 27,6 auf 26,9 gesunken,

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Sehr wenig!)

gleichzeitig ist die Abiturientenquote von 19,3 auf 24,2 gestiegen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Durch die Einführung der P- und W-Seminare in der Oberstufe erfolgte eine verstärkte Studien- und Berufsorientierung. Die Intensivierungsstunden verstärken die individuelle Förderung und ermöglichen einen auf die Bedürfnisse des Einzelnen zugeschnittenen Unterricht. Die Zahl der Einführungsklassen wird massiv erhöht; fast 100 Gymnasien bilden im Schuljahr 2012/2013 Einführungsklassen.

(Beifall bei der FDP)

Mit diesen können wir bayernweit die Voraussetzung dafür schaffen, dass Absolventen mit Realschul- oder mittlerem Bildungsabschluss ihre Schullaufbahn erfolgreich am Gymnasium fortsetzen können, indem sie in den Kernfächern intensiv gefördert werden.

(Beifall des Abgeordneten Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP))

Wie Sie sehen, schaffen wir größtmögliche Durchlässigkeit im bayerischen Schulsystem - für eine bruchlose Bildungskette.

Natürlich müssen wir das G 8 weiter optimieren statt es immer nur zu diffamieren. Wir wollen noch stärker auf die individuelle Situation der jungen Menschen eingehen und die Kreativität der Schulen vor Ort besser einbeziehen. Unser Credo lautet: Jedem Schüler seine individuelle Lernzeit in einem verlässlichen pädagogischen Rahmen!

Die Schule selbst begleitet den Schüler auf seinem persönlichen Bildungsweg zum erfolgreichen Abschluss. Im Rahmen des Monitorings werden die Lehrpläne regelmäßig auf zeitgemäße Inhalte überprüft.

Wir wollen die individuelle Lernzeit in der Mittelstufe flexibilisieren. Dazu gehören eine passgenaue Nutzung der Intensivierungsstunden für Kernfächer und

die Einrichtung von Intensivierungsmodulen in der Mittelstufe. Dies ist gedacht für Schülerinnen und Schüler, die ihre Grundlagen für die Qualifikationsphase noch einmal festigen wollen, die ihren besonderen Begabungen, zum Beispiel im wissenschaftlichen, künstlerischen, musischen oder sportlichen Bereich, nachgehen wollen oder die nach einem Auslandsaufenthalt zurückkehren.

Die Gesamtlaufzeit des Gymnasiums bleibt dabei unverändert. Dieses Zusatzangebot am Gymnasium ist in eine Reihe zu stellen mit individuellen Zeitmodellen beziehungsweise zeitlichen Zusatzangeboten, zum Beispiel der flexiblen Grundschule, den Vorklassen an den Fachoberschulen/Berufsoberschulen oder den Einführungsklassen am Gymnasium für Schülerinnen und Schüler anderer Schularten mit mittlerem Schulabschluss. Das ist der richtige Weg in unserem durchlässigen Bildungssystem. Wir wollen ihn weitergehen. Denn die bayerische Realschule hat ein starkes Profil. Sie vereint eine allgemeine theoretische Bildung mit einer praxisorientierten Berufsvorbereitung, in der junge Menschen ihre praktischen Fähigkeiten und Neigungen ausloten können.

(Beifall bei der FDP)

Nach der Realschule besteht die Möglichkeit, über die Fachoberschule oder die Berufsoberschule an die Hochschule zu gelangen. Die alte Gleichung "Gymnasium gleich Studium" ist längst überholt. Bereits 43 % aller bayerischen Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife außerhalb des Gymnasiums. So sagen viele Eltern zu Recht: Mit einer Lehre hat mein Kind eine Ausbildung und kann dann immer noch weitermachen, wenn es das möchte.

Dass dieser Weg immer mehr an Bedeutung gewinnt, zeigt ein Blick auf die Zahlen: Besuchten im Schuljahr 2010/2011 noch 2.756 Schülerinnen und Schüler eine FOS-13-Klasse, so sind es im aktuellen Schuljahr bereits 3.380 Schülerinnen und Schüler. Dies entspricht einer Steigerung um 22,6 % und belegt, dass die FOS 13 ein Erfolgsmodell ist. Auch die BOS hat einen Zuwachs zu verzeichnen; hier sind es 6,4 % mehr Schülerinnen und Schüler. Anders gesagt: Immer mehr junge Menschen kommen über die FOS 13 oder die BOS an unsere bayerischen Universitäten. Das ist ein Erfolg, wenn man sich überlegt, dass jeder Jugendliche, der über die Schiene FOS 13/BOS kommt, wiederum ein Multiplikator für diesen Weg sein kann.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, sich für diesen Bildungsweg zu entscheiden, ist, dass eine duale Ausbildung nicht nur in der heimischen Wirtschaft, sondern weltweit - zu Recht - hohes Ansehen genießt. "Made

in Germany" ist für Kunden in aller Welt ein Ausweis für Qualität.

(Dietrich Freiherr von Gumpenberg (FDP):
Made in Bavaria!)

- "Made in Bavaria", vollkommen richtig.

Hinter vielen Produkten und Dienstleistungen stehen die Leistungen gut ausgebildeter Menschen, von denen viele aus dem dualen System der Berufsausbildung kommen.

Wir sorgen dafür, dass die Berufsausbildung keine Sackgasse ist. Inzwischen haben in Bayern die Meister eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung. Zudem gibt es viele Möglichkeiten, berufsbegleitend Zusatzqualifikationen zu erwerben.

Deshalb ist eine frühzeitige Schullaufbahn- und Berufsberatung bereits an den allgemeinbildenden Schulen so wichtig. Deshalb sollten Berufsorientierung und ökonomische Bildung zum Unterricht an Realschule, Mittelschule und Hauptschule gehören und frühzeitig Praktika angeboten werden. Deshalb sollten die Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben weiter ausgebaut werden.

Die Berufsschulen müssen ihre Angebote und Inhalte den veränderten Rahmenbedingungen angesichts des gesellschaftlichen und technologischen Wandels und der damit einhergehenden neuen Berufsbilder anpassen.

Zu den Berufsschulen gehören auch unsere erfolgreichen Wirtschaftsschulen. Viele dieser beruflichen Schulen sind in privater Trägerschaft. Wir als FDP setzen uns für Vielfalt in unserem Bildungssystem ein und damit auch für fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen. Viele dieser Schulen sind Vorreiter für innovativen Unterricht und als Ganztagschulen organisiert.

Lassen Sie mich kurz auf die Ganztagschule eingehen.

(Zurufe von der SPD: Die gibt es nicht! Es gibt Ganztagsklassen! - Bayern auf dem letzten Platz!)

Ich bin ohne Zweifel vom pädagogischen Mehrwert der Ganztagschule, insbesondere in der gebundenen Form, überzeugt. Die wichtigsten aktuellen Studien bestätigen dies: mehr Unterrichtszeit, die gezielter genutzt wird; weniger Risiko für Klassenwiederholungen bei dauerhafter Teilnahme an der Ganztagschule; weniger problematisches Sozialverhalten; bessere Schulnoten; mehr Schulfreude.

Die Studien halten uns jedoch auch dazu an, im Blick zu behalten, dass die positiven Effekte nur unter der Maßgabe einer dauerhaften Teilnahme sowie einer hohen Qualität der Schule erreicht werden. Insoweit gibt es noch großen Handlungsbedarf. Das sehen wir alle so. Wir wollen da noch ein bisschen Dampf machen, sowohl hinsichtlich des quantitativen Ausbaus als auch hinsichtlich der Qualität.

Die Ausgangslage in Bayern stellt sich folgendermaßen dar - wir haben es schon mehrmals gehört; ich mache es kurz -: 4,3 % aller Schüler besuchen eine gebundene Ganztagschule. Weitere 6,2 % besuchen eine offene Ganztagschule. Diese Schülerquoten wurden allein im aktuellen Schuljahr im gebundenen Bereich um 22,4 % gesteigert. Alle Anträge auf Ganztagsangebote mit pädagogischem Konzept konnten genehmigt werden. Allerdings haben wir erst im aktuellen Schuljahr mit dem Ausbau an Realschulen und Gymnasien begonnen. Wir wollen auch weiterhin alle Anträge genehmigen und die dazugehörigen Mittel bereitstellen. Dafür sind oft bauliche Änderungen notwendig, die die Kommunen vor große finanzielle Herausforderungen stellen.

Damit eine Dynamik in Gang gesetzt werden kann, plädiere ich für die Beteiligung des Bundes an solchen Projekten. Das erst 2006 im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot sollte aufgehoben werden, um gezielte Projektförderung, zum Beispiel für den Ausbau von Ganztagschulen und für Inklusion, wieder so zu ermöglichen, wie es für die Hochschule möglich ist, nämlich projektbezogen.

Da uns die Inklusion vor große Herausforderungen stellt, sage ich jetzt nicht viel zu den Details; das machen wir in der AG. Ich freue mich, dass alle Fraktionen sich bei diesem wichtigen Thema zusammengefunden haben, um die schulische Inklusion gemeinsam voranzutreiben. Diese AG wird den Prozess weiter begleiten und erste Erfahrungswerte von einem Jahr berücksichtigen.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich den Kollegen der AG für die gute Zusammenarbeit bei diesem sensiblen Thema. Dabei ist der FDP-Fraktion klar, dass Regelschulen und Förderschulen künftig mehr zueinanderfinden müssen, wohl wissend, dass wir auch in Zukunft die Förderschulen als Kompetenzzentren brauchen. Wichtig bei der Inklusion sind die Beratung und eine gute Diagnosefähigkeit der Lehrkräfte. Insgesamt muss die Gesellschaft zu einem Umdenken bei diesem Thema kommen, nicht nur in der Bildungspolitik.

Fazit: Was wir erreicht haben, stimmt mich nicht unzufrieden. Wir haben die flexible Grundschule ausgewei-

tet und erhalten kleine Grundschulen auf dem Lande. Wir haben die Lehrerplanstellen von 2008 bis 2012 um 5.600 erhöht. Hinzu kommen weitere 5.000 Lehrerstellen auf Vertragsbasis in Vollzeit. Zudem haben wir die demografische Rendite im Schulsystem gelassen. Für die Inklusion sind pro Jahr 100 weitere Stellen vorgesehen. Neben der mobilen Reserve, die wir für alle Schularten ausbauen, werden im Schuljahr 2012/2013 die Modellversuche integrierte Lehrerreserve und zusätzliches Aushilfsbudget an Gymnasien erprobt werden. Wir haben seit 2008 sechzehn Realschulen, zwölf Gymnasien und zusammen zwölf FOS/BOS neu gegründet oder auf den Weg gebracht. Alles in allem nehmen wir damit einen kräftigen Schub für die Bildung an unseren bayerischen Schulen vor.

An dieser Stelle gilt mein Dank ausdrücklich Herrn Staatsminister Dr. Spaenle und Georg Eisenreich, denn beide sind mit mir einer Meinung, dass bei aller Haushaltskonsolidierung die Bildung oberste Priorität haben muss.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Doch reicht das Erreichte nicht. Für uns Bildungspolitiker, Georg Eisenreich, kann es gerne immer noch mehr sein. Deshalb brauchen wir nicht nur Land und Kommunen, sondern auch den Bund als Bildungspartner. Wir brauchen alle Beteiligten der Schulfamilie, wenn wir Bayern fit für die Zukunft machen wollen. Wenn wir kommunale Bildungslandschaften haben wollen, die als Motor die Zukunft unseres Landes prägen werden, wenn wir in den Schulen mehr Demokratie, mehr Mitmach-Kultur und ein gerechteres Notensystem schaffen wollen, wenn wir Schulen wollen, die Persönlichkeiten hervorbringen und auf ein Leben in Freiheit und Verantwortung vorbereiten, wenn unsere Kinder und Lehrer die Schule als Lebensraum empfinden und gerne in diese Schule gehen sollen, müssen wir noch viel in die Schulen investieren, in eine zeitgemäße Lehrerbildung, in die Beseitigung der Defizite an den Schnittstellen, für eine bruchlose Bildungskette, für Ganztagschulen und für Inklusion.

Deshalb setze ich mich weiter für kleine Klassen und damit für mehr Qualität ein. Ich setze mich für zusätzliche Mittel ein, damit Sonderaufgaben, die an den Schulen geleistet werden müssen, nicht zusätzlich den Lehrkräften aufgebürdet werden, die ohnehin schon zusätzliche Aufgaben erfüllen und sich mit Kreativität und Engagement den großen Herausforderungen stellen.

Deshalb gilt nicht zuletzt ihnen ein Dank: allen Schulleitern, allen Lehrerinnen und Lehrern, allen Erzieherinnen und Erziehern sowie anderen pädagogischen Kräften, die eine ganz hervorragende Arbeit leisten.

Ich bewundere sie für ihr großes Engagement und habe großen Respekt vor ihrer Arbeit, denn sie leisten nichts Geringeres, als unsere Kinder auf die Zukunft vorzubereiten. - Vielen Dank für Ihre Geduld.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Berthold Rüth von der CSU das Wort.

Berthold Rüth (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zu erwarten, dass vonseiten der Opposition die von nationalen und internationalen Instituten gut bewerteten Ergebnisse des bayerischen Bildungswesens angezweifelt werden. Deshalb habe ich die Bertelsmann-Studie mitgenommen. In dieser gibt es einen Gesamtindexwert. Dieser Gesamtindexwert setzt sich aus den Themen berufliches Lernen, persönliches Lernen, soziales Lernen und schulisches Lernen zusammen. Der Wert liegt für Bayern bei 58,81. Für Baden-Württemberg liegt er bei 56,66. Für Nordrhein-Westfalen, das an zehnter Stelle steht, liegt er bei 39,55, also 20 Gesamtindexpunkte und damit 33 % weniger. Wer in welchen Ländern Verantwortung trägt, wissen Sie am besten. Von daher ist es unstrittig, dass das bayerische Bildungswesen hervorragend ist.

Entscheidend ist, dass wir in unserem differenzierten Schulwesen die Möglichkeit haben, auf die unterschiedlichen Begabungen der Kinder einzugehen. Wir können für jedes Kind eine passgenaue Antwort schneiden und wir können optimale Antworten geben. Vor allen Dingen ist es wichtig, dass das System sehr durchlässig ist, und es gilt nach wie vor: kein Abschluss ohne Anschluss.

Es wurde mehrfach erwähnt, dass 43 % der Hochschulzugangsberechtigten nicht über die Schiene Gymnasium kommen, sondern über die FOS/BOS. Ich denke, auf diesen Wert können wir stolz sein. Wir müssen aber noch daran erinnern, dass 25.000 Meisterinnen und Meister über die berufliche Schiene zum Studium kommen. Auch das soll heute erwähnt werden. Diese Menschen sichern den wirtschaftlichen Erfolg. Sie sorgen dafür, dass wir Wohlstand haben, und sie sorgen dafür, dass unser hoher sozialer Standard gewahrt bleibt. Insofern sollten wir uns immer wieder klarmachen, warum wir ein so gutes Bildungssystem haben. Wir haben nur einen Rohstoff, und dieser Rohstoff ist der Rohstoff Geist. Wir als Deutsche kämpfen jedes Jahr mit den Chinesen um den Titel des Exportweltmeisters. Deutschland ist ein Land mit achtzig Millionen Einwohnern, wovon gut vierzig Millionen erwerbstätig sind. China hat 1,4 Milliarden Einwohner.

Wir sind in der Gesamtleistung genauso gut, wenn nicht sogar noch besser. Das kommt daher, dass wir hervorragende Menschen haben, die gut ausgebildet sind. Es sind vorwiegend unsere guten Facharbeiter, die in erster Linie über die Mittelschulen kommen. Die Facharbeiter, die die Mittelschule absolviert haben, sind nicht nur hervorragende Arbeitskräfte, es sind die Menschen, die in den Regionen wohnen, die bei der Feuerwehr sind und die Vereine tragen. Ich denke, wir sollten diesen Menschen mehr Respekt entgegenbringen und sollten nicht immer so schlecht über unsere Mittelschulen reden.

Wir haben zurzeit die Fußball-Europameisterschaft. Es wird dabei immer nach den Favoriten gefragt. Alle sprechen von Spanien als Europameister. Auch Deutschland gerät immer mehr in den Rang eines Favoriten. Also sind beide Länder Favoriten. Wenn ein Deutscher gut Fußball spielen kann und ein Spanier gut Fußball spielen kann, dann haben sie beide eine gute Existenz vor sich. Wie schaut es aber aus mit jungen Menschen, die nicht so gute Sportler sind und nicht so gut Fußball spielen können? Dabei muss man sehen, dass in Spanien rund 46 % der jungen Menschen keine Arbeit haben. In Bayern sind Lehrstellen offen und es können gar nicht alle Lehrstellen besetzt werden. Dabei muss man fragen, warum das so ist. Ein Grund dafür ist, dass wir in Bayern eine so gute Bildungslandschaft haben.

Man stellt sich die Frage, ob wir das verändern müssen oder ob wir grundsätzlich darüber diskutieren müssen. Ich meine, wir müssen nicht darüber diskutieren, sondern wir müssen die vorhandenen Strukturen weiterentwickeln. Wir brauchen keine Schulstrukturdebatte, sondern wir müssen nach wie vor verlässliche Rahmenbedingungen schaffen und erhalten. Mein Heimatlandkreis grenzt an Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg wird momentan die Schullandschaft auf den Kopf gestellt. Ich kann Ihnen versichern, dass die Menschen, die dort wohnen, nicht glücklich und sehr verunsichert sind. Die Baden-Württemberger haben das Glück, dass in unmittelbarer Nachbarschaft, in der Stadt Amorbach, ein bayerisches Gymnasium ist. Sehr viele Kinder aus dem angrenzenden Baden-Württemberg gehen in das bayerische Gymnasium nach Amorbach.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es ist richtig: Es gehen auch Kinder aus Bayern nach Baden-Württemberg, weil der Elternwille dort vollkommen freigegeben wurde. Ob am Ende die Eltern und die Kinder glücklich sind, wird sich noch zeigen.

Wir können auch feststellen, dass Bayern hervorragende Arbeitsmarktzahlen aufweist. Bei einem Ver-

gleich zwischen den Regierungsbezirken können wir feststellen, dass es kaum ein Gefälle gibt. Es gibt nur minimale Abweichungen und auch in Nordostbayern haben wir gute Beschäftigungszahlen. Auch das kommt von der guten Bildung. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Minister den Weg eingeschlagen hat, Bildungsregionen zu schaffen, denn wir müssen die Einrichtungen, die mit Schule zu tun haben, noch enger verzahnen. Es geht um die Themen Schule, Eltern, Wirtschaft, Handwerk, Mittelstand sowie Kommunen. Es geht darum, die Besonderheiten vor Ort auszuloten und ein passgenaues Angebot zu schaffen. Zu Beginn hat Herr Kollege Felbinger erzählt, in Unterfranken würden drei Grundschulen geschlossen. Ich vermute, dass ich weiß, um welche Schulen es sich handelt. Die Schulen werden jedoch nicht geschlossen. Stattdessen geht es um die Frage: Kann eine erste Klasse gebildet werden? Herr Kollege Felbinger, ich weiß, wo Sie zugange waren. Den Ort möchte ich jetzt nicht nennen. Es gibt eine Stadt, die ihre Schule in der Stadt hat. Außerdem gibt es eine Schule im Stadtteil. Der Stadtrat hat vor Ort beschlossen, dass die Schule in der Stadt mit viel Geld ausgebaut und modernisiert wird. Das führt mittelfristig zu der Konsequenz, dass die Schule im Stadtteil geschlossen werden muss. Das hat die Kommune vor Ort entschieden. Man kann nicht sagen: Herr Minister, Sie sind schuld, wenn vor Ort eine Schule geschlossen wird.

In der zweiten Gemeinde geht es um einen Schulsprenkel. Zwei Kommunen haben sich geeinigt, mit Förderung des Staates eine neue Aula zu bauen. Das wurde von beiden Gemeinderäten verabschiedet. In einem Ort gibt es keine ersten Klassen mehr. Das ist die Entscheidung der Kommune vor Ort, nicht die Entscheidung des Ministers. Das bitte ich, der Ehrlichkeit halber klar und deutlich zu sagen. Diese Entscheidungen werden vor Ort getroffen und nicht vom Kultusministerium. Der Weg der Dezentralität wird praktiziert und fortgesetzt.

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen wurden genannt. Ich möchte sie nicht wiederholen. Ich möchte noch einen Hinweis zum Thema Inklusion anbringen. Ich wundere mich immer, wenn hierzu Kritik geäußert wird. Es handelt sich um ein gemeinsames Projekt. Im Stammhaushalt 2011 wurden 100 Stellen und im Stammhaushalt 2012 weitere 100 Stellen - das sind zusammen 200 Stellen - zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Nachtragshaushalts sind 250 Stellen für die Förderschulen geschaffen worden. Das sind insgesamt 450 Stellen. Das ist eine stolze Zahl, die jedoch noch gesteigert werden kann.

Meine Damen und Herren, über das Thema Ganztagsangebote kann man streiten. Haben wir zu viele? Haben wir zu wenige? Müssen es mehr sein? Sie dürfen nicht vergessen, dass der Kultusminister nicht über die Einführung von Ganztagsangeboten entscheidet. Die Frage lautet: Was wird vor Ort gewünscht? Nicht alle rufen: Wir brauchen noch mehr Ganztagsangebote. Die Struktur vor Ort ist sehr unterschiedlich. Ich bitte Sie um Zurückhaltung, weil das vor Ort entschieden werden muss.

(Alexander König (CSU): Sehr gut! Bedarfsgerecht!)

Herr Kollege Güll hat das Thema Referendare angesprochen. Er hat gesagt, er komme zum Thema Referendare. Meine Damen und Herren, was ist das Thema? Bayern bietet allen Studenten, die das Referendariat absolvieren wollen, eine Stelle an. Das macht kein anderes Bundesland. Bayern sagt: Ihr könnt die Ausbildung beenden. Ihr könnt ein Referendariat absolvieren. Wir nehmen auch junge Menschen aus anderen Bundesländern auf. Wir brauchen uns keine Vorhaltungen machen zu lassen.

Ich komme nun zur eigenverantwortlichen Schule in Oettingen. Oettingen liegt in Bayern. Dies ist ein bayerisches Projekt. In Karlstadt gibt es ebenfalls ein Gymnasium, das kreative Lösungen vorzuweisen hat. Es liegt an den Schulen vor Ort, wie die Freiheiten genutzt werden.

Die Erfolge der bayerischen Schulen bei nationalen und internationalen Leistungsvergleichen, das hohe Renommee bayerischer Bildungsabschlüsse im In- und Ausland sowie die deutschlandweit größte Zufriedenheit einer Landesbevölkerung mit der Bildungspolitik zeigen, dass unser Weg der beste Weg für unsere Schüler ist. Ich bitte Sie, diesen Weg gemeinsam mit uns fortzusetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächste hat Frau Kollegin Eva Gottstein von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In erster Linie sind die Rahmenbedingungen wichtig. Mein Kollege, Herr Felbinger, hat im Detail aufgezeigt, dass unser Kultusminister teilweise auf dem richtigen Weg ist, auf diesem Weg jedoch teilweise verhungert. Ich möchte noch einmal die grundsätzlichen Forderungen der FREIEN WÄHLER zusammenfassen, die die Bildungspolitik betreffen. Ich möchte sechs Forderungen herausheben: Erstens fordern die FREIEN WÄHLER ein Bildungsministerium, das es in Bayern

schon einmal gegeben hat. Dieses Bildungsministerium war gut. Die meisten Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland haben ein Bildungsministerium.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens fordern wir eine stärkere Prioritätensetzung auf bundeseinheitliche Standards. Drittens reden wir von echter Partizipation der gesamten Schulfamilie. Das sind Lehrer, Schüler, Eltern und Träger. Frau Will, sind Sie seit Neuestem in der Opposition? Sie sind in der Regierungspartei. All das, was Sie zu diesem Punkt gesagt haben, hätten Sie schon lange verwirklichen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Renate Will (FDP): Erste Anfänge sind gemacht! Aber wir wollen weiter!)

Viertens fordern wir - das kam heute zu kurz - den Abbau der Bürokratie. Wir fordern fünftens weniger Reformeritis. Sechstens darf Bildungspolitik nicht auf Kosten der Kommunen gemacht werden. Die finanziellen Verpflichtungen dürfen nicht an die Kommunen abgeben werden.

Ich komme zu unserer Forderung nach einem Bildungsministerium. Wir brauchen ein Gesamtkonzept. Dieses Gesamtkonzept muss in einem Ministerium verwirklicht werden, ein Ministerium, das die frühkindliche, die kindliche, die schulische und ebenfalls die hochschulische Bildung sowie die Erwachsenenbildung deutlich mehr einbezieht. Ganz am Anfang dieser Legislaturperiode haben wir dies mit unserem Antrag auf der Drucksache 16/9402 bereits gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum? - Gerade in der frühkindlichen Bildung existieren Parallelstrukturen, die unnötige Energie, Kraft, Personal und Geld kosten. Selbstverständlich ist es lobenswert, dass im Rahmen der Zuständigkeit von Ministerin Haderthauer in Zusammenarbeit mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaft K.I.D.Z. entwickelt wurde. Außerdem haben wir den Elterntalk. Herr Spaenle hat - das ist lobenswert, aber zu wenig - die flexible Grundschule eingeführt. Das sind gute Modelle. Sie bleiben jedoch modellhaft, weil sie nicht flächendeckend eingesetzt werden. Dafür sollte ein Ministerium verantwortlich sein. Jedes Ministerium schaut, wie es ein bisschen besser wegkommt. Eine persönliche Konkurrenz brauchen wir schon gar nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Gleiche gilt für den gesamten Ganztagsbereich: Die gebundene Ganztagsklasse, die offene Ganztagsklasse, die Mittagsbetreuung und die Ferienbetreu-

ung. Jedes Ministerium bastelt vor sich hin und überlegt, mit welchen Zuständigkeiten und Geldern die Konzepte realisiert werden können. Das geht auf Kosten der Effizienz dieser gemeinsamen Aufgabe. Deswegen muss ein Ministerium die Zuständigkeiten vereinen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Es gibt ein weiteres Beispiel für unsere Forderung: Die Schulsozialarbeit. Es gibt die Jugendsozialarbeit an Schulen. Vonseiten des Kultusministeriums gibt es jedoch noch keine echte Schulsozialarbeit. Das ist der Beweis dafür, dass ein Ministerium wissen muss, was es tut, wer was zahlt und wer wofür zuständig ist. Derzeit geschieht das nur parallel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dasselbe gilt für den Übergang an die Hochschulen. Es gibt Beratungsstellen an den Hochschulen und Fachhochschulen. An den Gymnasien und den Fachoberschulen finden ebenfalls Beratungen statt. In diesem Fall wäre es ebenfalls richtig, dies in einem Ministerium zu regeln. Herr Heubisch kann die Forschung an Herrn Zeil abgeben, damit noch ein wenig schneller geforscht werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD - Isabell Zacharias (SPD): Bravo!)

- Das habe ich ernst gemeint. Die anderen Bundesländer machen uns vor, dass es mit einem Bildungsministerium geht. Außerdem könnte Platz für ein Ministerium geschaffen werden, das wir für sehr wichtig halten, nämlich das Energieministerium. Anstatt alles nebeneinander zu regeln, könnte es endlich weitergehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Unsere zweite Forderung lautet, wesentlich mehr Priorität auf bundeseinheitliche Standards zu legen. Herr Minister Spaenle, in Ihrer Amtszeit als Vorsitzender der Kultusministerkonferenz hätten Sie einige Möglichkeiten hierfür gehabt. Sie haben sich jedoch rumgedrückt. Sie müssten endlich Farbe hinsichtlich des Niveaus der jeweiligen Abschlussart bekennen. Wir brauchen einen einheitlich definierten Qualifikationsabschluss. Wir brauchen einen mittleren Schulabschluss, der einheitlich definiert wird. Wir brauchen ein einheitliches Abitur, im Rahmen dessen sichergestellt wird, was abgefragt und beherrscht werden muss. Bei allem Respekt für den Föderalismus muss man sich hinsichtlich der Bildungsstandards im Bund einigen. Sonst ist es einem hoch industrialisierten Land nicht mehr angemessen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Der erste Sündenfall, den Sie im Zusammenhang mit der Niveauabsenkung begangen haben, ist die Aufweichung der Übertrittsbedingungen. Wenn Sie das gegliederte Schulsystem so hochhalten, dann müssen Sie letztendlich auch Abgrenzungskriterien hochhalten. Sie haben einen Sündenfall begangen, indem Sie all das, was man über Jahrzehnte als bewährt empfunden hat, über Bord geworfen haben. Schüler, die bisher für bestimmte Schularten als nicht geeignet galten, sollten auf einmal geeignet sein, ohne dass ein Level gesenkt wurde und ohne dass eine wesentlich bessere Förderung angeboten wurde. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

So ist es auch mit der Diskussion über G 8, die in diesem Haus wahrscheinlich überhaupt keiner mehr hören kann. Sie haben die Zielvorstellungen für den Abschluss dieses Schultyps nicht definiert, wundern sich aber jetzt, dass Sie nicht weiterkommen, dass es immer wieder Kritik der Eltern und der Schüler gibt. Wir brauchen also klare Zielvorstellungen. Man muss Vorstellungen darüber entwickeln, wie man zu dem aufgestellten Ziel kommt. Man muss ebenfalls konsequent an dem Ziel festhalten, wenn wir nicht wollen, dass das Abitur letztlich nur für den Papierkorb ist und die Universitäten die Eingangsvoraussetzungen und die Eingangsprüfungen selber gestalten.

Sie haben in diesem Zusammenhang als Vorsitzender der Kultusministerkonferenz versagt. Sie hätten es in der Hand gehabt, etwas zu erreichen. Sie haben in diesem Punkt die politische Glaubwürdigkeit für mich verloren.

Ich erinnere mich sehr wohl an eine Podiumsdiskussion anlässlich einer Veranstaltung der bayerischen Wirtschaft zum Zentralabitur. Da hat derselbe Minister am Vormittag in der Diskussion etwas ganz anderes gesagt als in der Presseerklärung, die zeitgleich herausgekommen ist. In der Podiumsdiskussion haben Sie sehr wohl geäußert, Sie könnten sich mit den Vorstellungen einverstanden erklären. Aber die Presseerklärung lautete völlig anders. Entweder wissen Sie nicht, was Ihre Pressestelle sagt, oder Sie haben sich bewusst anders geäußert: einmal so und einmal so.

Sie erinnern sich vielleicht auch, wie in der Diskussion die Rede davon war: Das geht ja nicht usw. Da ist der Personalchef einer sehr großen Firma aufgestanden und hat gesagt, das gehe schon, er schaffe es, deutschlandweit 20.000 Ingenieure zentral zu prüfen. Die Herren von der Industrie- und Handelskammer sind aufgestanden und haben gesagt, sie würden es vormachen, eine einheitliche Prüfung bundesweit ab-

zuhalten. Allerdings kriegen wir so etwas nicht zustande, obwohl es die Wirtschaft und die Eltern fordern.

Unsere nächste Forderung ist die echte Partizipation. Frau Will, es ist zwar schön, was Sie alles vorschlagen, aber Sie sollten sich vielleicht mehr dafür einsetzen, dass die Vorschläge umgesetzt werden. Wenn Sie schon in einer Regierungspartei sind und nicht auf die nächste Regierung warten wollen, ist dies wichtig.

Partizipation der Eltern heißt zunächst einmal, die Eltern dafür fähig zu machen. Wir sagen immer: Die Eltern können es nicht, die Eltern bringen es nicht mehr. Aber dann muss man als Staat einspringen und die Eltern für die Aufgaben fähig machen. Man muss von Eltern auch etwas einfordern. Wenn wir ein hoch entwickeltes Schulsystem anbieten, dann müssen wir die Eltern da abholen, wo sie sind. Wenn manche Eltern die Schule nicht unterstützen, dann muss man sie dazu befähigen, sich an den schulischen Notwendigkeiten zu beteiligen. Dies muss man von den Eltern auch einfordern.

Das Gleiche gilt für die Schüler. Das Bayerische Erziehungs- und Unterrichtsgesetz gibt es sehr wohl her, dass Schüler an der Möglichkeit, die Schule zu formen, anders partizipieren. Wir fordern es zu wenig ein. Wir fordern es zu wenig von unseren Schulleitern und Lehrern.

Letztlich muss auch der Träger ganz andere Mitwirkungsmöglichkeiten haben. Sie können natürlich von ihrer eigenverantwortlichen Schule und von der Bildungsregion sprechen. Aber dann müssen auch die Voraussetzungen stimmen. Das heißt, alle in der Schulfamilie, also Schüler, Eltern, Personal und Träger, müssen entsprechend ausgestattet sein. Es muss auch die entsprechenden Vorschriften geben. Das ist momentan aber nicht der Fall. Was notwendig ist, wird nicht eingeübt.

Weiter fordern wir weniger Bürokratie. In den Fachzeitschriften werden bereits kabarettmäßig E-Mails vorgestellt. Eine E-Mail kommt vormittags um acht Uhr. Um neun Uhr kommt die E-Mail vom Kultusministerium, wonach die Mail von acht Uhr nicht gilt. Um zehn Uhr wird gemailt, dass sie doch gilt. Aber das sind keine Kabarettstücke, sondern schulische Wirklichkeit.

Es gibt viele Verordnungen zu Details, die die Schule sowieso so gestaltet, wie sie will. Ein eigenverantwortlicher Schulleiter weiß sehr wohl, was er von den Vorschriften des Kultusministeriums ignorieren kann und was er nicht ignorieren darf. In dieser Hinsicht müssen Sie also wesentlich mehr auf die Eigenverantwortlichkeit der Menschen vor Ort abheben, um mehr Vertrauen zu schaffen.

Dann sage ich etwas zum Datenschutz. Wir haben vor ungefähr zwei Jahren von einem Zentralregister gesprochen, wo alle Daten aller Schüler gespeichert werden. Ein Teil des Hauses hier hat sich mit Recht dagegen gewehrt.

Umgekehrt waren Sie dann eine Zeit lang bereit, einen Schultrojaner einzusetzen, um den Verlagen entgegenzukommen, also um festzustellen, ob vielleicht unerlaubt kopiert wurde. Dazu gab es hier im Hause auf Ihrer Seite überhaupt keinen Widerspruch.

Jetzt geht es wieder los mit der Notenliste. Sehr viele Lehrer und Schulleiter wünschen sich den alten Notenbogen zurück. Denn aus Datenschutzgründen wollen wir dahin kommen, dass der Lehrer, der Erdkunde unterrichtet, nur die von ihm vergebenen Noten kennt, aber nicht sehen kann, was dieselben Schüler für Noten in Geschichte und Biologie bekommen. Sonst könnte ein Lehrer zu der Meinung kommen, dass ein bestimmter Schüler zwar begabt, aber faul ist.

Was beabsichtigt ist, ist vom Schulalltag weit weg. Wir bräuchten dann jeden Tag noch eine Teamarbeitsstunde. Wenn man diese den Lehrern gewährt, ist es in Ordnung. Dann könnten sich die Lehrer - sie sind ja Profis - besprechen und auf den ersten Blick sehen, was Sache ist und wie man die Eltern beraten kann. Aber dann wird alles noch viel komplizierter. Ich habe Verständnis für jeden Schulleiter, der sagt: Wir machen es wieder mit dem klassischen Notenbogen; wir verzichten auf die Technik des Notenblattes, wo man nämlich nach wie vor volle Einsicht nehmen kann.

Unsere vorletzte Forderung lautet: weniger Reformitis. Reformen sind sicher oft angebracht. Aber was wir in den letzten Jahren erlebt haben, ist eine Reformitis. Damit haben nicht Sie begonnen; das hat schon Ihr Vorgänger gemacht. Man sollte nicht eine Reform um der Reform willen machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Gelenkkasse ist heute an einigen Stellen als Lachnummer entlarvt worden. Über das Intensivierungsjahr lacht momentan jeder, weil man überhaupt nicht sieht, wie man sich das vorzustellen hat. Schließlich wollen Sie auf die konstruktiven Vorschläge der Lehrerverbände nicht eingehen. Wenn bei individueller Förderung, mobiler Reserve und integrativer Reserve immer wieder mit einem bisschen Reformwillen angesetzt wird, dann sind das Aktionismus und zum großen Teil Populismus; das hat mit einer nachhaltigen Reform nichts zu tun.

Unsere letzte Forderung ist, Bildungspolitik nicht auf Kosten der Kommunen zu machen. Bei der Schulsozialarbeit, der Betreuung, der Ferienbetreuung und

auch sonst merkt man, dass der Trend dahin geht, die zusätzlichen Kosten nicht zu übernehmen, die dadurch entstehen, dass sich Schüler und Familien geändert haben. Man will diese Kosten nicht übernehmen und sagt, das sei Sache der Kommunen.

Das gilt auch bei der Inklusion. Alles ist noch sehr vage. Ich nenne die Schulbusbeförderung, von der man sagt, sie sei Sache der Kommunen. Sie kann aber nicht Sache der Kommunen sein. Die Kommunen haben genügend andere Aufgaben.

Bildung ist Aufgabe des Freistaates. So steht es in unserer Verfassung. Daran sollten wir uns auch in der Zukunft halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle das Wort.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bildung hat in Bayern Priorität. Wir benennen die Wege, die für die jungen Menschen in diesem Land geboten werden und die erfolgreich beschritten werden können. Wir benennen auch die Herausforderungen und Problemstellungen. Wir gehen die Herausforderungen an. Wir werden diese Probleme gemeinsam mit Ihnen und der Schulfamilie beheben und uns diesem hohen Anspruch stellen. Lassen Sie mich noch drei Bemerkungen machen:

Erstens. Kern der Aussagen vieler Kolleginnen und Kollegen der Opposition war der Wunsch, die Einheitsschule auf den Weg zu bringen. Das ist klar zu benennen. Dies wird ein Thema der Auseinandersetzungen bis zum Wahltag sein. Wir stellen diesem Modell ganz deutlich das differenzierte Bildungswesen mit hoher Durchlässigkeit, mit der Flächengarantie "Kein Abschluss ohne Anschluss" und mit der wohnortnahen Beschulung entgegen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit diesem Konzept im Gegensatz zu den Vorstellungen, die Sie entwickelt haben, große Zustimmung erfahren werden.

Zweitens. Die bayerische Wirtschaftsschule ist eine leistungsstarke Schule. Herr Kollege Gehring, von einem "Aushungern am ausgestreckten Arm", wie Sie es ausgedrückt haben, kann gar keine Rede sein. Wir haben in den vergangenen Monaten mit der gesamten Wirtschaftsschulfamilie eine umfassende Weiterentwicklung ins Werk gesetzt. Mit dem Modellversuch "Wirtschaftsschule und Mittelschule" haben wir eine

neue Möglichkeit geschaffen, beide Schularten unter ein Dach zu bringen. Leider haben sich private Träger bislang an diesem Versuch nicht beteiligt.

Drittens. Wir werden mit aller Kraft und nachhaltig die Investitionen in Bildung voranbringen. Wir stehen vor dem Beginn der Verhandlungen über den Doppelhaushalt 2013/2014, sodass wir vor der Sommerpause Klarheit haben werden. Wir werden das Bildungsland Bayern so entwickeln, dass wir dem Anspruch der Menschen nach Sicherung höchster Bildungsqualität gerecht werden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Stehplatzgarantie in Fußballstadien - bezahlbare Karten und tolle Stimmung erhalten - Gewalt verhindern!"

Für die heutige Sitzung ist die SPD-Fraktion vorschlagsberechtigt.

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen. Der erste Redner ist Herr Kollege Harald Güller für die Fraktion der SPD.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich zu Beginn eines klarmachen: Wir haben diese Aktuelle Stunde nicht beantragt, um parlamentarischen Streit zu provozieren oder Vorwürfe zu erheben. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, damit sich das Parlament rechtzeitig zu einem anstehenden Thema äußert. Die Schiefelage in der Diskussion ist durch eine Äußerung von Herrn Bundesinnenminister Friedrich entstanden, dem nach den Problemen beim Relegationsspiel Hertha BSC gegen Fortuna Düsseldorf nichts Besseres eingefallen ist, als wieder einmal den repressiven Hammer herauszuholen und das Verbot der Stehplätze zu fordern.

Ich möchte einen weiteren Punkt vorwegschicken: Ich gehe davon aus, dass das komplette Parlament jede

Art von Gewalt, jede Art von Rassismus und jede Art von Rechtsextremismus ablehnt und sich davon distanziert. Unser Ziel in den nächsten Monaten muss es sein, dagegen vorzugehen, und zwar mit allen wirkungsvollen und sinnvollen Mitteln. Kolleginnen und Kollegen, ich gehe auch davon aus, dass wir beim Thema Pyrotechnik einen gemeinsamen Nenner haben. Ich bin der Meinung, dass Pyrotechnik, ob es sich um Bengalos oder um Rauchbomben handelt, in Stadien und in Menschenansammlungen nichts zu suchen hat. Das sind wir den zigtausend Besuchern, die jedes Wochenende im Stadion sind, schuldig. Das muss in den Stadien, aber auch um die Stadien herum gelten.

Ich hoffe, dass wir in diesem Hause heute ein gemeinsames Zeichen hinbekommen. Wir müssen sagen: Die Stadionordnung muss durchgesetzt werden. Hausverbote und Betretungsverbote müssen durchgesetzt werden. Ich glaube, hier gibt es eine große Gemeinsamkeit. Zu den Polizeieinsätzen und der polizeilichen Präsenz wird nachher mein Kollege Harald Schneider für unsere Fraktion das Notwendige sagen.

Wie wichtig eine solche gemeinsame Position ist, zeigt im Moment die Fußball-Europameisterschaft. Das riesige Zuschauerinteresse nicht nur am Fernseher wird in Zukunft dazu führen, dass noch mehr Menschen ins Stadion gehen. Die Deutsche Fußball-Liga - DFL - meldet nicht umsonst jedes Jahr neue Zuschauerrekorde.

Wie geht man gegen Gewalt vor? Herr Bundesinnenminister Friedrich geht einen falschen Weg. Es wäre schön, wenn die Bayerische Staatsregierung heute erklären würde, dass das nicht ihr Weg ist. Herr Friedrich suggeriert, dass die Stehplätze das Problem seien. Er glaubt, Gewalt und Pyrotechnik könnten mit einem Stehplatzverbot bekämpft werden. Ich sage ganz klar: Nicht die Stehplätze sind das Problem, sondern ein ganz kleiner Teil der Fanszene und ein ganz kleiner Teil der Ultras. Hier müssen wir Lösungen finden. Wir dürfen nicht alle Stehplatzkartenbesitzer bestrafen.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Das ist richtig!)

Klar ist, dass es im und um das Stadion ein zu hohes Gewaltniveau gibt. Wir müssen das Problem aber einordnen: Nach der Zentralen Informationsstelle Sport-einsätze gab es in der letzten Saison bei 17,4 Millionen Zuschauern in allen Stadien insgesamt 6.061 freiheitsentziehende Maßnahmen und 5.018 Strafverfahren in ganz Deutschland. Das ist natürlich zu viel. Wenn man diese Zahlen jedoch in Relation zu anderen Großveranstaltungen wie Volksfesten setzt, müs-

sen wir feststellen, dass wir zwar dagegen vorgehen müssen, aber dass hier nicht das Hauptproblem in unserer Gesellschaft liegt, wie das in manchen Medien behauptet wurde.

Ich möchte ein paar Zahlen nennen: In der ersten Liga gibt es 820.000 Plätze in den Stadien, davon etwa 185.000 Stehplätze, also fast ein Viertel. In der zweiten Liga gibt es 580.000 Plätze, davon 195.000 Stehplätze. Bei den sieben Vereinen aus Bayern in der ersten und zweiten Liga gibt es etwa 60.000 Stehplätze. Damit wären von einem Stehplatzverbot Wochenende für Wochenende etwa 30.000 Menschen betroffen, wenn ein solches auf nationaler Ebene eingeführt würde.

Wen trifft man damit? Man trifft finanzschwächere Kreise, man trifft junge Menschen, man trifft Menschen, die sich ansonsten vielleicht den Besuch des Fußballplatzes nicht leisten könnten. Deswegen sagen wir eindeutig: Wir müssen andere Möglichkeiten in Erwägung ziehen.

Ich zitiere Rainer Koch, den Präsidenten des Bayerischen Fußballverbandes und Vizepräsident des DFB. Er sagt:

Oft wird nur über die Reaktion auf ein Ereignis nachgedacht, über Strafen, Sperren und Ausschlüsse. Aber wir sollten auch darüber nachdenken, wie wir dem Ganzen prinzipiell begegnen.

Um diesem Problem prinzipiell zu begegnen, gibt es viele kleine, aber wichtige Mosaiksteinchen. Von großer Bedeutung sind dabei Fanprojekte. Fanprojekte haben das Ziel, junge Menschen stabil zu machen, damit sie ihren Weg alleine und eigenverantwortlich gehen können. Damit wird anerkannt, dass das Problem der Gewalt nicht nur im Stadion entsteht. Das ist ein gesellschaftliches Problem. Wenn diese Jugendlichen aus dem Stadion verdrängt werden, dann verschwindet damit nicht die Gewalt, sondern sie findet in anderen Formen statt. Deswegen muss und soll die Gesellschaft reagieren.

(Beifall bei der SPD)

In Bayern haben wir jetzt erfreulicherweise sieben Erst- und Zweitligamannschaften. Vier Mannschaften sind in der ersten Liga, nämlich Bayern München, der 1. FC Nürnberg, der FC Augsburg und die Spielvereinigung Greuther Fürth. In der zweiten Liga spielen 1860 München, der Ingolstädter FC und Jahn Regensburg. In der dritten Liga spielen Unterhaching und Wacker Burghausen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade die dritte Liga wird bei diesem Thema oft unterbewertet. Gerade in der dritten Liga haben wir es häufig mit Gewalt und mit rechtsextremen Aus-

wachsen zu tun. Deshalb müssen wir unser Augenmerk auch auf die dritte Liga richten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die DFL und der DFB geben pro Fanprojekt maximal 60.000 Euro. Das würde bei den neun Vereinen in Bayern bis zu 540.000 Euro bedeuten. Die Realität ist, dass wir nur in München, in Nürnberg und in Augsburg Fanprojekte haben. Die Realität ist, dass die Bayerische Staatsregierung dafür lediglich 156.000 Euro zur Verfügung stellt. Möglich wären Ausgaben bis zu 540.000 Euro. Ich verkenne nicht, dass es auch ein Problem der Kommunen ist, Geld aufzubringen. Die Stadt Augsburg beteiligt sich lediglich mit fast 34.000 Euro an dem Fanprojekt. Wenn die Drittel-Finanzierung nicht zustande kommt, dann gibt die DFL auch nicht mehr Geld. Deswegen hoffe ich, dass wir uns darauf einigen können, dass die Mittel des Freistaates Bayern, die 156.000 Euro, sukzessive nach oben gefahren werden. Wir können sie nicht in einem Jahr auf das Maximum erhöhen - auch das ist klar. 300.000 Euro in diesem Jahr wären aber eine Hausnummer, insbesondere, weil wir in den obersten Ligen zwei neue Vereine haben. Dann bestünde auch die Möglichkeit, zum Beispiel in Burghausen endlich ein Fanprojekt zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen außerdem die Möglichkeit, dass zwischen Freistaat und Kommunen Vereinbarungen getroffen werden. Freistaat und Kommunen müssen die zwei Drittel gemeinsam bringen können. Das bedeutet für finanzschwache Kommunen die Möglichkeit, vom Freistaat zusätzlich unterstützt zu werden. Das würde auch Kommunen, die heute keine Fanprojekte haben, ein gutes Stück nach vorne bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle will ich mit einem Missverständnis aufräumen. Ich habe vorher betont, dass es sich um ein gesellschaftliches Problem handelt. Natürlich müssen die Vereine und die DFL ihren Anteil leisten. Die Forderung aber, die Fanbeauftragten vollständig von den Vereinen finanzieren zu lassen, quasi als Angestellte des Vereines, ist falsch. Ihre Arbeit gewinnt dadurch, dass sie nicht vom Verein bezahlt sind. Es gilt nämlich auch, das eine oder andere Problem zwischen Verein und Fanszene zu moderieren und zu lösen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss. Herr Innenminister Herrmann ist momentan nicht da; meine Bitte

wird ihm sicher ausgerichtet. Ich würde bitten, die Fanszene, die Fanbeauftragten mit einzuladen, wenn in Zukunft wieder Gespräche mit Vereinen und Verbänden stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Binden Sie die Fans konsequent in den Dialog ein.

Ich hoffe, die Politik kann heute ein starkes Signal senden, dass wir nicht wieder, wenn es zu Ausschreitungen kommt, wenn es zu Gewalt kommt - das ist, wie gesagt, bei 17,4 Millionen Besuchern, bei 750 Spielen pro Saison in der ersten und zweiten Liga, bei der DFL und bei den nationalen und europäischen Wettbewerben nicht immer auszuschließen -, in Reflexe verfallen und nur repressiv tätig werden. Lassen Sie uns das Thema jetzt vorher, vorbeugend angehen. Stellen Sie etwas mehr Geld zur Verfügung. Versuchen Sie bitte, die Fanszene in Gespräche einzubeziehen. Ich hoffe, wir haben darüber in diesem Hause am heutigen Tage einen großen Konsens.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Florian Herrmann von der Christlich Sozialen Union das Wort. Bitte schön.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns heute wie meistens mit Sachverhalten, bei denen es Schwierigkeiten gibt, bei denen von Staat und Gesellschaft und auch vom Parlament Reaktionen verlangt werden. Deshalb ist es sicherlich wichtig, dass wir im Hohen Hause ein weiteres Mal die Problematik der gewaltbereiten Fußballfans und den Umgang mit ihnen behandeln.

Ich möchte aber am Anfang zunächst ganz deutlich hervorheben, dass es dabei um Probleme geht, die von einer kleinen Minderheit von Personen verursacht werden, die durch ihr Verhalten Sportveranstaltungen pervertieren. Die vielen völlig problemlosen und friedlichen Sportveranstaltungen machen uns nämlich jedes Wochenende deutlich - Sie haben die Vielzahl der Sportveranstaltungen genannt -, dass man, auch wenn man ein engagierter und emotionaler Anhänger eines Fußballvereins ist, trotz aller Rivalität und aller Begeisterung ein friedliches Sport- und Fußballfest feiern kann. Nicht zuletzt das Champions-League-Finale am 19. Mai hat uns das eindrücklich vor Augen geführt.

Fairplay darf nicht eine bloße Worthülse sein, sondern muss im Sport sowie überall immer der Leitgedanke

sein. Wir haben - das muss man auch einmal deutlich herausstellen - in Bayern in den letzten Jahren durchaus große Anstrengungen unternommen, damit jeder, der Interesse daran hat, ohne Angst vor Krawallen mit seiner Familie ins Stadion gehen kann. Ich erinnere an die gemeinsame Vereinbarung mit dem Bayerischen Fußballverband aus dem Jahre 2007. Außerdem wurden die Einsatzkonzeptionen aufgrund der Spielklassenreform - Einführung der dritten Liga - mit Beginn der Saison 2008/2009 der neuen Ligastruktur angepasst. Ich nenne nur einige Stichworte: Bundesweit standardisierter Informationsaustausch bis zur Regionalliga Süd, verstärkte Überwachung der Reisewege, Intensivierung der Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Vereinen. Ganz wichtig ist dabei die Ausweitung des Einsatzes szenekundiger Beamter. Eine ganze Reihe zusätzlicher Polizistinnen und Polizisten wurde ausgebildet, sodass nunmehr 63 szenekundige Beamte in Bayern tätig sind.

Darüber hinaus sehen die polizeilichen Einsatzkonzepte folgende Punkte beispielhaft vor: Präventivpolizeiliche Maßnahmen, wie zum Beispiel Gefährderansprachen und andere Maßnahmen wie Abfahrtsüberwachungen oder Abfahrtsverhinderungen. Die Zufahrt und die Anreise zu den Stadien sind eben auch kritisch, nicht nur der Aufenthalt im Stadion selbst. Ich nenne weiter: Begleitung anreisender Fans, Übernahme von gewaltgeneigten Fußballfans und erkannten Hooligans durch die örtliche Polizei, enge Begleitung von den Bahnhöfen in der Innenstadt zu den Stadien, konsequente Speicherung in der Datei Gewalttäter Sport und konsequente Umsetzung von Stadionverboten bis in die Regionalliga. Im polizeilichen Bereich wurde also schon eine ganze Menge getan. Ich glaube, dass man an dieser Stelle ein großes Lob und einen herzlichen Dank an die Polizei für deren Arbeit aussprechen darf.

(Beifall bei der CSU - Thomas Mütze (GRÜNE): Das war jetzt nur Repression! Können Sie auch noch etwas anderes?)

- Ja, zum Beispiel den gesamten Bereich der Präventivarbeit. Wir sollten aber beides zusammen sehen. Diejenigen, die sich als Gewaltgeneigte durch nichts beeinflussen lassen, werden wir allein durch Prävention nicht in den Griff bekommen; hierfür benötigen wir Repression.

(Harald Güller (SPD): Das hat keiner von uns behauptet!)

- Es wurde aber gerade dort hinten angesprochen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir wollen keine Zwiesprache halten: Sie können sich wunderbar

melden, und dann können wir das offiziell abwickeln. Herr Kollege Dr. Herrmann, Sie haben das Wort.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Fanprojekte werden seit 15 Jahren unterstützt. Sicherlich kann man immer darüber sprechen, die Mittel zu erhöhen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Sportveranstaltungen nicht in erster Linie staatliche Veranstaltungen sind, sondern viele wirtschaftlich davon profitieren, die man einbinden könnte. Ich meine, gerade die DFL ist gefragt, ihren Anteil an der Kofinanzierung der Fanprojekte deutlich zu erhöhen. Das kann auch ein Signal sein, das heute von diesem Hohen Haus ausgeht.

(Harald Güller (SPD): Wenn wir uns einig sind, dass es "auch" ist, dann ja!)

Ich glaube, diese Maßnahmen sind Erfolgsrezepte, die es dazu haben kommen lassen, dass derartige Ausschreitungen, wie wir sie aus den Medien kennen, in Bayern bisher auf ein Mindestmaß beschränkt geblieben sind bzw. ganz unterbunden werden konnten. Die jüngsten Ausschreitungen bei den Relegationsspielen in Düsseldorf und Karlsruhe, eben nicht in Bayern, haben gezeigt, dass die Anstrengungen weiter verstärkt werden müssen.

Vor allem die Gewalt am Rande von Fußballspielen, auch in den Stadien, nimmt zu. Die Polizeikräfte werden sehr stark gefordert. Auch die Aggressivität gegenüber Polizeibeamten nimmt zu. Wir haben in Deutschland etwa 12.000 Personen, die man der Problemfanszene zurechnen kann; davon befinden sich ca. 1.100 in Bayern. Der harte Kern davon, nämlich die Hooligans, auch Kategorie C genannt, umfasst in Deutschland 3.000 Personen, davon 150 in Bayern.

Wir stellen außerdem fest, dass die sogenannten Ultragruppierungen zunehmend aggressiv und gewalttätig gegenüber den Ordnungsdiensten und der Polizei reagieren. Leider müssen wir auch feststellen, dass es weder den Vereinen noch der Polizei gelingt, mit diesen Gruppen in einen vernünftigen Dialog einzutreten. Deshalb müssen wir den Kreis der gewaltbereiten Täter mit besonderem Augenmerk betrachten, denn darunter leidet das Image des Sports und der Vereine insgesamt.

Mit Verboten allein werden wir aber nicht alle Probleme lösen können. Wir müssen in erster Linie zusammen mit den Fangruppen, den Vereinen, dem Deutschen Fußballbund und dem Ligaverband Präventionsarbeit leisten. Zum Schluss möchte ich aber deutlich machen, dass wir dort, wo die Prävention nicht weiterhilft, weitergehende Maßnahmen ergreifen müssen und dass auch der Staat konsequent durchgreifen muss. Wir müssen Haus- und Stadion-

verbote, die von den Vereinen ausgesprochen werden, konsequent gegenüber denjenigen durchsetzen, die diese Stadionverbote ignorieren oder gegen Strafgesetze verstoßen. Deshalb sollte der Sanktionskatalog überprüft werden. Auch lebenslange Stadionverbote sollen kein Tabu sein.

(Tobias Thalhammer (FDP): Dann gibt es aber ordentlich Prozesse!)

Nachdenken könnte man auch darüber, bei Risikospiele in allen Ligen einen Sicherheitszuschlag auf die Tickets zu erheben, um diese Mittel dann zielgerichtet für Fanprojekte oder für den Einsatz von Ordnern zu verwenden. Ebenso sollten - das hat sich bei der WM bewährt - für bestimmte Spiele personalisierte Tickets ausgegeben werden. Derzeit gibt es pro Saison 15 bis 20 Risikospiele, bei denen es so gehandhabt werden könnte. Mit der damit verbundenen Identitätskontrolle könnten Gewalttäter und Randalierer von den Stadien ferngehalten werden.

Einig sind wir uns auch darüber, dass Bengalos in Stadien genauso wie in anderen Menschenmengen nichts verloren haben. Meines Erachtens sollte der Gesetzgeber dagegen noch deutlicher vorgehen und das Abbrennen von Bengalos als Gefährdungsdelikt unter Strafe stellen und nicht nur als Ordnungswidrigkeit behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Präventiv tätig zu werden bedeutet letztlich auch, dass man Problemfans mit Meldeauflagen gar nicht erst zum Stadion anreisen lässt. Wenn sich jemand in Berlin am Samstagnachmittag um 15.30 Uhr bei seiner Polizeiinspektion melden muss, kann er nicht in München oder irgendwo in Bayern Randalie machen. Das halte ich für einen sehr sinnvollen Weg.

Zuletzt möchte ich auf die Stehplatzverbote zu sprechen kommen. Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause darüber einig, dass solche Verbote kein Mittel sind, das man einfach aus dem Ärmel schüttelt. Ein Stehplatzverbot wäre eine sehr einschneidende Sanktion, die vor allem auch friedliche Fans und kleinere Vereine, die in ihren Stadien noch eine große Zahl von Stehplätzen haben, treffen würde. Aus diesem Grund wäre ein Stehplatzverbot allenfalls eine Ultima Ratio, die nur dann greifen dürfte, wenn es auf andere Weise nicht gelingt, die Problematik einzudämmen. Ich glaube aber, dass die anderen angesprochenen Maßnahmen durchaus geeignet sind, dieses Ziel zu erreichen. Deshalb brauchen wir nicht weiter über Stehplatzverbote zu diskutieren. Man soll keine Möglichkeit tabuisieren, denn es kann durchaus eine Situation eintreten, in der wir bestimmte Sanktionen brau-

chen. Auf der aktuellen Agenda stehen Stehplatzverbote sicherlich nicht.

Wir sollten mit allen Möglichkeiten, die wir haben, zusammen mit den Verbänden, aber auch mit der Polizei, die jede Woche mit den Problemen befasst ist, dafür sorgen, dass Sportveranstaltungen friedliche und fröhliche Feste bleiben, und das sollten wir uns von unbelehrbaren Fans nicht nehmen lassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich Mitte der 1980er Jahre als junger Jurastudent öffentliches Recht gehört habe, hat unser Professor einen Fall gebildet, der sich um das Mitbringen von Messern in ein Fußballstadion rankte. Dabei entspannt sich eine lebhafte Diskussion darüber, ob es verhältnismäßig sei, dem Stadionbesucher am Eingang ein Messer abzunehmen. Am gleichen Tag fand am Abend ein Endspiel um den Europacup der Landesmeister - so hieß dieser Wettbewerb damals noch - im Brüsseler Heyselstadion statt, und dabei gab es Tote. Dieses Spiel hat beim Fußball zu revolutionären Veränderungen geführt. Die englischen Vereine wurden über Jahre vom Europacup ausgeschlossen. Ein neues Bewusstsein dafür, wie man Gewalt konsequent bekämpft, ist gewachsen.

Heute sieht es anders aus. Ich zitiere die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. November letzten Jahres:

17,5 Million Stadionbesucher jährlich - 900 Zuschauer wurden verletzt, 6.000 Strafverfahren wurden eingeleitet. Der Besuch des Oktoberfestes ist gefährlicher als ein Besuch eines Spiels in der Fußballbundesliga.

Das muss man auch einmal deutlich machen. Ich möchte an dieser Stelle der bayerischen Polizei, den Ordnungsdiensten, aber auch den Verantwortlichen in den Vereinen herzlich dafür danken, dass wir das Problem der Gewalt in den Stadien im Vergleich zu den 1980er Jahren deutlich entschärft haben.

Gleichwohl müssen wir, wenn wir uns das Relegationsspiel zwischen Fortuna Düsseldorf und Hertha BSC Berlin vor Augen halten, feststellen, dass wir auch nicht auf einer Insel der Glückseligen leben. Auch heute haben wir noch Arbeit vor uns. Ich sehe zwei wesentliche Probleme. Das eine sind teilweise gewaltbereite Ultras, das andere ist die Pyrotechnik.

Dabei stellt sich auch die Frage, ob wir den Fokus darauf richten sollten, Stehplätze in den Stadien zu verbieten und abzuschaffen. Ich glaube nicht, dass in der Düsseldorfer Arena das Stürmen des Spielfeldes hätte verhindert werden können, wenn es nur Sitzplätze gegeben hätte. Deshalb ist das Thema der Aktuellen Stunde von den Kollegen der SPD richtig gewählt worden, zumal wir momentan mit der Europameisterschaft in der Ukraine und in Polen ein Fußballgroßeignis haben.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ohne Zäune!)

Wir FREIE WÄHLER lehnen zum jetzigen Zeitpunkt ein Stehplatzverbot ab. Wir möchten uns dabei aber nicht auf alle Zukunft festlegen, denn wir wissen nicht, wie sich die Szene entwickelt. Wir haben andere Aufgaben. Es gibt wichtigere Felder, die zwar nicht wir, sondern die Vereine zu beackern haben; aber wir haben sie dabei zu unterstützen.

Erstens sind die Vereine für effektive Kontrollen in den Stadien zuständig. Die Einlasskontrollen müssen konsequent durchgeführt werden. Ein Fan hat keine pyrotechnischen Gegenstände dabeizuhaben. Was will er damit in einem Fußballstadion?

(Tobias Thalhammer (FDP): Stimmung machen!)

- Stimmung machen, Herr Kollege Thalhammer? Diese Art der Stimmung wollen wir jedenfalls nicht haben.

Zweitens setzen wir auf die Vorbildfunktion der Sportler. Sie können und müssen entscheidend auf Fangruppen einwirken.

Drittens brauchen wir Fanprojekte. Dabei bin ich ausdrücklich beim Kollegen Güller. Daran hat sich auch der Staat zu beteiligen, denn Gewalt ist kein Spezifikum des Fußballs. Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zuletzt muss ich auch sagen, dass wir konsequent darauf drängen müssen, Stadionverbote gegenüber Unbelehrbaren durchzusetzen. Es gibt Stadionordnungen und Vereinbarungen innerhalb des Deutschen Fußballbundes. Wenn es wirklich nichts hilft, müssen Vereine mit Fans, die negativ auffallen, konsequent mit Strafen belegt werden. Zwar mag es ungerecht erscheinen, wenn einem Verein Punkte abgezogen werden oder wenn einem Verein wie zum Beispiel Dynamo Dresden der Ausschluss aus einem Pokalwettbewerb droht. Dies aber ist der effektivste Weg, um für Vernunft zu sorgen. Der Ausschluss der

englischen Vereine von den Europacup-Wettbewerben hat es gezeigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat nun Frau Kollegin Simone Tolle von den GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Simone Tolle (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für mich lautet die Leitfrage der Aktuellen Stunde heute: Wie können wir Gewalt in Fußballstadien verhindern? Nach dem Spiel Düsseldorf gegen Hertha und nach einer Bilanz der Vorfälle in den vergangenen Monaten ist für mich eines wichtig, nämlich der Dialog mit allen Beteiligten. Was wir nicht brauchen, sind populistische Drohungen von Bundesinnenminister Friedrich, wie die Drohung eines Stehplatzverbots oder die Drohung mit Fußfesseln. Auf solche populistischen Drohungen möchte ich mit der Aussage eines Fansprechers antworten: Wer die Stehplätze abschaffen und die Menschen glauben machen wolle, Gewalt sei dann kein Thema mehr, "möchte sich lediglich mit dem Thema Fußball und Gewalt profilieren." An echten Lösungen seien diese Kreise nicht interessiert.

Dieser Meinung schließe ich mich voll und ganz an.

(Beifall bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es gibt jemanden, der mit mir darin einig ist, nämlich Innenminister Herrmann - das ist sehr ungewöhnlich. Er hielt in einem Zeitungsinterview die Forderung des Bundesinnenministers für völlig überzogen. Richtig so, Herr Innenminister! Nach Düsseldorf können wir aber nicht so tun, als sei nichts geschehen. Ich darf für meine Fraktion sagen: Das gewalttätige Auftreten der Fans in Düsseldorf hat uns erschreckt und empört. Das darf nicht passieren; das akzeptieren wir nicht, und das muss gerichtliche und sportgerichtliche Folgen haben. Ich spreche mich für einen konsequenten Vollzug geltender Gesetze aus. Repression alleine, sehr geehrte Damen und Herren, ist aber kein Allheilmittel. Meine Fraktion hat sich sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt, unter anderem im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Ultras hier im Bayerischen Landtag. Ja, die Ultras waren hier, und sie haben sich gut benommen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Einer war da!)

Der eine oder andere hatte da vielleicht gewisse Befürchtungen, aber wenn man den Menschen freundlich begegnet, kommt etwas zurück. Geladen waren auch der Bayerische Fußballverband und Uli Hoeneß.

Wir haben uns auch sehr intensiv mit dem Thema Rassismus im Fußball beschäftigt, wozu auch wieder einmal eine Debatte angebracht wäre.

Ich sehe mich darin einig mit einem Einsatzleiter in Köln. Er heißt Volker Lange und sieht kein Sicherheitsproblem mit der überwiegenden Mehrheit, sondern nur mit Gewalttätern, die sich als Fußballfans tarnen. Ich appelliere an die wahren Fans, Gewalttätern keine Rückendeckung zu geben. Wenn sich in den Reihen der Stehplätze Gewalt oder Rassismus breitmacht, müssen die Fans sofort die Rote Karte zeigen. Wir brauchen dazu aber mehr Fanprojekte, die einen maßgeblichen Beitrag zur Gewaltprävention leisten. Herr Kollege Güller, vielleicht müssen wir wirklich einmal neu über die Finanzierung reden. Vielleicht ist es möglich, darüber einmal zu reden. Im Moment haben wir eine Drittfinanzierung. Es gibt Stimmen, die fordern, dass ein Prozent der Erträge aus den Fernsehrechten in die Fanprojekte gehen soll. Dann könnten Kommunen und der Freistaat vielleicht nicht mehr in einem angemessenen Anteil kofinanzieren. Deshalb spreche ich mich dafür aus, darüber neu zu beraten.

Ich bin mir mit all meinen Kollegen darin einig, dass wir nicht nur die erste und die zweite Liga in den Fokus nehmen dürfen, sondern uns auch mit allem befassen müssen, was darunter ist. Wir müssen da auch unter die dritte Liga gehen. Ich begrüße den Gipfel, den der Innenminister vorgeschlagen hat, der aber ausgedehnt werden müsste und nicht auf die erste und zweite Liga beschränkt bleiben darf; da schließe ich mich dem Kollegen Güller an. Der Gipfel muss natürlich auch die Fanprojekte einbeziehen. Ich wünsche mir, dass dieser Gipfel nicht nur über Repression, sondern auch über den Dialog spricht.

Die Bedeutung der Fanprojekte sollte einmal im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport, losgelöst von der Innenpolitik, diskutiert werden. Wir haben dazu bereits in der letzten Woche Anträge verabschiedet. Ich wünsche mir dazu eine lebhaftige Debatte. Es sollte nicht bei einer Aktuellen Stunde bleiben, sondern der Dialog muss im Bayerischen Landtag fortgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächste hat Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP das Wort.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! "Stehplatzgarantie in Fußballstadien - bezahlbare Karten und tolle Stimmung erhalten - Gewalt verhindern!" - das ist das Thema dieser Aktuellen

Stunde. Ich beginne mit der letzten Forderung, Gewalt zu verhindern.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das wollen wir alle. Die Deutsche Polizeigewerkschaft beziffert die Zahl der gewaltbereiten Fans in der ersten und zweiten Liga mit 2.445. Gewalt wird jedoch weder durch Sitz- noch Stehplätze verhindert, im Gegenteil. Im Extremfall konnten Sitzplätze angezündet oder abmontiert und als Wurfgeschosse verwendet werden. Weshalb ausgerechnet Sitzplätze Gewalt verhindern sollen, muss mir noch jemand erklären. Der Veranstalter ist für die Sicherheit im Stadion verantwortlich und somit auch für die Sitzordnung. Der Veranstalter hat bei echten Ausschreitungen im Zweifelsfall die Pflicht, Spiele abzubrechen. Damit steigt der Druck der wahren Fans auf die gewaltbereiten Randalierer.

An der Sicherheit dürfen die Vereine natürlich nicht sparen. Ordner müssen in ausreichender Zahl bereitstehen; Pyrotechnik, zum Beispiel Bengalisches Feuer und Ähnliches, gehört selbstverständlich in kein Stadion. Die Vereine müssen die Zuschauer konsequent durchsuchen. Die Vereine müssen den Schutz aller Fans im Auge haben. Wenn eine Person nachweislich randaliert hat und das in einem Prozess nachgewiesen wurde - und nur dann -, sind Stadionverbote im Zweifelsfall konsequent durchzusetzen. All diese scharfen Mittel greifen nur - da gebe ich Ihnen recht, Herr Güller - in Verbindung mit präventiven Ansätzen wie Fanprojekten. Der Freistaat Bayern unterstützt unter anderem das Fanprojekt München. Es ist auch wichtig, dass die Vereine die notwendigen Räume zur Verfügung stellen; daran hapert es zum Teil noch. Auf mich ist eine Stiftung zugekommen mit dem Angebot, ein Fanprojekt zu finanzieren. Ich habe das an einen Verein herangetragen - ohne jegliche Resonanz. Die Vereine sind gefordert, Fanprojekte stärker zu unterstützen. Dann unterstütze ich auch das Anliegen, hier die finanziellen Mittel dafür bereitzustellen.

Fanprojekte sind konstruktive Vorschläge, um die Fans zu schützen und um friedlichen Fußball zu garantieren. Das Thema "Gewalt im Stadion" nehmen wir ernst. Liebe SPD, die ersten drei Forderungen, die Sie in dieser Aktuellen Stunde vorgetragen haben, kann ich beim besten Willen nicht wirklich ernst nehmen. Eine Stehplatzgarantie ist genauso wenig umsetzbar wie ein Stehplatzverbot. Bei großen Spielen stellt die UEFA jetzt schon nur Sitzplätze bereit. Wollen Sie dagegen staatlich intervenieren? Sollen wir im Hause eine entsprechende Initiative starten? - Das kann nicht unser Anliegen sein. Wenn der Staat eine Sitz- oder Stehordnung vorschreiben würde, wäre das

ein Eingriff in das Hausrecht des Veranstalters. Von mir aus sollen die Fans im Kopfstand oder auf Hängematten Fußball schauen. Es obliegt den Veranstaltern, für Bequemlichkeit und Sicherheit zu sorgen, aber das darf nicht gesetzlich verordnet werden.

(Harald Güller (SPD): Also bisher hatte die Debatte Niveau!)

Schauen Sie sich den Titel Ihrer Aktuellen Stunde doch einmal an: Sie sprechen von einer Stehplatzgarantie. In Ihrer Rede haben Sie etwas anderes gesagt, aber das Thema, das Sie für die Aktuelle Stunde angemeldet haben, lautet: "Stehplatzgarantie in Fußballstadien".

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das ist schon etwas absurd. Das Gleiche ist das mit den bezahlbaren Karten. Sie tragen diese Forderung an dieses Hohe Haus heran. Sollen wir jetzt die Karten bezahlen? - Natürlich wollen wir alle bezahlbare Karten, das möchte doch jeder. Der FC Bayern hat sogar ein Sonderprogramm für Jugendliche und junge Erwachsene aufgelegt, bei dem Stehplatzkarten 15 € kosten. Das finde ich absolut Klasse.

(Tobias Thalhammer (FDP): Ich auch!)

Ich verstehe Ihr Anliegen nicht. Will die SPD den Vereinen die Preise diktieren? Wollen Sie am Ende, dass der Staat die Tickets subventioniert? - Das wäre Planwirtschaft pur!

(Inge Aures (SPD): Das verstehen Sie nicht!)

- Was soll dann die Forderung nach bezahlbaren Tickets? Noch "besser" ist aber die Forderung: "tolle Stimmung erhalten". Super, werden jetzt die La-Ola-Wellen gezählt, oder wie soll das gehen? Ich denke, das Thema "Gewalt verhindern" hätte ausgereicht. Der Rest des Themas Ihrer Aktuellen Stunde ist ein ziemliches Geschwurbel, das muss ich ehrlich sagen!

(Beifall bei der FDP)

Ich wünsche allen Fußballbegeisterten bei der Europameisterschaft, dass sie ihre Emotionen nicht in Gewalt, sondern in großem Jubel ausleben, aber nicht verordnet von der SPD, sondern von Herzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Berthold Rütth von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Berthold Rütth (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Europameisterschaft zeigt wieder, dass es Gewalt rund um den Fußball gibt. Diese Gewalt findet aber nicht im Stadion, sondern außerhalb des Stadions statt. Auch Sitzplätze können die Gewalt außerhalb des Stadions nicht verhindern. Ein Blick in die Saison 2011/2012 der Bundesliga zeigt, dass es insgesamt 846 Verletzte gab. Wir zählten aber auch 17,5 Millionen Besucher in der ersten und in der zweiten Liga. Das zeigt, Fußball ist attraktiv, Fußball ist ein Erfolgsmodell, und zwar sportlich und wirtschaftlich. Es werden Milliardenumsätze getätigt. Ich glaube, in Bayern gehen die Menschen auch gerne ins Stadion. Wenn ich mit meiner Familie mal in ein bayerisches Stadion gehe, habe ich nie Angst, ich fühle mich von der Polizei und den Ordnungskräften immer gut geschützt. An dieser Stelle will ich deshalb auch einen Dank an die Polizei sagen, insbesondere auch an unsere 63 szenekundigen Beamten, die im Vorfeld wichtige Arbeit leisten.

Meine Damen und Herren, es ist trotzdem schwieriger geworden, mit der Gewalt umzugehen, denn die Ultra-Gewaltkultur hat sich in die Stadien oder vor die Stadien verlagert. Wir müssen deshalb aufpassen, dass nicht noch mehr passiert. Ich bin aber auch der Meinung, wir müssen differenzieren. Wir brauchen nicht nur law and order, wir müssen auch die richtigen Antworten geben. Wir müssen uns mit der Fankultur auseinandersetzen, denn die meisten Fanclubs haben demokratische Strukturen. Wir müssen die integrative Kraft des Fußballs in diesen Strukturen nutzen.

(Beifall der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Ich möchte an die 90er Jahre erinnern: Damals hatten wir große Erfolge bei den Fanprojekten. Ich kann nur ermuntern, diesen Dialog fortzusetzen, einen Dialog aller Beteiligten. Deshalb ist es gut und richtig, wenn sich auch der Freistaat Bayern an Fanprojekten in München, Nürnberg und Augsburg beteiligt. Ich gehe davon aus: Nachdem wir jetzt vier Bundesligisten haben, wird auch noch etwas draufgesetzt.

Meine Damen und Herren, mein Fazit ist ganz einfach: Gewalt wird nicht von den Sitzplätzen, sondern von den gewaltbereiten Fans gefördert, egal ob sie innerhalb oder außerhalb des Stadions sind. Diese Gewalt muss mit allem Einsatz gestoppt werden.

Meine Damen und Herren, am Ende spielt immer das Geld die große Rolle. Vor einiger Zeit konnten wir vernennen, dass die Bundesliga-Vereine neue TV-Verträge unterschrieben haben; dabei geht es um viele Millionen Euro Umsatz. Ich denke, ein Teil dieses Geldes müsste für die Sicherheit verwendet werden. Die

Vereine sollten von diesem Geld nicht nur neue Stars kaufen, sondern auch in die Sicherheit investieren. Die Fans haben es in der Hand, wie sie sich in Zukunft aufführen. Ich kann die Fans nur auffordern, ihre Gewaltbereitschaft zurückzufahren, denn wir alle wollen freudige Fußballereignisse sehen. Das geht aber nur, wenn Ruhe und Ordnung herrschen.

(Georg Schmid (CSU): Sehr gut! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Harald Schneider von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Schneider (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind neue Ideen, gute Ideen und viel Fantasie gefragt, wenn es darum geht, Gewalt in Fußballstadien zu verhindern. Insofern war es fast eine neue Idee, die Stehplätze in den Stadien abzuschaffen. Ich sage "fast", denn bei den UEFA-Cup-Spielen und den europäischen Wettbewerben ist es fast schon Standard, dass es kaum noch Stehplätze gibt. Die Idee war aber nicht gut. Seit wann hat Gewalt etwas damit zu tun, ob jemand im Stadion sitzt oder steht? - In Italien, wo es fast nur noch Sitzplätze in den Stadien gibt, ist das Thema Gewalt weitaus größer als bei uns.

(Simone Tolle (GRÜNE): In Großbritannien auch!)

- Richtig, in Großbritannien auch, Frau Kollegin Tolle. Insofern begrüße ich auch die Haltung von Innenminister Herrmann, der nichts von dieser Idee hält. Mit der Abschaffung der Stehplätze in den Stadien würden nur anständige Fans bestraft.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist auch die Meinung der Fanbeauftragten fast aller Bundesligaclubs und der szenekundigen Beamten hier in Bayern. Ich habe mit einigen von ihnen gesprochen. Wir begrüßen die Initiative der Innenminister der Länder, dem Deutschen Fußballbund und der Deutschen Fußball Liga massiv die Daumenschrauben anzusetzen, um die Gewaltspirale im Fußballgeschehen zu durchbrechen. Es kann nicht sein, dass der Steuerzahler immer mehr Geld für immer mehr Polizeieinsätze bei Fußballkrawallen bezahlen muss, während die Vereine allein durch die Fußballübertragungsrechte mehr als 600 Millionen Euro einnehmen. Die müssten dann noch in der Lage sein, Kolleginnen und Kollegen, ordentliches Geld für die Präventionsarbeit auszugeben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD))

Insofern deckt sich diese Auffassung mit den Aussagen des Herrn Kollegen Rüth. Ich verahre mich aber ausdrücklich gegen einen Sicherheitszuschlag, wie ihn Herr Kollege Dr. Herrmann angesprochen hat. Einen Sicherheitszuschlag brauchen wir nicht angesichts der Mehreinnahmen, die die Vereine haben. Die haben sehr wohl genügend Geld, dafür zu sorgen, dass sie ihr Hausrecht - sie haben nämlich das Hausrecht - in den Stadien ordentlich ausüben, indem sie Sicherheitsdienste beschäftigen. Wir wollen nicht, dass die Vereine für Polizeieinsätze zahlen, um hier keinen falschen Zungenschlag hineinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssten dafür sorgen, dass die Stadien sicher sind und die Fans ihr Fußballspiel ungestört genießen können. Die Spirale der Gewalt dreht sich aber weiter nach oben, und der DFB und die Deutsche Fußball Liga müssen mehr dazu beitragen als bunte Bildchen. Ich glaube, jeder Abgeordnete hat den Prospekt des DFB bekommen. Wir brauchen aber mehr als symbolische Handlungen, die nicht viel bewegen. Bunte Anzeigenkampagnen, wie sie im April von Ihnen, Herr Innenminister, in Nürnberg vorgestellt worden sind, helfen uns letzten Endes nicht weiter. Der Appell wurde heute schon öfter an Sie gerichtet, Herr Innenminister: Suchen Sie den Dialog mit den Fanbeauftragten, mit den szenekundigen Beamten.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Wir sind schon dabei!)

Das wäre der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD erwartet von der Staatsregierung konsequentes Handeln in Sachen Gewalt in Fußballstadien. Die Vereinbarung zwischen DFB und Innenministerium ist seit mehr als fünf Jahren unterzeichnet, Sie haben das angesprochen, Herr Kollege Dr. Herrmann. Diese Vereinbarung muss aber mit Leben erfüllt werden. Dort ist unter anderem zu lesen, dass auch in der Bayernliga Fanprojekte geschaffen werden sollen.

(Simone Tolle (GRÜNE): Ganz genau!)

Wo aber gibt es diese Fanprojekte in der Bayernliga, frage ich. Seit 15 Jahren fördert die Staatsregierung Fanprojekte. Diese Förderung, das wurde schon mehrmals betont, müsste weiter angehoben werden. Seit 1990 gibt es in der bayerischen Polizei die Einrichtung der szenekundigen Beamten. Kollege Dr. Herrmann hat das angesprochen. Es gibt in diesem Bereich 63 Beamte. Das ist sinnvoll und richtig. Sie leisten gerade im Vorfeld von Bundesliga-Spielen eine wertvolle Arbeit. Sie versuchen, das Aufeinan-

dertreffen gewaltbereiter Fans zu verhindern und haben die 1.100 Problemfans in Bayern fest im Blick. Diese Einrichtung muss unseres Erachtens weiterentwickelt werden.

Darüber hinaus bietet sich eine ganze Reihe von Möglichkeiten an, um Gewalt zu verhindern. Ich nenne hier einige Möglichkeiten: die Entzerrung der Spielpläne durch Rücksichtnahme auf feststehende polizeiliche und gesellschaftliche Termine, zum Beispiel den 1. Mai. Nachdem wir da immer Krawalle in Berlin haben, muss es da keine Bundesliga-Spiele geben. Es gäbe Alkohol- und Flaschenverbote, nicht nur in den Stadien, sondern auch bei den Anreisen in den Zügen und Bussen. Die Zuverlässigkeit der Ordnungsdienste müsste überprüft werden, ebenso die vermehrte Einsetzung von Sonderzügen zur Vermeidung von Belästigungen anderer Fahrgäste.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Schneider!

Harald Schneider (SPD): Vor allen Dingen - der letzte Satz - muss auch Schluss sein mit dem Missbrauch der Bereitschaftspolizei als Personalreserve für den polizeilichen Einsatzdienst.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Danke schön, Herr Kollege, jetzt sind wir, glaube ich, fertig. Sie haben über eine Minute überzogen.

Harald Schneider (SPD): Wir setzen als SPD-Fraktion auf Prävention.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der richtige Weg. Unser Ziel muss es sein - -

(Das Mikrofon wird abgeschaltet.)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Schneider, nehmen Sie Rücksicht auf die anderen.

(Unruhe)

Als nächster Redner hat nun der Kollege Manfred Ländner von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion darüber, Stehplätze abzuschaffen, ist natürlich schon etwas kurz gesprungen, und darum haben sich jetzt auch die Diskussion über Gewalt in Fußballstadien und eine Diskussion über das Phänomen Gewalt in unserer Gesellschaft allgemein entwickelt.

Wenn Sie, Kollege Schneider, zu Recht auf Bekämpfung von Gewalt hinweisen, dann darf ich, denke ich, sagen - der Innenminister wird es sicherlich noch ergänzen -: Wenn jemand konsequent gegen Gewalt vorgeht, dann ist es die Bayerische Staatsregierung.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wir werden für dieses Vorgehen häufig von der Opposition kritisiert. Wenn man aber ein Thema aufgreift, insbesondere das Thema Gewalt in den Stadien, dann darf man sich natürlich nicht von vornherein Denkverbote auferlegen; man muss breit überlegen, was zu tun ist.

Ich wiederhole mich: Die Aussage, Stehplätze abzuschaffen, ist etwas kurz gesprungen - um in der Szene-Sprache zu bleiben, sage ich es einmal so: Stehplätze abschaffen, um Gewalt zu verhindern, ist sicherlich "gaga".

Aber auf der anderen Seite Gewalt dadurch zu bekämpfen, dass man mehr Geld einsetzt - dieser Reflex kommt oftmals auch von Ihrer Seite -, auch das ist zu kurz gesprungen.

(Harald Güller (SPD): Von den Vereinen!)

Mehr Geld wird nicht automatisch weniger Gewalt generieren.

Es ist insgesamt zu überlegen - wir sind da in der Gesellschaft bei einem breiten Konsens auf einem recht guten Weg -, wie gegen Gewalt vorzugehen ist.

Herr Pohl hat gerade von seiner Studentenzeit gesprochen. Ich war zu dieser Zeit, Anfang der Achtzigerjahre, selbst bei Fußball-Einsätzen im Nürnberger Stadion zugange. Seitdem hat sich in unseren Stadien sehr viel verändert - von der baulichen Seite her, von der Verantwortungsübernahme durch Vereine, von den Ordnern. Diese und viele andere Dinge sind in den letzten Jahren entstanden, und wir sprechen mit Recht davon, dass in den letzten Jahren positive Entwicklungen stattgefunden haben. Aber - das betone ich ausdrücklich - sie müssen fortgesetzt werden.

Man sollte natürlich, wenn man zu den Stehplätzen spricht, wenn man sich die Vereine ansieht, durchaus auch sagen: Lieber Verein XY, wenn es bei dir nicht besser wird,

(Harald Güller (SPD): So ist es!)

dann werden wir keine Stehränge schließen. Man kann dann nicht einfach mal ein paar Sitze drauflegen, auf die man sich trotzdem stellen kann, sondern schließt einfach einmal die Stehränge für ein oder

zwei Spiele. Auch das muss vielleicht überlegt werden, sich punktuell hier mit den Vereinen zu unterhalten.

Die heutige Diskussion hat die Wertigkeit des Themas verdeutlicht. Für die Gesellschaft ist wichtig - Herr Güller, Sie haben es dankenswerterweise auch angesprochen: Wir haben weitaus größere Probleme als die Stehplätze in Stadien -, dass wir uns als Landtag insgesamt einmütig dazu bekennen, dass wir die Zuschauer in den Stadien gegen Gewalt in der Gesellschaft, gegen Gewalt in Fußballstadien sind, aber natürlich auch den Sport schützen wollen, dass wir insgesamt hinter dem Sport in unserer Gesellschaft stehen, aber auch hinter der Fankultur.

Wir erleben es in diesen Tagen bei der Fußball-Europameisterschaft wieder: Wir haben eine wunderbare Fankultur. Über Überzieher an Seitenspiegeln der Autos kann man streiten, aber die Begeisterung allgemein ist schön für unsere Gesellschaft und ist auch richtig und wichtig für unser Land.

Wenn die heutige Diskussion dahin führt, dass wir uns als demokratische Parteien in diesem Haus einig sind, dass wir weiterhin zum Sport stehen, aber intensiv, massiv, punktuell und durchaus auch unterschiedlich, wo gerade Bedarf besteht, gegen Gewalt vorgehen wollen, dann ist das richtig und wichtig.

Freuen wir uns daher, dass der Sport in unserer Gesellschaft so einen großen Stellenwert hat. Freuen wir uns auf weitere großartige Sportereignisse weltweit und natürlich auch hier bei uns in Deutschland. Danken wir unseren Sicherheitskräften, die bereitstehen. Und, Kollege Schneider, wenn man Einsatzhundertschaften in der Bereitschaftspolizei hat, dann sind die natürlich auch da, um Einsätze durchzuführen. Freuen wir uns, danken wir diesen Einsatzkräften und stehen insgesamt als Demokraten gegen Gewalt, für unseren Sport und natürlich auch für die Freude, die mit diesem Sport verbunden ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Danke schön, Herr Kollege Ländner. Als Letzter hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die jüngsten Ausschreitungen bei den Relegationsspielen in Düsseldorf und Karlsruhe haben das Thema Fußball und Gewalt erneut in den Blickpunkt öffentlicher Diskussion gerückt. Die Thematik wurde daraufhin auch im Rahmen unserer letzten Innenministerkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern am

1. Juni intensiv diskutiert. Nächste Woche werde ich mit den sieben bayerischen Vereinen der ersten und der zweiten Bundesliga, mit den Vertretern der betroffenen Städte und dem Bayerischen Fußballverband das Thema Sicherheit in den Stadien besprechen.

Wir haben in der neuen Saison die besonders positive Situation, vier bayerische Vereine in der ersten Bundesliga, dazu dann noch drei bayerische Vereine in der zweiten Bundesliga zu haben. Wir werden allein schon dadurch in der ersten Bundesliga natürlich deutlich mehr innerbayerische Derbys haben und insgesamt auch mehr Spiele, die insofern auch von der bayerischen Polizei betreut werden müssen.

Mein Anliegen ist es, vor Beginn der kommenden Bundesligasaison die Gelegenheit zu nutzen, für mehr Sicherheit und gegen Gewalt in unseren Fußballstadien zu werben und dabei insbesondere die Vereine noch stärker in die Pflicht zu nehmen, aber das in einem partnerschaftlichen Sinn.

Ich denke, es ist unser aller Interesse auch sowohl der Vereine und Verbände wie auch der Sicherheitsbehörden und der Polizei, dass es weder vor noch während noch nach den Spielen zu Randalen oder Ausschreitungen kommt. Bilder, wie wir sie von Düsseldorf und Karlsruhe geliefert bekamen, schaden dem Ansehen des Fußballs, und ich denke, wir wollen alle gemeinsam alles dafür tun, dass uns solche Bilder in Bayern erspart bleiben.

(Harald Güller (SPD): Werden Sie zu den Gesprächen zumindest teilweise die Fan-Szene und -Projekte mit einladen?)

- Ich sage dazu gleich noch etwas, Herr Kollege Güller.

Lassen Sie mich zu der Entwicklung in der nun zurückliegenden Saison ein paar Zahlen nennen. Wir hatten insgesamt in der ersten, zweiten und dritten Liga, im DFB-Pokal dieser Vereine sowie der UEFA-Wettbewerbe auf diesem Niveau im vergangenen Jahr in Bayern 181 Spiele. Dabei kam es zu 832 Strafanzeigen. Es wurden bei immerhin 132 dieser 181 Spiele Störungen festgestellt. Dabei wurden 64 Polizeibeamte verletzt, und bei 25 dieser 181 Begegnungen wurden auch rechtsmotivierte Straftaten beobachtet bzw. bekannt.

Insgesamt macht mir durchaus Sorge, dass es eine zunehmende Aggressivität auch gegenüber Polizeibeamten gibt. Wir rechnen bundesweit rund 12.000 Personen der Problemfanszene zu. Davon wohnen etwa 1.100 in Bayern. Der harte Kern, im polizeilichen Sprachgebrauch die sogenannten Hooligans, die Personen, die der Kategorie C zugerechnet werden, um-

fasst bundesweit etwa 3.000 Personen, davon 150 in Bayern.

Diese Zahlen machen zweierlei deutlich, liebe Kolleginnen und Kollegen: Im Hinblick auf die insgesamt Hunderttausende, man kann sagen Millionen von Besuchern von Fußballspielen in Deutschland, ist das eine verschwindend kleine Minderheit, und wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als ob jeder Fußballspielbesucher potenziell ein Gewalttäter sei. Davon sind wir Gott sei Dank weit entfernt.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Otto Bertermann (FDP))

Aber auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch sehen: Es sind leider mehr gewaltbereite Menschen, als uns bei unseren Fußballspielen gut tut, und die wenigen, die Krawall machen, sind leider in der Lage, ein insgesamt schlechtes Bild zu verbreiten. Wir erleben das aktuell bei den Bildern von der Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine. Es können ganz wenige sein, die ganz plötzlich Feuerwerkskörper mitten auf der Tribüne entzünden, aber sie entfachen ein unschönes Bild und bringen vor allem andere Besucher in Gefahr; denn wenn jemand plötzlich in der Situation ist, dass neben ihm ein Feuerwerkskörper brennt - wir haben in anderen Situationen, auch in deutschen Stadien, schon erlebt, dass Körperverletzungen auch bei völlig unbeteiligten Besuchern entstehen können -, dann ist das ein Problem, das wir ernst nehmen müssen.

Deshalb arbeiten wir schon seit Jahren daran, gerade diesen aggressiven und gewalttätigen Besuchern möglichst konsequent zu begegnen. Ich möchte mich an dieser Stelle vor allem bei den szenekundigen Beamten in Bayern herzlich für ihren engagierten Einsatz bedanken, ebenso natürlich bei allen anderen Tausenden Polizeibeamten, die in der letzten Saison wieder im Einsatz waren. Aber die szenekundigen Beamten tragen ganz wesentlich dazu bei, dass wir Probleme frühzeitig erkennen und sie dadurch bereits im Keim ersticken können, sodass viele Dinge schon präventiv aus dem Weg geräumt werden und es nicht zu Eskalationen im Stadion kommt.

Grundlage für eine vernünftige und vor allem auch präventive Arbeit ist für uns der mit dem DFB und der DFL erarbeitete Zehn-Punkte-Plan für mehr Sicherheit im Fußball. Erklärtes Ziel ist es insbesondere, den offenen Dialog zwischen DFB, DFL, der Polizei, den Verantwortlichen in der Politik und nicht zuletzt den Faninitiativen zu fördern und weiter auszubauen. Natürlich beziehen wir die Faninitiativen insgesamt in unsere Sicherheitsarbeit ein. Darum will ich die Plakattaktionen nicht überbewerten, lieber Herr Kollege

Schneider. Es ist eine Aktion, ein Teilbereich dessen, was auf Bundesebene von DFB und DFL vereinbart worden ist. Alle Vereine der ersten und zweiten Liga beteiligen sich daran, und es ist ein Signal in diese Richtung, wie ich auch Ihren Zwischenruf verstanden habe, Herr Kollege Güller. Auf jedem dieser Plakate, an denen sich alle Vereine bundesweit beteiligen, sind immer ein prominenter Spieler, ein Polizeibeamter oder eine Polizeibeamtin sowie ein Vertreter der Fanclubs, und das soll vermitteln, dass wir zusammen für die Sicherheit arbeiten. Außerdem soll es die Anhänger der jeweiligen Clubs ein wenig emotional ansprechen und bewirken, dass sie die Polizeibeamten nicht als Gegner, sondern als Partner in Sachen Sicherheit ansehen. Gerade durch die Vertreter der Fanclubs auf den Plakaten soll signalisiert werden: Wir, die Fans, sind dabei, und wir wollen es partnerschaftlich angehen. Es ist ein gemeinsames Interesse, uns um bestmögliche Sicherheit in den Stadien zu bemühen.

(Harald Güller (SPD): Können Sie sie zu einem Teil der Gespräche mit einladen?)

- Ich werde das gern aufgreifen. Wir werden in den Gesprächen in der nächsten Woche auch mit den Vereinspräsidenten, die teilnehmen, und den Städtevertretern diskutieren, wie wir die Fanclubvertreter noch stärker einbeziehen können. Mir ist das ein sehr wichtiges Anliegen, denn wir haben in der Innenministerkonferenz darüber gesprochen, wie wir konkrete Maßnahmen weiter verstärken und verbessern können.

Dazu gehören die Verbesserung der Videotechnik in den Stadien, eine bessere Qualifizierung der Ordnungskräfte, eine Intensivierung der Einlasskontrollen und die konsequente Durchsetzung von Stadionverboten. All das ist mir wichtig. Aber es ist mir auch wichtig, dass die Vereine ihre Fans stärker in die Verantwortung nehmen und gewalttätige Personen sowie solche, die in den Stadien Pyrotechnik abbrennen, unter Ausschöpfung aller rechtlicher Möglichkeiten zeitnah und konsequent bestrafen - bestrafen nicht im strafrechtlichen Sinne, sondern mit den Möglichkeiten, die den Vereinen zur Verfügung stehen, zum Beispiel Stadionverboten usw.

Wenn gewährte Freiräume von Fangruppen missbraucht werden, dann muss das Konsequenzen haben. Der Verein muss dies auch nach außen im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit offensiv vertreten, und ich werbe dafür, dass die Vereine noch etwas mehr Geld aufwenden und der DFB insgesamt mit gutem Beispiel vorangeht.

Man konnte den Medien entnehmen, dass der DFB aufgrund der neuen Verträge über die Fußballübertragungsrechte insgesamt 628 Millionen Euro jährlich einnimmt - ich beziehe mich auf die Medienberichte -, und ich meine: Wenn der DFB nur ein Prozent dieser zusätzlichen Einnahmen dafür verwenden würde, die Fanarbeit gezielt zu unterstützen, dann wäre dies schon eine Verdreifachung dessen, was bisher aufgewendet wird. Ich denke, der DFB sollte zusammen mit den beteiligten Vereinen auch einmal eigene Initiativen entfalten.

(Beifall der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

Es ist wichtig, dass wir die Fanarbeit entsprechend unterstützen und mit einer engagierten Fanarbeit für eine friedliche Teilnahme an Fußballspielen geworben wird.

(Harald Güller (SPD): Können wir vorher schauen, dass die 156.000 Euro etwas erhöht werden?
- Zuruf der Abgeordneten Simone Tolle (GRÜNE))

- Ich werde auch dies innerhalb der Staatsregierung gerne zur Sprache bringen, Herr Kollege. Sie wissen, dass die Mittel beim Kultusministerium als dem für den Sport verantwortlichen Staatsministerium veranschlagt sind, aber wir werden gern nochmals darüber sprechen. Wir müssen dabei alle gemeinsam an einem Strang ziehen.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ich möchte ausdrücklich sagen und habe es in den letzten zwei Wochen wiederholt betont, dass es in der Innenministerkonferenz einige Kollegen gab, die zum Beispiel das Stehplatzverbot gefordert haben. Das ist nicht meine Meinung, und ich halte es für völlig überzogen.

(Beifall bei der CSU, der SPD und den GRÜNEN)

Ich denke, wir müssen dies vernünftig im Dialog gestalten. Im Übrigen haben wir es bereits bei manchen anderen Spielen auch im Ausland erlebt, wo es teilweise Stehplatzverbote gibt. Auch dort, wo es nur Sitzplätze gibt, können Sie nicht verhindern, dass gewalttätige Fans aufstehen und dann randalieren. Ich bin von der Wirksamkeit einer solchen Maßnahme nicht überzeugt und halte sie in den allermeisten Fällen für völlig überzogen. Ich habe vorgestern wieder einmal ein Fußballspiel meines Jüngsten entsprechend verfolgt

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und habe über die gesamte Spielzeit als Stehplatzbenutzer dort gestanden, ohne Gefahr zu laufen, einer Randalie zu verfallen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir sollten im wahrsten Sinne des Wortes die Kirche im Dorf lassen. Wir dürfen nicht vergessen, dass trotz der allgegenwärtigen Medienberichterstattung über gewalttätige Ausschreitungen bei Fußballspielen die überwältigende Mehrheit der deutschen Fußballfans ausschließlich an den Fußballspielen interessiert ist, die besondere Atmosphäre der Spiele genießen und die eigene Mannschaft anfeuern und mit Begeisterung begleiten möchte. Das gehört zu einem guten Fußballspiel dazu, und es gibt keinen Anlass, alle Fußballfans in Deutschland zu problematisieren. Davon sind wir weit entfernt.

Ich bin zuversichtlich, dass wir in Bayern auch die Vereine und Fanclubs stärker einbeziehen können. Lassen Sie uns im engen Schulterschluss weiterhin alles tun, damit Bayerns Stadien sicher bleiben! Ich denke, wir können den guten Weg, den wir eingeschlagen haben, kontinuierlich fortsetzen. Wir wollen, dass zum Beispiel auch Familien mit Kindern weiterhin unbeschwert ein Fußballspiel besuchen können, dass jemand, der ein Stadion in Bayern besucht, keine Angst haben muss, in eine Schlägerei oder ein Feuerwerksabbrennen usw. verwickelt zu werden, sondern dass er unbefangenes Spiel verfolgen und friedliche, fröhliche und begeisternde Spiele erleben kann. Das ist, soweit ich es heute verfolgen kann, das gemeinsame Anliegen des gesamten Hohen Hauses. Ich freue mich, wenn wir zusammen mit unseren bayerischen Kommunen, die auch eine große Mitverantwortung tragen, diesen Weg in der neuen Saison fortsetzen können.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Herr Staatsminister. Wir haben eine ausführliche Debatte geführt. Die Argumente wurden ausgetauscht. Ich weise allerdings darauf hin, dass der Herr Minister in der Hitze des Gefechtes seine Redezeit etwas überzogen hat. Wird vonseiten der Fraktionen noch einmal das Wort gewünscht?

(Zurufe)

Da sehe ich nichts. Damit schließe ich die Aktuelle Stunde.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (Drs. 16/12782)
- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vom Vertreter der Staatsregierung begründet. Das ist Frau Staatsministerin Haderthauer. Bitte sehr.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz ist bundesweit ein Erfolgsmodell. Gerade deshalb wollen wir es ein Stückchen weiterentwickeln, fortschreiben und an die immer wieder neu entstehenden Herausforderungen gezielt anpassen.

Warum sage ich, es ist ein Erfolgsmodell? Weil der Ausbau der Kinderbetreuung in Bayern nur durch die kindbezogene Förderung, flankiert von den Bundesmitteln, so dynamisch vorangebracht werden konnte wie sonst nirgends. Bayern hat als eines der wenigen Bundesländer die Bundesmittel vollständig an die Kommunen durchgereicht. Das darf man ruhig immer wieder einmal hervorheben. Gleichzeitig haben wir im Rahmen der Investitionskostenförderung Landesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro draufgelegt. Mit dieser Förderung haben es unsere Kommunen inzwischen geschafft, bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren eine durchschnittliche Ausbauquote von 30 % zu realisieren. Wir fördern dabei jeden Platz, egal ob er von Memmingen, Hof oder München beantragt wird.

Es ist das einzige Förderprogramm, das ohne Deckelung zur Verfügung steht, eine Tatsache, die dem Herrn Finanzminister manchmal Kopfzerbrechen bereitet, aber gleichzeitig auch eine Tatsache, die unsere Kommunen in die Lage versetzt - so sie es wollen und so sie sich verantwortungsvoll verhalten -, den Rechtsanspruch nächstes Jahr zu erfüllen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben die Qualität in den Einrichtungen verbessert und vor allem dem Thema Inklusion eine hervorragende Bedeutung verschafft. Wir haben die Zahl der Kinder mit bestehender oder drohender Behinderung in der Kinderbetreuung und der Tagespflege in Bayern seit Einführung des BayKiBiG um 76 % erhöhen können. Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in bayerischer Kinderbetreuung haben wir allein in den letzten drei Jahren um fast 30 % erhöhen können.

Das liegt auch daran, dass wir die Inklusion ganz gezielt über den Basiswert, den Gewichtungsfaktor und die entsprechenden Förderregelungen voranbringen

und diese Kinder mit einem entsprechenden Förderanteil unterstützen.

Dementsprechend haben sich unsere Haushaltsansätze seit Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes beinahe verdoppelt, und zwar bei der Betriebskostenförderung von 564 Millionen Euro im Jahr 2005 auf jetzt über eine Milliarde Euro im Jahr. Damit liegt der Anteil der staatlichen Grundkosten, der im Jahre 2005 bei 39,7 % lag, heute bei 44,3 %. Das ist etwas, was wir den Kommunen abgenommen haben. Nach der Verbesserung durch diese Gesetzesnovelle werden wir in diesem Jahr bei einem Staatsanteil von circa 46 % in der Kinderbetreuung liegen und im nächsten Jahr bei 47,5 %.

Die Änderungen im BayKiBiG, die dieser Antrag enthält, werden den Freistaat zusätzlich 185 Millionen Euro pro Jahr kosten. Die Schwerpunkte der Weiterentwicklung liegen vor allen Dingen in der Qualitätsverbesserung, insbesondere in der weiteren Absenkung des Mindestanstellungsschlüssels, der jetzt neu auf 1 : 11,0 gesenkt wird. Das ermöglicht kleinere Gruppen und bringt mit der Förderung des Freistaates, der hier den kommunalen Anteil der Kosten entsprechend übernimmt, dem Träger noch bessere Möglichkeiten, den empfohlenen Anstellungsschlüssel von 1 : 10 zu verwirklichen und sich diesem noch stärker anzunähern.

Wir bezuschussen außerdem zu Beginn des neuen Kindergartenjahres den Elternbeitrag für das letzte Kindergartenjahr mit 50 € pro Monat und ab dem nächsten Kindergartenjahr mit 100 € pro Monat. Das sind zunächst 60 Millionen Euro und im folgenden Jahr 125 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen die Attraktivität der Tagespflege als Alternative zur Krippe, indem wir Regelungen eingezogen haben, die dafür sorgen, dass sich der Elternbeitrag für die Tagesmütter nicht zu sehr von den Beiträgen für die Krippe nach oben entfernt. Außerdem wird das Förderverfahren vereinfacht und die Großtagespflegestellen werden einrichtungsähnlich gefördert.

Persönlich wichtig ist mir auch der Schwerpunkt, die Hortförderrichtlinien durch eine Veränderung der Mindestbuchungszeiten so anzupassen, dass sie sich noch besser mit dem Ganztagschulbetrieb kombinieren lassen. Damit bekommen wir eine Verbesserung für die Schulkinder bei den Rand- und Ferienzeiten. Ich denke, dass der Schulkindnachmittag in einer Zeit, in der der Krippenausbau politisch so sehr im Vordergrund steht, zu Unrecht etwas in den Hintergrund gerückt ist. Ich möchte deshalb auch diese Verbesse-

rung ganz gezielt ansprechen, weil wir hier die meisten Probleme für die Familien dann haben, wenn der Schulkindnachmittag nicht ordentlich organisiert werden kann.

Mir war auch wichtig, die Pflicht zu verankern, dass Schule und Jugendhilfe in Zukunft die Betreuungssituation gemeinsam planen müssen. Wir müssen hier sozusagen vom Kind her ganzheitlich denken.

Ein letzter Punkt ist für mich die Verbesserung der Landkindergartenregelung. Dort soll der Anwendungsbereich von 22 auf 25 Kinder erhöht werden. Das kommt unseren demografischen Anforderungen entgegen. Denn wir sagen "kurze Beine, kurze Wege".

(Beifall bei der CSU - Joachim Unterländer (CSU): Sehr, sehr gut! Echte Betreuungsleistung!)

Das soll sowohl für die Schulpolitik als auch für die Kinderbetreuung gelten. Die Anwendungsfälle werden sich dadurch um 15 % erhöhen. Das heißt, viele werden davon Gebrauch machen können.

Die Gesetzesänderungen entsprechen auch dem, was wir in der Praxis immer wieder aufgenommen haben. Ich glaube, sie sind tauglich, um die Erfolgsgeschichte des BayKiBiG fortzuschreiben. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen herzlichen Dank, Frau Staatsministerin. Wir kommen zum ersten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion darf ich Kollegen Pfaffmann das Wort erteilen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon immer eine Stärke der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung, Themen schönzureden und mit schönen Worten eine Situation zu zeichnen, die in keinem Falle der Realität an den bayerischen Einrichtungen entspricht. Frau Ministerin Haderthauer, Sie sagen, das BayKiBiG sei ein Erfolgsmodell.

(Joachim Unterländer (CSU): Stimmt!)

Sie erwecken den Eindruck, dass es das Beste wäre für die Kindergärten. Sie verkennen die Realität komplett. Sie verkennen, dass die Gruppen zu groß sind und dass wir keine Fachkräfte mehr bekommen. Alleine in München fehlen 50 Erzieherinnen und Erzieher. Diese Stellen können nicht mehr besetzt werden.

(Joachim Unterländer (CSU): Das ist Sache der Stadt und da fehlen auch die Krippenplätze!)

Kein Ton zu diesem Problem.

(Joachim Unterländer (CSU): Das sind alle Probleme der Stadt!)

Wir werden im Ausschuss genügend Gelegenheit haben, die einzelnen Bestandteile dieser Novelle zu besprechen. Deswegen will ich mich auf ein paar Grundsätze konzentrieren. Es wird der Eindruck erweckt, als wäre eine Qualitätsverbesserung die Folge dieser Novellierung des BayKiBiG. Mitnichten wird es ein Mehr an Qualität geben!

Ich darf vielleicht kurz an die Grundlage zur Einführung des Gesetzes erinnern. Der Einführung lag das pädagogische Konzept des Bayerischen Erziehungs- und Bildungsplanes zugrunde. Darauf sollte sozusagen das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz abgestellt werden. Schon damals war im Bildungs- und Erziehungsplan ein Anrechnungsschlüssel von 1 : 8 von Ihren eigenen Behörden vorgeschlagen worden. Das können Sie im damaligen Kapitel 3 nachträglich nachlesen. Sie haben auf einen Schlag das Kapitel 3 gestrichen und somit den Mindestanstellungsschlüssel deutlich erhöht. Angesichts einer Reduzierung von 1 : 11,5 auf 1 : 11,0 nunmehr von "Qualitätsverbesserung" zu sprechen, obwohl man einen Schlüssel von 1 : 8 bräuhete, halte ich schon für ein starkes Stück. Insgesamt wird es jedenfalls keine Qualitätsverbesserung geben.

Wir haben von Ihnen keinen Ton zu der Situation der U-3-Kinder gehört. Was sagen Sie denn dazu? Es gibt keine Veränderung der U-3-Gruppengröße; diese liegt bei 12 bis 13 Kindern, und das bei den Kleinsten! Da Sie daran nichts ändern, wird es auch insoweit keine Qualitätsverbesserung geben.

Sie haben so leicht dahingesagt: Wir reduzieren den Mindestanstellungsschlüssel und schaffen 260 zusätzliche Stellen in den Kinderbetreuungseinrichtungen. - Die Wahrheit ist: Sie können diese 260 Stellen überhaupt nicht besetzen, weil der Markt leergefegt ist. Alle Anträge und sonstigen Versuche mit dem Ziel, diesen Beruf attraktiver zu machen, wurden von Ihnen abgelehnt.

Ich will weiter die Statistik bemühen. Sie blenden in Ihren Wortmeldungen immer wieder aus, dass Bayern bei der Qualität der Kinderbetreuung bundesweit seit Jahren an letzter Stelle steht - von wegen Qualitätsverbesserung! Bayern wird hinsichtlich der Qualität der Kinderbetreuung schlechter beurteilt als alle anderen Bundesländer. Das müssen Sie trotz Ihres so hoch gelobten Erfolgsmodells BayKiBiG einmal zur Kenntnis nehmen.

Ich will einen Satz zu den Elternzuschüssen sagen. Sie behaupten, Sie würden den Einstieg in das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr ermöglichen. Sie beantworten aber keine einzige Frage dazu, wie es dann weitergehen soll. Was ist mit dem zweiten, was mit dem dritten Jahr? Nichts! Sie verteilen Geschenke ohne Konzept. Das ist die Grundlage Ihrer Novellierung.

Ferner behaupten Sie, Verwaltungsverfahren würden vereinfacht. Das Gegenteil ist der Fall. Beispiel Inklusion: Bisher reichte ein Attest der Ärzte für die Gewährung des Gewichtungsfaktors 4,5. Künftig werden die Dinge erschwert. Das Attest reicht nicht mehr, sondern es müssen weitere Kriterien erfüllt werden, und die Eltern müssen das alles organisieren. Mit der Novelle vereinfachen Sie Verwaltungsabläufe nicht, sondern Sie erschweren sie, liebe Frau Ministerin.

Kurz und gut: Diese Novellierung des BayKiBiG ist eine bittere Enttäuschung - sowohl für die Eltern als auch für die Träger als auch für die Kinder. Von Qualitätsverbesserung kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CSU-Fraktion darf ich nunmehr das Wort an Kollegen Joachim Unterländer weiterreichen. Bitte schön.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann nicht nachvollziehen, warum Sie nicht erkennen, dass in den Kinderbetreuungseinrichtungen - Kindertagesstätten und Krippen - im Freistaat Bayern hervorragende Arbeit geleistet wird. Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Erzieherinnen und den Trägern bedanken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU - Lebhaftes Zurufe von der SPD)

- Ihre Reaktion zeigt mir, dass das ein Treffer war.

(Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes vor sechs Jahren hat zwei wichtige Ergebnisse gebracht: Auf der einen Seite wurden die Finanzierungsgrundlagen stabilisiert; das war die Absicht des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes, um dem Bedarf, der jetzt kommunal ermittelt wird, zielgenauer und damit besser entsprechen zu können. Auf der anderen Seite gab es eine qualitative Weiterentwicklung, was die Verknüpfung

des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes mit dem Bildungs- und Erziehungsplan anbelangt. Sie werden in der Bundesrepublik Deutschland kaum ein Gesetz zur Kinderförderung finden, das eine so enge Verknüpfung zwischen dem Förderrecht und dem inhaltlichen Aspekt, dem Bildungs- und Erziehungsplan, herstellt. Das zeigt, dass die qualitativen Komponenten in der bayerischen Kinderbildungs- und -betreuung eine entscheidende Rolle spielen.

Meine Damen und Herren! Seit Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes hat sich die Situation nachhaltig weiterentwickelt und verbessert. Wir haben entsprechende Angebote massiv ausgebaut, um dem Bedarf gerecht werden zu können. Das war möglich, weil dieses Gesetz die Grundlage für eine Förderung aller Betreuungseinrichtungen vom frühkindlichen Bereich bis hin zu Horten geliefert hat. Vor Einführung des BayKiBiG hatten wir eine ganz andere Situation.

Die Einführung von Gewichtungsfaktoren ermöglicht eine zielgenaue Förderung. Wir, die Koalition aus CSU und FDP, haben zu Beginn der Legislaturperiode die Zusage gegeben, das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz weiterzuentwickeln. Dieser Zusage kommen wir klar erkennbar nach. Das gilt auch für die Verbesserung der Rahmenbedingungen, die für die CSU-Landtagsfraktion eindeutig Priorität hat. Wir sagen: Wir befinden uns auf einem Weg, sind aber noch nicht an dessen Ende. Beim Anstellungsschlüssel und auch beim Basiswert muss es zu weiteren Verbesserungen kommen.

Herr Kollege Pfaffmann, Sie haben vorhin von einem Schlüssel von 1 : 8 gesprochen. Versichern Sie sich einmal der aktuellen Situation! Im Freistaat Bayern gibt es schon zahlreiche Einrichtungen, die das Kriterium eines Anstellungsschlüssels von deutlich unter 1 : 10 erfüllen. Wir haben also durchaus schon die entsprechende Qualität. Wir brauchen aber auch die entsprechenden Rahmenbedingungen. Dass der Mindestanstellungsschlüssel weiter auf 1 : 11,0 verbessert wird, ist ein großer Erfolg, der dieser Koalition zugute zu halten ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gewähren einen Zuschuss als Einstieg in das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr. In der Konsequenz werden die Elternbeiträge erheblich reduziert. Die jährliche Entlastung beträgt zunächst einmal 600 Euro.

Die Frau Staatsministerin ist auf weitere Eckpunkte der Novellierung eingegangen. Es ist besonders wichtig, dass die Landkindergartenregelung im Interesse der Einrichtungen in kleinen Kommunen verbessert

wird. Ferner ist uns wichtig, dass die Gastkinderregelung und die Verwaltungsbedingungen verbessert werden; insoweit gibt es Handlungsbedarf. Wir sind zuversichtlich, dass wir im Dialog mit den Einrichtungen und Trägern - Frau Franke von der Caritas und Herr Feichtl von der AWO sind hier vertreten - weiter vorankommen werden. Wir sind stolz auf unsere Trägervielfalt. Im weiteren Gesetzgebungsverfahren müssen wir beraten, wie wir dieses Gesetz konstruktiv im Sinne der Kinder, der Eltern, der Erzieherinnen und der Träger weiterentwickeln können. Ich freue mich auf das Gesetzgebungsverfahren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Bitte bleiben Sie noch! Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Güller. Bitte schön.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Unterländer, wäre es zu viel von Ihnen verlangt, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause die Arbeit aller in der Kinderbetreuung Tätigen sehr, sehr hoch einschätzt, dass wir sie wertschätzen? Das Problem ist, dass die Rahmenbedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Ihre schlechten Gesetze sehr ungünstig sind und die Einrichtungen finanziell schlecht ausgestattet sind.

(Beifall bei der SPD)

Nehmen Sie doch bitte zur Kenntnis, dass der Betreuungsschlüssel so schlecht ist und trotzdem hervorragende Arbeit geleistet wird. Unser Anliegen ist, die Arbeit aller Beteiligten besser und noch effektiver zu machen, und zwar durch Ablehnung Ihres Gesetzesvorschlages und durch weitergehende Verbesserungen sowie dadurch, dass wir mehr Geld in das System hineingeben, anstatt ein unsinniges Betreuungsgeld wie eine Monstranz vor uns herzutragen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Unterländer, zur Erwidierung, bitte.

Joachim Unterländer (CSU): Dann müssen Sie es anders formulieren, als Sie es vorhin getan haben. Sie reden ständig die Rahmenbedingungen schlecht, anstatt konstruktiv an einer Weiterentwicklung mitzuarbeiten.

(Harald Güller (SPD): Die Rahmenbedingungen sind schlecht! Die Arbeit der Leute ist gut!)

Das ist nicht im Sinne der Kinderbetreuungslandschaft im Freistaat Bayern, die wir konstruktiv weiter-

entwickeln wollen. Tun Sie das mit uns, dann leisten Sie eine gute Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Tanja Schweiger für die FREIEN WÄHLER.

Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist kaum zu glauben, dass man an diesem Plenartag am Abend noch so hitzige Diskussionen führen kann. Das zeigt aber, dass das Thema für alle sehr wichtig und bewegend ist.

Wir haben über ein Jahr auf die Novellierung gewartet. Letzte Woche hat es uns etwas verwundert, dass es dann doch so schnell gehen musste. Erst am Donnerstag haben wir den Gesetzentwurf bekommen, und diese Woche hätte er schon im Ausschuss beraten werden sollen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Frau Meyer bedanken, die diesen Punkt auf der Tagesordnung letztlich um zwei Wochen verschoben hat, um noch ein wenig Luft zur Vorbereitung zu lassen. Es ist schade, dass nicht genügend Zeit ist, um alles in Ruhe mit den Verbänden zu diskutieren. Die Verbände haben im letzten Jahr bei der Anhörung einen großen Katalog vorgelegt. Unserer Meinung nach ist davon nicht viel umgesetzt worden.

Ich schließe mich sehr gerne der Ministerin an, die zu Beginn ihrer Rede gesagt hat, das BayKiBiG sei ein Stückchen weiterentwickelt worden. Ich kann dazu sagen, es ist ein wenig mit eingeflossen. Ein großer Wurf ist jedoch noch nicht zu erkennen. Positiv herausstellen wollen wir die Landkindergartenregelung, mit der für kleine Kindergärten im strukturschwachen oder dünn besiedelten Raum etwas getan worden ist. Positiv war auch die Einführung des Basiswertes plus. Auch wenn das im Moment nicht viel ist, ist es doch eine Abkehr vom bisherigen System. Man hat gesagt, man müsse eine zusätzliche Schraube einführen, um die Qualität verbessern zu können. Das ist im Moment noch nicht allzu viel, aber zumindest haben wir von der Systematik eine Grundlage, um darauf aufbauen können, nachdem wir uns alle einig sind, wie wichtig die frühkindliche Bindung ist.

Ich möchte mich der Auffassung anschließen, dass die Förderung vonseiten des Staates in Bezug auf Investitionen - alles, was die Neubauten angeht - sehr gut war. Die Förderung war vorhanden, aber die Umsetzung wurde nur deshalb positiv vorgenommen, weil die Kommunen eine hervorragende Arbeit geleistet haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gerade die kleineren Gemeinden haben ihre Hausaufgaben sehr gut gemacht. Eines jedoch fehlt noch - die Kollegen haben es vorhin Qualität genannt -: Unter dem Strich geht es um noch mehr Zeit für die Kinder, die für uns alle im Mittelpunkt stehen sollten. Es liegt daran, dass zu wenig Geld im System ist, auch wenn in den letzten Jahren deutliche Mehrausgaben festzustellen waren. Das gilt auch für Ausgaben vonseiten des Staates; von der Ministerin wurde das entsprechend vorgetragen.

Man darf jedoch nicht vernachlässigen, dass auch die Kommunen seit Einführung des BayKiBiG in etwa 500 Millionen Mehrausgaben zu verzeichnen hatten. Da die Aufgabe gesamtgesellschaftlich anerkannt ist, müssen wir an allen Schrauben drehen und mehr Geld in das System bringen. Deshalb möchte ich eine deutliche Anpassung des Basiswertes kritisch anmahnen. Der Basiswert ist niedrig. Egal, mit wem man spricht, jeder sagt, es gibt zu wenig Verfügungszeit, es gibt zu wenig Zeit für Elterngespräche oder es ist zu wenig Zeit für Leitung. Hier muss auf jeden Fall nachgebessert werden. Sie haben vorhin von Inklusion gesprochen, Frau Ministerin. Es sind aber nicht die Risikokinder berücksichtigt, für die es im Moment Jugendhilfe gibt. Es sind viele ADHS-Kinder betroffen, die in keiner Weise berücksichtigt sind, obgleich die Problematik mittlerweile nicht mehr zu vernachlässigen ist.

Es fehlt auch ein Konzept der Staatsregierung zur Gewinnung von Fachkräften. Wir wissen alle, dass ein riesiger Fachkräftemangel besteht und die Situation von Jahr zu Jahr schwieriger wird. Daher wird man unabhängig vom BayKiBiG in diesem Zusammenhang Anstrengungen unternehmen müssen.

Lassen Sie mich auf einen gewissen Systembruch hinweisen. Sie haben vorhin von einem empfohlenen Faktor von 1 : 10 gesprochen. Herr Kollege Unterländer sagt, in vielen Kindergärten hätten wir schon einen Faktor von 1 : 8. Das liegt aber nicht daran, dass der Staat so tolle Unterstützung leisten würde, sondern daran, dass die Kommunen und Träger den Großteil leisten. Ich möchte das gesagt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei der Erstattung des kostenfreien Kindergartenjahres ist es wichtig, eine Pauschalabrechnung vorzunehmen. Es kann nicht sein, dass die Kommunen und Träger zusätzlich geleistetes Geld zurücküberweisen müssen, wenn am Schluss 3,50 Euro übrig bleiben. Das wäre ein wahnsinniger Bürokratieaufwand.

Abschließend: Nachdem Sie gesagt haben, Sie empfinden den "Basiswert plus" als Abkehr vom System, den wir als zusätzliche Stellschraube im System toll finden, sind wir auch der Meinung, dass zusätzlich eine pauschale Sockelfinanzierung notwendig ist, die die Vorteile, die die kindbezogene Förderung hat, aber auch die Nachteile ausgleicht. Es geht um die Randzeiten, die Leitungszeiten, die Elterngespräche und um die Belastung der Mitarbeiter, die aufgrund der Flexibilität, die zu begrüßen ist, monatlich eine Veränderung ihrer Arbeitszeit hinnehmen müssen. Das trägt nicht zur Attraktivität des Berufes bei. Es ist für uns ein Grund zu sagen: Wir brauchen unabhängig von dem, was kindbezogen ist, eine pauschale Grundausstattung für die Einrichtungen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hätte noch mehr zu sagen gehabt, aber ich wollte die Geduld des Präsidiums nicht überstrapazieren. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Nächste Rednerin: Frau Kollegin Ackermann von den GRÜNEN.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns mal einen Blick auf die Geschichte des sogenannten Erfolgsmodells BayKiBiG werfen. Gegen den Widerstand und die Kritik durch Verbände im Vorfeld ist das BayKiBiG vor sechs Jahren verabschiedet worden. Daraufhin wurde die Kritik jahrelang ignoriert und das Gesetz schönge-redet. Zwei Anhörungen mit massiver Kritik blieben ohne Konsequenz. Hunderte von Petitionen wurden nicht gehört. Die Opposition, die die Meinung der Verbände ernst nahm, wurde in die Nörglerecke gedrängt. Erst als ein Gericht die Gastkinderregelung als nicht gesetzeskonform gewertet hat, hat man sie fallengelassen. Das ist die Geschichte des Erfolgsmodells bis jetzt.

Dann kam die Inklusion dazu, die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung, die in das Gesetz hätte eingearbeitet werden müssen. Man hat sich entschlossen, das Gesetz zu überarbeiten. Das war vor zwei Jahren. Seitdem warten wir verzweifelt auf einen Gesetzentwurf. Bereits letztes Jahr im Sommer war er überfällig. Nun hätte man erwarten können, dass das ein ganz gewaltiges Werk wird. Wenn man aber sieht, was dabei herausgekommen ist, dann muss man das eher als Bauchlandung sehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verbände haben natürlich wieder Stellungnahmen abgeben dürfen. Diese Stellungnahmen sind aber

nicht in das Gesetz eingeflossen. Die erneute Kritik der Verbände möchte ich Ihnen gerne vortragen. Die Wohlfahrtsverbände sagen: Von den versprochenen zusätzlichen Investitionen in Höhe von 185 Millionen Euro fließt nur knapp ein Fünftel in neue Stellen für Erzieherinnen. Das sagt die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern: Das meiste Geld dient dazu, die Elternbeiträge im dritten Kindergartenjahr zu verringern.

Die GRÜNEN sind von Anfang an dagegen gewesen, weil wir immer gesagt haben: Wir wollen zuerst Qualität, dann die Kostenfreiheit. Das ist der richtige Weg, denn so kann die Qualität in den Kindergärten verbessert werden. Die Wohlfahrtsverbände bescheinigen das deutlich. Weiter sagen sie: Für die etwa 500.000 Kinder in den 8.400 bayerischen Kindertageseinrichtungen bedeutet dies sechs Euro pro Kind und Monat. Damit drohe der Qualitätsschub, so die Frau Ministerin, zu Schubumkehr zu werden. Die Wohlfahrtsverbände gehen sogar noch weiter. Sie richten einen flehentlichen Appell an uns Abgeordnete, uns für die Zukunft unserer Kinder einzusetzen und deutlich bessere Rahmenbedingungen zu schaffen. Die katholische Kirche, die nicht verdächtigt wird, von den GRÜNEN beeinflusst zu werden, sagt: Das Gesetz bleibt hinter den notwendigen Änderungen zurück. Für die Umsetzung der Inklusion fehlen die expliziten finanziellen und personellen Rahmenbedingungen. Der Bayerische Städtetag sagt: Der "Basiswert plus" reicht nicht zur Abdeckung der Mehrkosten für die Kommunen.

Das ist das vernichtende Urteil der Verbände über Ihr Gesetz. Ich schließe mich nicht nur an, sondern sage: Eigentlich ist es eine ganz große Enttäuschung, dass es dieses Gesetz nach sieben Jahren wieder nicht geschafft hat, für Kinder Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Den Ausbau der Kinderkrippen für die Kinder unter drei Jahren werden Sie nicht hinbringen. Die Zahlen, die Sie nennen, sind genauso geschönt wie Ihre Rede zur Qualität des Gesetzes.

Was die Kinder erwartet, wenn sie in die Kinderkrippen oder in die altersgeöffneten Einrichtungen kommen, ist beschämend; denn es fehlt an Personal, die Gruppen sind zu groß und die Erzieherinnen haben keine Zeit. Das alles vertreten Sie. Sie stellen sich hierher und bezeichnen das BayKiBiG als Erfolgsmodell. Frau Ministerin Haderthauer, Ihnen muss man einmal sagen, was ein Erfolgsmodell ist. Das BayKiBiG gehört jedenfalls nicht dazu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Die nächste Rednerin in der Debatte ist für die FDP-Fraktion Frau Dr. Annette Bulfon. Bitte schön.

Dr. Annette Bulfon (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Wichtigste vorweg: Das Wichtigste an der Novelle des BayKiBiG ist der Einstieg in das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr. Die Gründe, die dafür sprechen: Wir entlasten die Familien in der Mitte unserer Gesellschaft. Wir verteilen die Kosten für Kinder auf mehrere Schultern. Das ist gerade in unserer Zeit das Wichtigste. Eine Gesellschaft, in der Kinder zur Welt kommen, ist eine Gesellschaft, die eine Zukunft hat.

An dieser Stelle möchte ich noch einen zweiten wichtigen Grund nennen. Wir verstehen das BayKiBiG als Signal, die frühkindliche Bildung aufzuwerten. Nobelpreisträger Heckman sagt: Investitionen gerade in die frühkindliche Bildung sind besonders lohnend.

(Beifall bei der FDP)

Wir entlasten und verbessern gleichzeitig. Wie kommt das zustande? 100.000 Familien erhalten ab September einen Beitragszuschuss von 50 Euro pro Monat. Das sind insgesamt 600 Euro pro Jahr. Im nächsten Doppelhaushalt wollen wir noch weiter gehen. Auf der anderen Seite ist uns die Qualität wichtig. Wir verbessern den Mindestanstellungsschlüssel, der bisher bei 1 : 11,5 lag, auf 1 : 11. Das entlastet die Kommunen. Letztendlich wird der staatliche Anteil, der in Bayern ohnehin sehr hoch ist, nochmals erhöht.

Des Weiteren hat sich die FDP-Fraktion für sechs weitere Punkte eingesetzt, die das BayKiBiG betreffen. Es ist gut, dass die Gastkinderregelung abgeschafft wird. Darüber sind wir uns alle einig. Wir wollen und wünschen uns, dass das Wahlrecht der Kinder und vor allem der Familien gestärkt wird. Die Familien sollen die Kindertageseinrichtungen selbst wählen können. Selbstverständlich liegt uns der strukturschwache ländliche Raum besonders am Herzen. Deswegen haben wir die spezielle Form der Großtagespflege eingeführt und verbesserte Förderbedingungen für die Landkindergärten geschaffen. Der ländliche Raum braucht Arbeit und Kinder. Das bedeutet Zukunft.

Außerdem ist es wichtig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. An dieser Stelle wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe besonders stärken. Wir machen die Kindertagespflege attraktiv. Derzeit ist sie es noch nicht. Sie muss attraktiver gestaltet werden, da die Beiträge für die Kinderkrippen günstiger sind als die Beiträge für die Kindertagespflege. Im Prinzip müssten wir viel stärker in die Kindertagespflege gehen. Kindertagespflegerin-

nen sind momentan in Bayern unterrepräsentiert. Der Ausbau der Stellen für Kindertagespflegerinnen ist ein wichtiger Punkt. Die Kommunen können wir somit vor einer Klagewelle schützen, die durch den Rechtsanspruch droht.

Den Inklusionsauftrag nehmen wir ernst. Ein Gewichtungsfaktor von 4,5 ist ein gutes Signal. Der Inklusionsauftrag wird an dieser Stelle noch einmal klargestellt. Wichtig ist, dass wir für die Chancengleichheit stehen. Der Vorkurs "Deutsch 240" ist wichtig, damit die Kinder aus dem letzten Kindergartenjahr gut in die Grundschule kommen. Damit profitieren Sie von einer Chancengerechtigkeit, die für Bayern wichtig ist.

Ich komme zum Schluss. Die FDP-Fraktion hat mit all diesen Maßnahmen die Zukunft der Familie, die Zukunft der frühkindlichen Bildung und die Zukunft der Gesellschaft ganz allgemein fest im Blick.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Abschließend darf ich Frau Staatsministerin Haderthauer das Wort geben, damit sie zusammenfassend Stellung nehmen kann.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf die falschen Behauptungen eingehen, die man nicht so stehen lassen kann. Zwar kann man sagen: Das ist die Erste Lesung. Alles kann noch diskutiert werden. Es gibt jedoch kein Bundesland, egal ob es von Rot, Grün oder anderen Farben regiert wird, das mehr fördert als Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Pfaffmann, Sie haben behauptet, wir würden zu wenig fördern. Die Länder, die von Ihren Genossen regiert werden, haben Sie damit in Grund und Boden geredet, weil dort wesentlich weniger gefördert wird als hier. Dank der hervorragenden Förderbedingungen des Freistaates haben wir einen Anstellungsschlüssel, der weit über dem Mindestanstellungsschlüssel liegt. Der durchschnittliche Anstellungsschlüssel liegt bei den bayerischen Einrichtungen bei 1 : 10. Wir fördern so gut, dass die Einrichtungen noch viel mehr verwirklichen können, als unsere Mindestgrenzen vorsehen. Sie sollten sich vielleicht noch etwas besser einarbeiten. Der Anstellungsschlüssel zeigt nicht das Personal-Kind-Verhältnis an. Das ist ein Unterschied, Herr Pfaffmann. Außerdem gilt das für alle Einrichtungen, also auch für Krippen.

Damit man es sich bildlich vorstellen kann, sage ich zum Personal-Kind-Verhältnis im Klartext: Bei den

Kindern über drei Jahren kommt eine Fachkraft auf acht Kinder. Bei den Kindern bis zu drei Jahren kommt eine Fachkraft auf vier Kinder. Damit sind wir bundesweit an der Spitze.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die kindbezogene Förderung ist ein Exportschlager. Immer mehr Bundesländer schauen sich genau diese Förderung ab, um sie bei sich zu importieren.

Zum Fachkräftemangel haben wir ein umfassendes Konzept entwickelt. Es greift bereits. Aber ich bin immer dafür, die Dinge dort zu diskutieren, wo sie hingehören. Hier reden wir jetzt aber über den Gesetzentwurf zum BayKiBiG.

Ich erwähne noch zwei Dinge am Rande. Die Verfügungszeit - das höre ich immer wieder und sage es auch immer wieder - ist in den Basiswert eingepreist, liebe Frau Schweiger. Wenn sich Träger nicht daran halten, dann sollten die Erzieherinnen darauf pochen, dass das Beabsichtigte auch gelebt wird.

Zur Kritik der Verbände. Liebe Frau Ackermann, es ist der Job der Verbände, ihre Interessen zu transportieren. Die Verbände sind sich aber nicht einig. Der Städtetag will etwas anderes als die Trägerverbände usw. Wir haben alles, was wir daraus an Erkenntnissen gewinnen konnten, miteinander verbunden, soweit es dem Wohl unserer Kinder und den Rahmenbedingungen der Fachkräfte dient.

Wenn wir aber einmal soweit sind, dass kein Verband irgendeinen Einwand erhebt, dann fördern wir nicht zu 100, sondern zu 200 % und geben den Verbänden wahrscheinlich auch noch Schweigegeld hinzu. Vorher haben die Verbände immer irgendwelche Einwände.

Insofern nehmen wir alle Einwände ernst. Wir kennen sie alle. Aber entweder sind sie positiv erledigt oder in der Abwägung unterlegen.

Ich kann nur eines sagen: Den Ausbau der Kinderbetreuung muss nicht ich hinbekommen, den müssen die Kommunen schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Aber in keinem Land werden die Kommunen dabei derart gepampert wie in Bayern. Das heißt, die besten Voraussetzungen, diese Herausforderung zu bewältigen, haben die bayerischen Kommunen.

Bei den meisten Kommunen in Bayern gibt es bereits Bedarfsdeckung. Mir haben schon die ersten Kommunen gesagt - wahrscheinlich kommen Sie nicht so weit

herum; über München kommen Sie nicht hinaus; deswegen wissen Sie das nicht -, sie bemühten sich aktiv um Kinder, damit die Krippen voll bleiben, die sie gebaut haben. Die haben zum Teil eine Bedarfsdeckung von über 100 %. Diesen Kommunen fehlen eher die Kinder als Krippenplätze.

Ich sage es noch einmal: Die Kommunen in Bayern haben hervorragende Förderbedingungen. Deswegen werden wir in Bayern den Ausbau perfekt hinbekommen, jedenfalls für die Bürgermeister, die das wollen. Für diejenigen Bürgermeister, die es nicht wollen, kann ich die gemeindliche Entscheidung nicht ersatzweise im Namen des Freistaates Bayern treffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 4 bis 6 auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Thomas Beyer u. a. und Fraktion (SPD) eines Bayerischen Spielhallengesetzes (BaySpielhG) (Drs. 16/9611) - Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) eines Bayerischen Spielhallengesetzes (BaySpielhG) (Drs. 16/9728) - Zweite Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland und anderer Rechtsvorschriften (Drs. 16/12192) - Zweite Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von zehn Minuten pro Fraktion vereinbart.

Zum Gesetzentwurf der Staatsregierung hat die CSU-Fraktion gerade namentliche Abstimmung beantragt. Das habe ich hiermit verkündet. Die Wartezeit läuft. Da von einer Debattenzeit von einer Stunde auszugehen ist, besteht gute Möglichkeit, die Wartezeit von einer Viertelstunde zu erreichen.

Als ersten Redner rufe ich für die SPD-Fraktion den Kollegen Arnold zur Begründung des ersten Gesetzentwurfs auf.

Horst Arnold (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einer Woche gab es im Hohen Haus eine relativ breite Zustimmung zum Glücksspielstaatsvertrag. Ich hatte bereits angekündigt, dass hier und heute über das Eingemachte gestritten werden wird.

Zur Klarstellung ein Zitat von Karl Marx: Nur Arbeit und kein Spiel macht dumm. Denen, Herr Streibl, die es gern religiös hätten, zitiere ich Thomas von Aquin: Das Spiel ist notwendig zur Führung eines menschlichen Lebens.

Damit will ich sagen: Wir wollen den natürlichen Spieltrieb nicht brutal und puritanisch eindämmen oder unterdrücken, sondern gewerbliches Glücksspiel gesundheits-, gesellschafts-, aber auch sozialverträglich - auch in Richtung der Wettbewerber - gestalten. Die rechtliche Gestaltung bedarf eines politischen Willens. Diesen haben wir, wie unser Spielhallengesetzentwurf zeigt.

Unser Wille ist politisch und nicht von einer Rechtsunsicherheit getragen. Bei dieser Gelegenheit erlauben Sie mir ein Zitat des hoch geschätzten Kollegen Dr. Schneider, der am Wochenende in Nürnberg seinen 85. Geburtstag gefeiert hat. Er meinte, dass Politik wie Segeln ist; der Wind ist dabei nicht beeinflussbar, sondern die Segel müssen richtig gesetzt werden.

Ich greife dieses Bild in Bezug auf den Entwurf der Staatsregierung auf. Wenn Spielerschutz, Minderjährigenschutz, Suchtprävention das Ziel des Unterfangens der Staatsregierung sind, dann wird sie mit ihrer Segelsetzung Mast- und Schotbruch erleiden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl bin ich dankbar, dass im Wirtschaftsausschuss verhindert worden ist, dass diese Themen in der letzten Woche zeitgleich auf den Tisch gekommen sind. CSU und FDP haben sich bezüglich der Sperrstunden offensichtlich nicht verständigen können. Dankbar bin ich deswegen, weil die Arbeitsgemeinschaft für Suchtprobleme justament am 15. Juni die

neuen Zahlen für 2012 veröffentlicht hat. Es handelt sich um Daten, die man wissen muss.

Zum Stichtag 1. Januar 2012 gab es in Bayern 2.030 Spielkonzessionen, 1.114 Spielhallenstandorte und 21.219 Geldspielgeräte. Auf die Einwohner bezogen heißt das: Auf einen Spielhallenstandort kommen in Bayern 6.079 Einwohner. Seit 2006 ist das insgesamt eine Steigerung um 60 %. Bezogen auf das Jahr 2000 ist es eine Steigerung um 137,5 %.

Bei den Spielhallenkonzessionen ist Bayern bezüglich der Einwohnerquote im Bundesgebiet die Nummer drei. Auf eine Spielhallenkonzession kommen in Bayern 3.363 Einwohner. Im Bund sind es 4.056. Die Steigerung seit 2002 beträgt 62,2 %.

Ganz dramatisch verhält es sich mit den Spielhallengeräten. Auch da ist Bayern im Bundesgebiet derzeit die Nummer drei. 319 bayerische Mitbürgerinnen und Mitbürger haben den Zugriff auf ein Gerät. In Deutschland sind es 392 Bürger.

Dies erzeugt Erschrecken. Denn seit 2000 haben wir ein Anwachsen um 217,2 %. Das heißt, innerhalb von zwölf Jahren sind im Freistaat 13.631 mehr Daddelgeräte aufgestellt worden. Wer davon spricht, dass dies eine gesunde Entwicklung sei, hat sich offensichtlich getäuscht.

Bei diesem Zuwachs muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen, was Professor Gerhard Meyer von der Uni Bremen zum Besten gibt: Dort wird auch etwas verdient. Der Bruttospielertrag betrug im Jahr 2005 2,35 Milliarden Euro. 2011 war der Bruttospielertrag 4,14 Milliarden Euro. Innerhalb von sieben Jahren bedeutet das insgesamt einen Zuwachs um 76,2 %.

Es gibt auch zynische Stellungnahmen. Die Automatenindustrie spricht davon, dass die Zunahme ein moderat vollzogener Wandel sei, der der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung entspreche. Die Schlagzeilen lauteten "Goldgräberstimmung in Oberbayern" und "Landplage". Der Städtetag hat am 10. November erklärt: Hier brauchen wir wirksame rechtliche Instrumente. Ein Verweis auf das Projekt Hansastraße München zeigt uns, wie wenig rechtliche Möglichkeiten die Gemeinden und die Städte haben. Hier besteht kein Bebauungsplan. Das ist auch nicht möglich, weil es sich um ein Mischgebiet handelt. Eine Verhinderungsplanung wäre rechtswidrig. In diesem Fall ist eine Verhinderung auch nicht über das Instrument der Stellplatzsatzungen zu erreichen.

Welches Instrument gibt es? Im Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung ist ein Mindestabstand von 250 Meter Luftlinie festgelegt. Das ist zu wenig.

Darüber hinaus ist in diesem Gesetzentwurf eine Unzahl von Tatbeständen und Ausnahmemöglichkeiten sowie unbestimmten Rechtsbegriffen festgelegt. Das ist alles noch zu klären. Das genügt nicht. Deswegen fordern wir zusammen mit der Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten einen Mindestabstand von 500 Meter. Das fordern wir rigoros.

(Beifall bei der SPD)

Untersuchungen zeigen: Aufgrund der Labilität und der wenig gefestigten Struktur der Jugendlichen sind diese besonders schutzwürdig. Wir wollen im Hinblick auf das Baurecht absolut keine Spielhallen in räumlicher Nähe zu Jugend- und Kindereinrichtungen. Das haben wir in unseren Gesetzentwurf geschrieben. Bei Ihnen ist diese Absicht allenfalls daraus zu erkennen, dass Artikel 9 Absatz 1 Nummer 1 und 2 auf die Bestimmungen des Jugendschutzes und der Minderjährigenvorschriften im Staatsvertrag verweisen. Ist das ein klarer Kurs? Nein, das ist Mast- und Schotbruch.

Der Städtetag verlangt rechtliche Instrumente. Da geht es um Sperrzeiten. In letzter Zeit hat sich der Landtag damit hervorgetan, Sperrzeiten zu liberalisieren. Der Städtetag ringt um eine Sperrzeitverlängerung. Die Staatsregierung möchte eine Sperrzeit von 3 bis 6 Uhr einführen. Wir wollen eine Sperrzeit von 3 bis 11 Uhr, also für 8 Stunden. Wer muss denn von 3 bis 6 Uhr bzw. von 6 bis 11 Uhr zocken? Das sind doch genau die Leute aus prekären Verhältnissen, die der Spielsucht anheimgefallen sind. In Bayern gibt es 28.000 pathologische Glücksspielerinnen und Glücksspieler. 96 % davon sind Männer und 57 % hiervon sind zwischen 18 und 29 Jahre alt. Von den Kurzzeitspielern sind 35,9 % pathologische Spieler und 43,9 % Langzeitspieler. Wie kann man diese Leute schützen? - Genau durch unsere Sperrzeiten.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig sind aber auch Sperrungen, also Spielerdateien, die es ermöglichen, gefährdete Spieler sperren zu lassen. Sie haben das in Ihrem Gesetzentwurf überhaupt nicht erwähnt. Bei Ihnen geht es nur um Spielkasinos und andere Betriebe, aber nicht um die Orte, bei denen die höchste Prävalenz der Spielsucht auftritt, nämlich die Spielhallen. Wir fordern in diesem Zusammenhang auch das Verbot von Geld- und EC-Kartenspielerautomaten. Diese Forderung findet sich bei Ihnen nicht. Wir fordern Aufklärung. Wir wollen Spielerschutz, und zwar gleich. Das ist gleich der nächste Punkt. Ihre Übergangsfristen sind bodenlos. Bei Alt-Spielhallen ist innerhalb von fünf Jahren nichts geschehen. Sie wollen erst in fünf Jahren anfangen, die gefährdeten Spieler zu schützen. Das wollen wir nicht. Bei uns ist am 31. Dezember 2016 Schluss; dann gilt

für alle das gleiche Recht. Wer sagt, dies sei eine schleichende Enteignung, verkennt die Bedeutung des Eigentums im Verhältnis zur Gesundheit.

(Beifall bei der SPD)

Der Städtetag kommt in Bezug auf Ihren Gesetzentwurf zu einem vernichtenden Ergebnis. Der Gesetzentwurf ist angesichts der Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe und nicht hinreichend konkretisierbarer Ausnahmemöglichkeiten kaum nachvollziehbar. Sofern diese unbestimmten Rechtsbegriffe von der Bayerischen Staatsregierung nicht definiert werden, zeichnet sich eine langwierige Prozedur der Rechtsfindung bei den Gerichten unter Ausschöpfung sämtlicher Instanzen ab. Das nutzt niemandem, nur den Profiteuren. Die Irrfahrt des Odysseus ist dagegen eine klar konturierte Angelegenheit.

Angesichts der Gemeinsamkeiten und der Prägnanz und Konkretheit unseres Gesetzentwurfs rufe ich Ihnen zu: Geben Sie Ihre institutionellen Abwehrreflexe auf. Stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu. Er enthält ein klares Konzept, das den Vorrang und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums betont. Da das in Ihrem Gesetzentwurf nicht der Fall ist, werden wir diesen Entwurf ablehnen. Dem Gesetzentwurf der GRÜNEN werden wir zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Inzwischen wurde uns eine zweite namentliche Abstimmung angekündigt. Die SPD möchte über ihren Gesetzentwurf auf Drucksache 16/9611 ebenfalls in namentlicher Form abstimmen lassen.

Als Nächste hat Frau Kollegin Kamm für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir über das Ausführungsgesetz des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen. Dies wäre heute die Gelegenheit, endlich zu tun, was die Kommunen in Bayern seit Jahren fordern und was der Innenminister den Kommunen seit Jahren versprochen hat. Herr Innenminister, Sie haben dieses Versprechen spät genug abgegeben. Die Klage der Kommunen über die seit 2006 sprunghaft wachsende Spielhallenflut währt schon lange. Schon der ehemalige Städtetagspräsident Schaidinger prägte das Wort vom krebsartigen Wuchern der Spielhöhlen.

Herr Innenminister, Sie haben erst versucht, den Kommunen weiszumachen, sie könnten das Problem durch das Instrument des gegenwärtigen Baurechts in den Griff bekommen. Die Kommunen bekamen im

Jahr 2010 eine zehnjährige Anleitung, wie sie handeln sollten. Bei dieser Handlungsanleitung wurde jedoch ignoriert, dass die darin dargestellten Handlungsmöglichkeiten in den meisten Fällen überhaupt nicht greifen und allenfalls in reinen Wohngebieten von Nutzen sind.

Viel zu viel Zeit verstrich, in der die Zahl der Spielhallen in den Kommunen weiter wuchs und die Zahl der Glücksspielautomaten drastisch anstieg. Sie handelten weder auf Landesebene noch auf Bundesebene, wo Sie sich hartnäckig dagegen wehren, die Spielverordnung zu reformieren; denn insbesondere seit der Liberalisierung der Spielverordnung im Jahr 2006 ist das Anwachsen des Glücksspielproblems zu beobachten.

Meine Kolleginnen und Kollegen, zwischen der leichten Verfügbarkeit von Glücksspielangeboten in unmittelbarer Nähe und einem verstärkten Nachfrageverhalten besteht ein eindeutiger Zusammenhang. Ein dichtes Netz von Glücksspielangeboten und eine intensive Vermarktung senken die Hemmschwellen und fördern die gesellschaftliche Akzeptanz von Glücksspielen. Eine Vergrößerung des Glücksspielangebots erhöht immer das Auftreten von problematischem und pathologischem Spielverhalten. Insbesondere die Idee der FDP, möglichst viel legales Glücksspiel zuzulassen, um das illegale Glücksspiel zurückzudrängen, ist daher völlig verkehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen, keiner von uns wünscht sich in seiner Nachbarschaft eine Spielhalle. Diese bunten Klötze mit ihren verklebten Scheiben wirken wie Fremdkörper in einem Stadtteil, in einem Wohngebiet oder dem Zentrum eines Ortes. Die Scheiben sind von oben bis unten zugeklebt, weil die Spieler nicht von außen abgelenkt werden sollen. Sie sollen nicht mitbekommen, ob es Abend oder Nacht ist oder wenn es morgens wieder hell wird.

Stadtquartiere mit mehreren dieser Spielhallen geraten in eine Abwärtsspirale. Besonders fatal ist es für Tourismusorte, wenn in deren Zentren bestimmte Gaststätten in Spielhallen umgewandelt werden, weil die Immobilienbesitzer mehr Pacht erwirtschaften wollen.

Umso besorgniserregender ist das Anwachsen der Spielhallen in Bayern. Dieses Anwachsen findet nicht so sehr in den Großstädten statt, aber auch dort. In München hat sich seit dem Jahr 2000 die Zahl der Spielhallen verfünffacht. Auf 10.000 Einwohner kommen dort 15 Geldspielautomaten. Noch viel drastischer ist aber das Wachstum in den Klein- und Mittelstädten. Den Vogel schießen die Städte Mainburg und

Lauingen ab, in denen es bereits einen Spielautomaten pro 100 Einwohner gibt. Für Glücksspielgefährdete Personen ist das meist sehr fatal. Sie sind in der Regel überwiegend männlich, haben relativ häufig Migrationshintergrund und spielen in der Regel an Geldspielautomaten - 90 % des Geldes wird an Geldspielautomaten verspielt -; sie sind entweder um die 20 Jahre und haben ein relativ geringes Ausbildungsniveau oder sie sind um die 40 und sozial und beruflich integriert; sie sind bereits als Heranwachsende mit Glücksspiel in Kontakt gekommen und sind mit 20.000 Euro plus x verschuldet.

Die Symptome der Glücksspielsüchtigen reichen bis hin zu Suizidgedanken, Panik- und Schuldgefühlen. Die direkten Angehörigen und die Freunde leiden mit. Spieler können ganze Familien in die Schulden und den Ruin treiben. Vor diesem Hintergrund muss es doch große Sorgen bereiten, dass in Bayern mittlerweile von 28.000 Glücksspielsüchtigen Personen und von weiteren 34.000 Personen mit problematischem Glücksspielverhalten gesprochen wird. Wir sollten endlich mehr für die Spielerprävention tun und unser Handeln nicht einzig und allein am Umsatz der Dadelautomateninhaber orientieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern könnte handeln. Der Städtetag und der Gemeindetag mahnen weitere Maßnahmen an. Der Städtetag und der Gemeindetag haben sich den Gesetzentwurf der Staatsregierung angesehen. Sie haben ihn als völlig unzureichend charakterisiert und fordern das Land auf, mehr zu tun.

Ein kleines Beispiel aus der Kommune Karlsfeld. Selten waren sich die Bauausschussmitglieder so einig wie am vergangenen Mittwoch. Sie beschlossen, keine weiteren Spielhallen in der Gemeinde zuzulassen, so ein einstimmiger fraktionsübergreifender Beschluss des Bauausschusses. Sie haben in einem Teil der Gemeinde Veränderungssperren erlassen. Sie waren aber nicht in der Lage, dies im gesamten Gemeindegebiet zu tun. Aber auch die Veränderungssperren, zu denen Sie, Herr Innenminister, immer gesagt haben, dass die Gemeinden diese Möglichkeit ergreifen sollen, reichen nicht. Wenn nämlich jemand ein Grundstück gekauft hat und wegen eines später geänderten Bebauungsplans Vermögensseinbußen nachweisen kann, kann er die Gemeinde auf Schadenersatz verklagen. Die Gemeinde hofft daher dringend auf eine gute Gesetzgebung im Bayerischen Landtag.

Herr Kollege Arnold hat schon dargelegt: Der Vorschlag der Staatsregierung ist bescheiden. Wir fordern wie die SPD einen Mindestabstand von 500 Me-

tern. Wir fordern das Verbot von Werbung. Wir fordern eine entsprechende Außengestaltung. Wir fordern, dass die Kommunen die Höchstzahl der in ihnen zugelassenen Spielhallen selbst festlegen dürfen - eine wichtige Forderung, Herr Kollege Pohl -, um dort, wo die Spielhallen die Wohnqualität in einem Gemeindegebiet beeinträchtigen, weitere Spielhallen verhindern zu können. Wir fordern auch Möglichkeiten der Gewinnabschöpfung. Wir fordern ebenfalls deutlich längere Sperrzeiten morgens. Die Spielhallen sollten um 3 Uhr geschlossen werden.

Wir würden eigentlich verstehen, dass Sie zu diesem wichtigen Thema eine namentliche Abstimmung beantragen, wenn Sie einen Vorschlag vorgelegt hätten, der eine namentliche Abstimmung verdienen würde. Sie haben aber im Prinzip ein Nichts vorgelegt. Deshalb man zu diesem windigen Gesetzentwurf eine namentliche Abstimmung durchführen soll, kann ich nicht nachvollziehen. Wir werden jedenfalls dem Gesetzentwurf der SPD zustimmen. Wir verzichten auf die namentliche Abstimmung zu unserem Gesetzentwurf, würden das aber gerne nachholen, wenn Sie beispielsweise sagen würden: Das ermuntert uns doch, in Sachen Spielerprävention und Glücksspielprävention endlich mehr zu tun. Ich befürchte aber, dass es bis dahin in diesem Hause noch ein weiter, steiniger Weg ist.

Ich bedauere wirklich sehr, dass Sie so viel Zeit haben ins Land gehen lassen, ohne zu handeln. Ich hoffe, dass Sie sich bald besinnen und diesen Gesetzentwurf deutlich nachbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die CSU bitte ich Frau Guttenberger ans Mikrofon. Bitte schön.

Petra Guttenberger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Im vorliegenden Fall geht es um das Ausführungsgesetz zum Glücksspielstaatsvertrag, über den wir letzte Woche bereits einen Beschluss gefasst haben. Dieser Glücksspielstaatsvertrag legt im Wesentlichen die Basis für eine Vielzahl von Regelungen fest, die nun in einem Gesetzentwurf festgeschrieben werden, zu denen von den GRÜNEN und der SPD Gesetzentwürfe eingebracht wurden.

Durch den Glücksspielstaatsvertrag hat sich nach unserem Dafürhalten das jeweils vorgestellte Gesetz überholt. Jetzt geht es darum, rechtstechnisch und rechtssystematisch den Glücksspielstaatsvertrag mit bayerischen Ausführungsbestimmungen sinnvoll mit Leben zu erfüllen. Wir sind also der festen Überzeugung, dass mit diesem Ausführungsgesetz der Gesetzgebungskompetenz entsprechend Genüge getan

wird und sehen für zwei weitere Gesetze betreffend Spielhallen, also Spielhallengesetze, keinerlei Regelungsbedürfnis und auch keinerlei Regelungsraum. Allein schon aus diesem Grund werden wir diesen beiden Gesetzentwürfen nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Wir sehen also unter keinem Gesichtspunkt eine entsprechende Notwendigkeit hierfür.

Lassen Sie mich jetzt etwas zum Ausführungsgesetz sagen. Auch wir hätten uns vielleicht in manchem Bereich, bei den Sperrzeiten einiges mehr gewünscht. Wir hätten uns durchaus auch einen größeren Mindestabstand gewünscht. Wir hätten vielleicht auch die eine oder andere Regelung eingebracht. In einer Koalition schließt man aber Kompromisse. Der Kompromiss, der jetzt vorgelegt wurde, ist aus unserer Sicht eine tragbare Basis, um künftig für mehr Spielprävention,

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Wie war denn eure Ausgangsforderung?)

für mehr Schutz der Betroffenen und für eine stärkere Suchtprävention eintreten zu können. Wie gesagt: Man kann im Rahmen einer Koalition nicht immer alles durchsetzen. Das ist eben Demokratie.

Wir halten es für einen wesentlichen Fortschritt, dass fortan der Mindestabstand zwischen den einzelnen Spielhallen 250 Meter beträgt. Wir halten es für einen wesentlichen Fortschritt, dass die Sperrzeit nicht mehr bei einer Stunde, sondern bei drei Stunden liegt, ergänzt um eine Kompetenz der Kommunen, bei bestimmten örtlichen Erfordernissen oder aufgrund öffentlicher Erfordernisse eine wesentlich weitergehende Regelung auf den Weg zu bringen. Damit ist zum einen klargelegt, dass Mehrfachkonzessionen nicht von Bestand sein werden. Eine Mehrfachkonzession ist also ein endliches Thema. Das heißt aber auch, dass diese nicht von heute auf morgen ad absurdum geführt werden, weil das mit der Verfassung und dem eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb nicht zu vereinbaren wäre. Das wissen auch die juristischen Kollegen der Opposition; man schaut aber eben gerne über all das hinweg.

Herr Kollege Arnold, Sie haben uns jetzt ellenlange Ausführungen gemacht, wie viele Spielhallen es in Deutschland gibt. Das ist richtig. Sie haben aber keinen vernünftigen Vorschlag dazu gemacht, wie Sie einerseits dem verfassungsgemäßen Schutz der Gewerbebetriebe Rechnung tragen und wie Sie andererseits die Suchtprävention verbessern wollen. Allein mit Aufzählungen und der Klage, wie schrecklich das doch alles sei, ist es nicht getan.

(Harald Güller (SPD): Darum haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt!)

Wir halten die Regelung, die eine Abwägung vorsieht, für richtig, um auf längere Sicht Mehrfachkonzessionen zu verhindern. Gleichzeitig schaffen wir damit aber auch ein Gesetz, das einer gerichtlichen Überprüfung standhalten wird. Ich bin der festen Überzeugung, dass der eine oder andere Spielhallenbetreiber den Klageweg beschreiten wird. Dann aber möchte ich als Mitglied des Landtags auf der sicheren Seite stehen und sagen: Wir haben etwas getan, was für die Suchtprävention und für den Schutz der Spielerinnen und Spieler Bestand hat. Wir sind der festen Überzeugung, dass unser Gesetz die richtige Basis dafür darstellt.

Im selben Zusammenhang ist auch die Härtefallklausel zu sehen. Auch daran wird klar, dass Mehrfachkonzessionen auf längere Sicht keinen Bestand haben werden. Klar ist aber auch, dass Gewerbebetriebe nicht ohne Übergangsfrist zur Einstellung des Betriebs gezwungen werden können, denn auch das - das weiß jeder Jurastudent im zweiten Semester - wäre verfassungswidrig. Wenn Sie bestimmte Probleme nicht sehen wollen, schauen Sie einfach nicht hin. Das möchte ich hier aber nicht weiter vertiefen.

Wir halten es auch für wichtig, dass wir mit den verstärkten Anforderungen das Lotteriemonopol halten können, denn der Europäische Gerichtshof hat sich sehr klar dazu geäußert, dass unsere in manchen Bereichen sehr strikte Regelung angesichts des europäischen Rechts zumindest sehr fragwürdig ist. In diesem Zusammenhang ist auch die für sieben Jahre geltende Experimentierklausel für Sportwetten zu sehen. Einen Appell an den Bund möchte ich mir hier auch nicht ersparen: Im Zusammenhang mit der Spielverordnung ist es dringend erforderlich, dass die Vorschriften über die Gewinnabschöpfung so verschärft werden, wie es bei der Evaluierung im Jahr 2006 zum Ausdruck gekommen ist.

Unser Fazit lautet: Dieses Gesetz ist eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Recht. Es ist eine Kompromisslösung, es ist aber auch eine tragfähige Lösung, die für die Zukunft mehr Suchtprävention und mehr Spielerschutz gewährleistet. Deswegen steht es für uns außer Frage, dass wir diesem Gesetz mit wichtigen Gesichtspunkten für die Zukunft auch zustimmen werden.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die FREIEN WÄHLER hat sich Herr Kollege Pohl zu Wort gemeldet.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion begrüßt den Gesetzesentwurf der Staatsregierung. Dafür wurde es aber auch Zeit. Ich muss zum zweiten Mal am heutigen Tag von meinem Studium in den 1980er Jahren erzählen.

(Inge Aures (SPD): Jetzt schon wieder?)

Kollege Kreuzer wird es bestätigen, denn er ist auch in 1980er Jahren durch diese Mühen gegangen. Damals haben wir im öffentlichen Recht über das Thema Spielhallen und Verhinderungsplanung diskutiert und mussten uns sagen lassen, dass man mit dem Bauplanungsrecht Spielhallen nicht verhindern könne, weil das eine unzulässige Verhinderungsplanung wäre. So alt ist das Problem schon. So lange warten Bayerns und Deutschlands Kommunen auf eine praktikable Regelung, um das Problem der immer weiter ausufernden Spielhallenflut wirksam in den Griff zu bekommen.

(Eberhard Sinner (CSU): Waren Sie nicht selbst der größte "Allgäu-Zocker"? - Heiterkeit)

- Mein lieber Herr Ex-Staatskanzleichef, ich würde einmal vor der eigenen Haustüre kehren.

(Alexander König (CSU): Das war eine schwache Antwort! Ja oder Nein?)

Bei Ihnen oben in Main-Spessart ist die Dichte von Spielhallen weitaus höher. Ich weiß zumindest von Armin Grein, dem Landrat, dem Sie einmal mit 20 zu 80 Prozent unterlegen sind, dass dieses Problem auch im Landkreis Main-Spessart sehr groß ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kommunen mussten Notwehrmaßnahmen ergreifen, weil ihnen der Gesetzgeber nicht geholfen hat. Hier muss ich den ansonsten von mir nicht so geschätzten Regensburger Oberbürgermeister Schaidinger loben. Er hat für die Stadt Regensburg ein Konstrukt erdacht, welches zwar rechtlich grenzwertig ist, aber immerhin einen gewissen Schutz dagegen geboten hat, dass sich die Zahl der Spielhallen exponentiell nach oben bewegt hat.

Jetzt haben wir eine rechtliche Handhabe. Ich hoffe nur, dass sie auch rechtlich hält. Wir hätten uns etwas anderes gewünscht. Wir hätten gesagt, die Kommunen sollen selbst entscheiden können, sie sollen das Problem über das Baurecht mit der Ausweisung von Konzentrationsflächen regeln können. Damit komme ich in der Tat der Idee, die die Kollegin Kamm vorhin geäußert hat, nahe. Es geht darum, die Zahl der Spielbetriebe zu begrenzen. Dabei halte ich die Rege-

lung, mit der ein Mindestabstand von 250 Metern zwischen zwei Spielhallen gefordert wird, schlichtweg für ungeeignet. Wenn sich im Bereich des Münchner Hauptbahnhofs fünf, zehn oder meinetwegen 15 Spielhallen auf engstem Raum befinden, wird die Sucht weniger gefördert, als wenn in einer kleinen Gemeinde ohne Bebauungsplan in jedem Ortsteil im Abstand von 250 Metern zwei Spielhallen stehen, sodass man in dieser Gemeinde mit fünfzehnhundert Einwohnern die Auswahl zwischen zehn Spielhallen hat. Es hätte mit Sicherheit bessere Regelungen gegeben, die Spielhallenflut einzudämmen. Ich bin darauf gespannt, was die Gerichte zu diesen Regelungen sagen werden. Denn eines ist auch klar: Diese Regelungen landen wieder vor dem Kadi.

Auch die Frage des Bestandschutzes ist nicht befriedigend geregelt worden. Ich bin mir nicht sicher, Herr Kollege Arnold, ob die Güterabwägung, die die Gerichte treffen, im Sinne unseres Gesetzes läuft. Ich hoffe es natürlich, aber es steckt noch eine große Unsicherheit dahinter.

Ein zentrales Ziel dieses Gesetzes muss die Suchtbekämpfung sein. Wir haben aber auch noch andere Ziele. Wir haben auch das Ziel funktionierender Innenstädte. Denn die Wohnqualität und die Quartiersqualität sinkt, wenn man eine Spielhalle neben der anderen hat. Die Quartiersqualität sinkt, wenn man nicht regulieren kann, wo solche Vergnügungsstätten sein dürfen.

Wenn man sich die Suchtbekämpfung auf die Fahne schreibt - das sage ich durchaus kritisch in Richtung Bayerische Staatsregierung oder zumindest eines Teils der Staatsregierung -, darf man nicht auf der einen Seite nur private Spielhallen bekämpfen, auf der anderen Seite aber für die staatlichen Casinos neue und bessere Automaten fordern, mit denen man mehr Geld einnehmen kann, und das Mindestspielalter von 21 auf 18 Jahren absenken. Ich bin sehr dankbar dafür, dass der Finanzminister in diesem Punkt seinen Staatssekretär zurückgepfiffen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun zu den Gesetzesentwürfen der SPD und der GRÜNEN. Sie enthalten einige Regelungen, die wir begrüßen. Andere können wir so nicht mittragen. Wir wollen die Sucht bekämpfen, aber wir wollen nicht die Unternehmer bekämpfen. Das muss man einmal deutlich sagen. Ich höre von Gewinnabschöpfung und sehe, mit welchen bürokratischen Mitteln hier gearbeitet wird. Wir wollen einen Unternehmer, der ein Gewerbe seit 30 Jahren betreibt und damit verantwortungsvoll umgeht, nicht genauso behandeln wie einen, der ein neues Geschäftsmodell entdeckt hat, eine neue Spiel-

halle aufmacht, diese reißerisch bewirbt und damit das große Geld machen möchte. Hier muss man schon differenzieren. Man darf nicht alles über einen Kamm scheren. Deswegen werden wir uns bei der Abstimmung über Ihre Gesetzentwürfe enthalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. Für die FDP bitte ich Frau Sandt an das Mikrofon.

Julika Sandt (FDP): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das Ausführungsgesetz stützt sich auf den Glücksspielstaatsvertrag mit den Zielen Jugendschutz, Suchtprävention und Spielerschutz. Für Spielhallen verlangt das Ausführungsgesetz ganz explizit ein Sozialkonzept, mehr Information und klare Regelungen für Werbung. Die Veranstalter von Glücksspielen werden verpflichtet, die Spieler zu verantwortungsbewusstem Spiel anzuhalten und der Entstehung von Glücksspielsucht vorzubeugen. Das Personal muss entsprechend geschult werden, und die Richtlinien zur Vermeidung und Bekämpfung von Glücksspielsucht sind zu erfüllen. Die Veranstalter müssen die Spieler über die Suchtrisiken und über das Verbot der Teilnahme Minderjähriger informieren und über die Möglichkeit der Beratung und Therapie aufklären. Auch die Werbung darf sich demnach nicht an Minderjährige oder gefährdete Zielgruppen richten. Suchtgefährdete Spieler können sich selbst sperren. Es gibt auch Fremdsperren.

In diesen wesentlichen Punkten überschneiden sich die drei Gesetzentwürfe, die wir heute diskutieren. Allerdings sieht der Gesetzentwurf der Staatsregierung bei Spielhallen einen Mindestabstand von 250 m vor. Damit wird eine Konzentration von Spielhallen an bestimmten Brennpunkten ganz klar verhindert. SPD und GRÜNE allerdings wollen den Abstand auf 500 m erhöhen. Das würde bewirken, dass sich Spielhallen künftig auch in Ortsteilen ansiedeln, die bisher vollkommen untypisch für Spielhallen waren. Da gebe ich dem Kollegen Pohl in gewisser Weise recht. Dem Anliegen, die Ortsbilder schöner zu gestalten und mehr Wohnqualität zu schaffen, ist damit nicht gedient, ganz im Gegenteil.

Der Entwurf der Staatsregierung sieht vor, nicht nur nach Plan vorzugehen, sondern lässt auch zu, dass die Kommunen unter bestimmten Voraussetzungen Einzelfälle berücksichtigen und Ausnahmen vorsehen können.

Dass es künftig keine Mehrfachkonzessionen für Spielhallen mehr geben wird, regelt bereits der Staatsvertrag. Allerdings sieht der Kompromiss der Koalition eine Übergangsfrist von fünf Jahren vor. Un-

terdessen wollen SPD und GRÜNE die Betreiber von heute auf morgen enteignen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Wir wollen einen fairen Ausgleich zwischen Kommunen und Betreibern, die vielleicht gerade investiert haben.

Weiter sieht das Ausführungsgesetz eine Sperrzeit von drei bis sechs Uhr früh vor. Diese Zeit wird der Gesetzgeber aber nicht in Stein meißeln; auch hier ist vorgesehen, dass die Kommunen diese Sperrzeit unter besonderen Voraussetzungen verlängern können. Damit wird letztlich die Subsidiarität gestärkt.

Den Entwürfen der SPD und der GRÜNEN können wir aus den genannten Gründen keinesfalls zustimmen. Hinzu kommen noch einige Merkwürdigkeiten. Frau Kamm, Sie haben soeben kritisiert, dass diese bösen Hallen alle außen verklebt seien und niemand hineinsehen könne, weil die Spieler das nicht wollten. In Ihrem Gesetzentwurf steht aber genau das drin, was auch im Entwurf der SPD steht, dass man eben keinen Einblick in die Spielhallen haben soll. Dann können Sie das doch nicht an anderer Stelle kritisieren. Damit kritisieren Sie doch Ihren eigenen Gesetzentwurf. Zwar steht auch drin, dass Tageslicht in die Spielhallen hineinkommen soll, aber ich weiß nicht, wie Sie sich das genau vorstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

- Kuppeln über alle Spielhallen - das ist eine interessante Vorstellung.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Die SPD will darüber hinaus ein Verbot für Personen erteilen, deren Teilnahme am Spiel aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht als angemessen erscheint. Mir ist nicht klar, wie die Spielhallen die wirtschaftlichen Verhältnisse beurteilen sollen. Sollen sie das zum Beispiel danach beurteilen, ob die Spieler Brioni-Anzüge tragen oder nicht? Wer soll das prüfen und wie?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, unterstützen Sie ein Gesetz mit Augenmaß. Das ist zwar ein Kompromiss, aber er ist durchdacht.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Frau Kollegin Sandt. Für die Staatsregierung hat sich Innenminister Herrmann zu Wort gemeldet. Sie haben das letzte Wort, jedenfalls bisher.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bayerische Ausführungsgesetz kommt dem Regelungsauftrag aus dem Glücksspielstaatsvertrag nach, den wir in der letzten Woche hier in diesem Hohen Haus beschlossen haben und dessen Vorgaben auf Landesebene durch konkrete Vorschriften umgesetzt werden müssen. Dieses Ausführungsgesetz führt die Zielsetzung des Staatsvertrags, nämlich Suchtprävention sowie Jugend- und Spielerschutz, ganz konsequent fort. Außerdem schöpft es die Spielräume aus, die der Staatsvertrag den Ländern lässt.

Im Bereich Lotto bleibt das bewährte System erhalten. Bei den Sportwetten, die im Rahmen des vom Staatsvertrag vorgesehenen Konzessionsmodells auch von Privaten angeboten werden dürfen, wurde die Zahl der Sportwetten-Vermittlungsstellen bayernweit auf 400 begrenzt. Außerdem ist die Ballung von Sportwettbüros verboten. Diese Wetten dürfen auch nicht in einem Gebäude oder Gebäudekomplex, in dem sich bereits eine Spielhalle befindet, vermittelt werden. Dies beugt einer übermäßigen Konzentration von Glücksspielangeboten in bestimmten Gebieten vor.

Kern des Ausführungsgesetzes sind die strengen Regelungen für Spielhallen. Ich habe schon in der vergangenen Woche bei der Zustimmung zum Glücksspielstaatsvertrag darauf hingewiesen, dass ich sehr froh bin, nachdem leider gerade das Thema Spielhallen über lange Jahre hinweg vernachlässigt worden ist,

(Zuruf von den GRÜNEN: Durch Sie!)

dass uns der Europäische Gerichtshof letztendlich gezwungen hat, dort etwas stärker regulierend einzugreifen. Ohne Zweifel - ich glaube, da gibt es hier im Hohen Haus eine breite Übereinstimmung - ist die Spielsuchtgefahr, jedenfalls nach allen vorliegenden Analysen, gerade bei Spielhallen weit größer als beim Fußball-Toto. Wir haben in den letzten Jahren vor allem die Spielsucht, beispielsweise bei Sportwetten, in Bayern intensiv bekämpft. Der Bund, der in der Vergangenheit für die Spielhallen zuständig war und weiterhin für die Spielverordnung zuständig ist, hat zum Teil das Recht für die Spielhallen in den letzten Jahren liberalisiert, anstatt die Zügel ein wenig anzuziehen. Das war unter dem Gesichtspunkt der Spielsuchtbekämpfung nicht unbedingt nachvollziehbar. Ich hoffe, dass die in den letzten Jahren zu verzeichnende erhebliche Expansion auf diesem Sektor mit den neuen Regelungen ein wenig gebremst werden kann. Von Spielhallen geht nun einmal die größte Suchtgefahr aus, und deshalb sind Vorschriften erforderlich, die dem weiteren Anwachsen dieses Marktes entschieden entgegenstehen.

Das Verbot der Mehrfachkonzessionen - das heißt, dass nur noch eine Spielhalle in einem Gebäude oder in einem Gebäudekomplex erlaubt werden darf - und auch der Mindestabstand von 250 m von einer Spielhalle zur anderen dienen der Bekämpfung der Spielsucht. Mit diesen Regelungen wird nicht nur eine unter Spielerschutzgesichtspunkten kritisch zu betrachtende Anhäufung von Glücksspielangeboten verhindert, sondern sie tragen auch zur Steigerung der städtebaulichen Attraktivität dieser Gebiete bei; denn was wir in manchen Bahnhofsvierteln in vielen Städten in ganz Deutschland erleben, wo sich zum Teil eine Spielhalle an die andere reiht, hat nicht unbedingt zur Steigerung der Attraktivität solcher Gegenden beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die nun einzuhaltende Sperrzeit von drei Stunden sorgt für eine Unterbrechung des Spiels und dient neben der Suchtprävention auch der Kriminalitätsbekämpfung. Zudem wird den Gemeinden ein Gestaltungsspielraum zur Verlängerung der Sperrzeit eingeräumt, wodurch die kommunale Ebene gestärkt und ihre Eigenverantwortlichkeit betont wird. Ich halte das für sinnvoll, weil die Festsetzung einer allgemeinen landesweiten Sperrzeit allein die örtlichen Gegebenheiten nicht in diesem Umfang berücksichtigen kann. Ich möchte außerdem betonen, dass es selbstverständlich Voraussetzung für die Erteilung einer Spielhallenerlaubnis ist, dass der Betreiber sämtliche Jugendschutzanforderungen, das Internetverbot und die Anforderungen des Sozialkonzepts sowie die Aufklärung über Suchtrisiken einhält. Mit all diesen Regelungen wird ein Ziel verfolgt: Die Staatsregierung will der starken Expansion von Spielhallen entgegenstehen. Wir streben für die Zukunft konsequent die sogenannte Einerkonzession mit maximal 12 Geldspielgeräten pro Spielhalle an. Wir müssen aus verfassungsrechtlichen Gründen für bestehende Spielhallen Übergangsfristen und eine Härtefallregelung schaffen. Eine Befreiung kommt jedoch nur noch unter engen Voraussetzungen infrage. Die Zahl der Geldspielgeräte muss nach Ablauf der Übergangsfrist auf 48 reduziert sein, und der Betreiber muss ein Anpassungskonzept mit einer klaren zeitlichen Perspektive für den weiteren Abbau der Geldspielgeräte vorlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den Werbebeschränkungen, mit dem Verbot von Mehrfachkonzessionen, mit dem Mindestabstand und mit den Sperrzeiten für Spielhallen wird nicht nur eine positive Wirkung auf das Ortsbild unserer Städte und Gemeinden erzeugt, sondern es wird, und das will ich noch einmal unterstreichen, denn das ist das oberste Gebot, der Spielerschutz gestärkt und Suchtbekämpfung

fung betrieben. Ich will aber nicht verschweigen, dass es mir sehr, sehr wichtig ist, dass der Bund die Spielverordnung noch verschärfen muss. Dafür ist auch weiterhin der Bund zuständig. Er hat klare Zusagen gegenüber der Ministerpräsidentenkonferenz bei der Beratung über den Glücksspieländerungsstaatsvertrag gemacht. Wir werden sorgsam darauf achten, dass der Bund die dort gemachten Zusagen auch einhält. Mit dem Glücksspielstaatsvertrag und unserem bayerischen Ausführungsgesetz haben wir ein Gesamtpaket geschaffen, das die richtigen Ziele für alle Bereiche des Glücksspiels umfassend und in sich stimmig sicherstellt. Ich bitte Sie um Zustimmung zum vorliegenden Gesetzentwurf.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Staatsminister, es gibt eine Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm. Bleiben Sie bitte am Redepult.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Innenminister, Sie haben gesagt, Sie werden darauf achten, dass der Bund endlich die Spielverordnung reformiert. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, in dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, das zu tun. Wie können Sie sich erklären, dass dieser Antrag hier im Bayerischen Landtag abgelehnt wurde, und zwar mit der Begründung, dass der Bund das ohnedies schon tun würde?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Die Fraktion, der auch ich angehöre, weiß - so viel traue ich mir zu sagen -, dass sie mich dazu nicht erst auffordern muss. Deshalb ist für mich nachvollziehbar, dass der Antrag aus Sicht meiner Fraktion nicht notwendig ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Uns liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir können die Aussprache deshalb schließen. Ich bitte um Konzentration hinsichtlich der folgenden Abstimmungen. Ich werde zuerst über den Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN abstimmen lassen, dann über den Gesetzentwurf der SPD in namentlicher Form. Anschließend werde ich die Endabstimmung über den Gesetzentwurf der Staatsregierung zunächst in einfacher Form und dann in namentlicher Form abstimmen lassen. Ich trenne deshalb die Tagessordnungspunkte wieder.

Der ersten Abstimmung liegt der Gesetzentwurf der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/9728 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz empfiehlt auf Drucksache

16/12871 die Ablehnung des Gesetzentwurfs. Wer hingegen dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenhaltungen? - Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.

(Allgemeine Unruhe)

Ich fahre nicht fort, wenn nicht ein Mindestmaß an Aufmerksamkeit gegeben ist, vor allem auf der rechten Seite des Hauses.

(Allgemeine Unruhe)

Wir wären schneller fertig, wenn wir das jetzt durchziehen könnten. Als nächstes lasse ich über den Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schmitt-Bussinger, Dr. Beyer und anderer und Fraktion der SPD über ein Bayerisches Spielhallengesetz auf Drucksache 16/9611 abstimmen. Hierfür wurde namentliche Abstimmung beantragt. Sie kennen die Spielregeln. Sie haben fünf Minuten Zeit. Mit der Abstimmung kann begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 20.15 bis 20.20 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Abstimmungsvorgang ist geschlossen. Ich bitte um Auszählung außerhalb des Saales. Das Ergebnis geben wir Ihnen nachher bekannt.

Wir können, wenn Sie auch bereit sind, zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6 schreiten.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 16/12192 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz auf Drucksache 16/12873 zugrunde. Der federführende und endberatende Ausschuss empfiehlt Zustimmung mit der Maßgabe, dass in § 4 als Datum des Inkrafttretens der "1. Juli 2012" eingefügt wird.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und eine Stimme aus der CSU. Stimmenhaltungen? - Das sind zwei Stimmen aus der FDP.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort

die Schlussabstimmung durch und diese in namentlicher Form. Ich bitte Sie wieder Ihre Kärtchen je nach Meinung in die Urne einzuwerfen. Wir können uns jetzt mit drei Minuten zufriedengeben.

(Namentliche Abstimmung von 20.22 bis 20.25 Uhr)

Auch dieser Abstimmungsvorgang neigt sich dem Ende entgegen. Bitte die letzten Kärtchen abgeben. - Der Abstimmungsvorgang ist beendet. Ich bitte um Auszählung außerhalb des Saales. Bis zur Verkündung des Ergebnisses würde ich noch gerne die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zu Ende bringen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. a. Anlage 3)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Gibt es auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

**Bestätigung
eines Mitglieds des Landessportbeirats**

Der Staatsminister für Unterricht und Kultus hat mitgeteilt, dass als neuer Vertreter der Deutschen Wandervereine im Landessportbeirat Herr Dr. Wolfgang Wabel, Leiter des Geschäftsbereichs Bergsport beim Deutschen Alpenverein e. V., benannt worden ist. Bisheriges Mitglied war Herr Thomas Urban, der Hauptgeschäftsführer des DAV.

Herr Staatsminister Dr. Spaenle hat gebeten, die hierfür gesetzlich vorgesehene Bestätigung durch Beschluss des Landtags herbeizuführen.

Eine Aussprache brauchen wir hierzu nicht. Wir kommen sofort zur Abstimmung. Wer dem vorgenannten Vorschlag seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, eine Stimme - -

(Unruhe)

Also noch einmal: Ich sehe, dass es keine Gegenstimmen gibt, keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Vorschlag angenommen. Der Landtag bestätigt damit gemäß Artikel 2 Absatz 3 des Gesetzes über den Bayerischen Landessportbeirat Herrn Dr. Wolfgang Wabel als neues Mitglied des Landessportbeirats.

Ich gebe ganz zuletzt jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Gesetzentwurf der Abgeordneten Rinderspacher, Schmitt-Bussinger, Dr. Beyer und anderer und Fraktion (SPD) eines Bayerischen Spielhallengesetzes, Drucksache 16/9611, bekannt: Mit Ja haben 40 gestimmt, mit Nein haben 81 gestimmt, Stimmenthaltungen: 11. Der Gesetzentwurf ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung auf Drucksache 16/12192: Mit Ja haben 88 gestimmt, mit Nein haben 42 gestimmt, Stimmenthaltungen: 3.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel "Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland und anderer Rechtsvorschriften".

Damit sind Sie befreit. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Genießen Sie ihn, das nächste Plenum kommt bestimmt.

(Schluss: 20.28 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.06.2012 zu Tagesordnungspunkt 4: Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Thomas Beyer u. a. und Fraktion SPD; eines Bayerischen Spielhallengesetzes (BaySpielhG) (Drucksache 16/9611)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin			
Prof. Dr. Barfuß Georg			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt		X	
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Franke Anne			
Freller Karl			
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			X
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von Gumppenberg Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas			
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			X
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert			
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd			
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter			X
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Will Renate		X	
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	40	81	11

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 19.06.2012 zu Tagesordnungspunkt 6: Gesetzentwurf der Staatsregierung; zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrages zum Glücksspielwesen in Deutschland und anderer Rechtsvorschriften (Drucksache 16/12192)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X		Görlitz Erika	X		
Aiwanger Hubert				Dr. Goppel Thomas	X		
Arnold Horst		X		Gote Ulrike			
Aures Inge		X		Gottstein Eva	X		
Bachhuber Martin				Güll Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg				Güller Harald		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Freiherr von Gumppenberg Dietrich	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Guttenberger Petra	X		
Bause Margarete		X		Hacker Thomas			
Dr. Beckstein Günther				Haderthauer Christine			
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bertermann Otto			X	Hallitzky Eike		X	
Dr. Beyer Thomas		X		Hanisch Joachim	X		
Biechl Annemarie	X			Hartmann Ludwig		X	
Biedefeld Susann				Heckner Ingrid	X		
Blume Markus	X			Heike Jürgen W.	X		
Bocklet Reinhold				Herold Hans	X		
Breitschwert Klaus Dieter	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold			
Dr. Bulfon Annette	X			Hessel Katja	X		
Dechant Thomas	X			Dr. Heubisch Wolfgang			
Dettenhöfer Petra	X			Hintersberger Johannes	X		
Dittmar Sabine		X		Huber Erwin			
Dodell Renate				Dr. Huber Marcel			
Donhauser Heinz	X			Dr. Hünnerkopf Otto			
Dorow Alex	X			Huml Melanie	X		
Dr. Dürr Sepp				Imhof Hermann	X		
Eck Gerhard	X			Jörg Oliver	X		
Eckstein Kurt	X			Jung Claudia	X		
Eisenreich Georg	X			Kamm Christine		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen				Karl Annette		X	
Felbinger Günther	X			Kiesel Robert			
Dr. Fischer Andreas			X	Klein Karsten	X		
Dr. Förster Linus				Kobler Konrad			
Franke Anne				König Alexander	X		
Freller Karl				Kohnen Natascha			
Füracker Albert	X			Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kreuzer Thomas	X		
Gehring Thomas		X		Ländner Manfred	X		
Glauber Thorsten				Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Goderbauer Gertraud				Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas	X		
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa		X	
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria		X	
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland			
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg			
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus			
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred	X		
Scharfenberg Maria			
Schindler Franz		X	
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schneider Harald		X	
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan		X	
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana			
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa		X	
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna		X	
Thalhammer Tobias			X
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul		X	
Werner Hans Joachim		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig		X	
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto	X		
Zelmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	88	42	3

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Behinderung der Altenpflege
Drs. 16/11029, 16/12695 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
„Rettungsschirm für die Pflege“ 1:
Qualifizierte Erhebung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege
Drs. 16/11047, 16/12694 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
„Rettungsschirm für die Pflege“ 2:
Kostenfreie und flexible Pflegeausbildung
Drs. 16/11048, 16/12693 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
 „Rettungsschirm für die Pflege“ 3:
 Staatliche Förderung von Modernisierung und Ersatzneubauten von Altenpflegeeinrichtungen
 Drs. 16/11049, 16/12677 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
 „Rettungsschirm für die Pflege“ 4:
 Integrierte pflegerische Versorgung durch Gesamtversorgungsverträge
 Drs. 16/11050, 16/12676 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
 „Rettungsschirm für die Pflege“ 5:
 Flächendeckend Pflegestützpunkte für Bayern
 Drs. 16/11051, 16/12675 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
 „Rettungsschirm für die Pflege“ 6:
 Einführung der solidarischen Pflege-Bürgerversicherung - Nein zur „Bahr-Pflege“
 Drs. 16/11052, 16/12674 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
„Rettungsschirm für die Pflege“ 7:
Sofortige Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs
Drs. 16/11053, 16/12673 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
„Rettungsschirm für die Pflege“ 8:
Einrichtung einer Fakultät für Pflegewissenschaften
Drs. 16/11054, 16/12672 (A)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
„Rettungsschirm für die Pflege“ 9:
Für Transparenz in der stationären Pflege - Veröffentlichung der Prüfberichte der Heimaufsicht sicherstellen
Drs. 16/11055, 16/12671 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU,
Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (1)
Grundsatz Rehabilitation vor Pflege konsequent umsetzen
Drs. 16/11957, 16/12670 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (2)
Entbürokratisierung in der ambulanten und stationären Pflege
Drs. 16/11958, 16/12669 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (3)
Familiengpfegezeit
Drs. 16/11959, 16/12668 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (4)
Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege weiter verbessern
Drs. 16/11960, 16/12667 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (5)
Neue Formen des Seniorenwohnens und das Prinzip „Pflege daheim“ nachhaltig umsetzen
Drs. 16/11961, 16/12666 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (6)
Pflege daheim fördern - den grauen Pflegemarkt abbauen
Drs. 16/11962, 16/12665 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (7)
Vernetzung von ambulanter und stationärer Pflege
Drs. 16/11963, 16/12664 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (8)
Bürokratieabbau - Einheitliche Leitlinien für die Pflegedokumentation
Drs. 16/11964, 16/12663 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Hermann Imhof, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU, Thomas Hacker, Brigitte Meyer, Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Pflege in Bayern (9)
Vernetzung der Beratungsstrukturen in der Pflege verbessern
Drs. 16/11965, 16/12662 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP), Joachim Unterländer, Gudrun Brendel-Fischer, Petra Dettenhöfer u.a. CSU
Pflegeoffensive Bayern I
Lehrstühle für Pflegewissenschaften an bayerischen Hochschulen ausbauen
Drs. 16/11967, 16/12661 (G)

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gem. § 126 Abs. 3 GeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer und Fraktion (FDP), Joachim Unterländer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Pflegeoffensive Bayern II
Bericht zum Bestand an Pflegekräften in der Altenpflege und zur Entwicklung der Ausbildungszahlen der Altenpflegerinnen und Altenpfleger
Drs. 16/11968, 16/12660 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
Karrierespektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:
Vermeidung von halben Stellen im Postdocbereich
Drs. 16/11057, 16/12687 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg u.a. CSU
Bologna-Prozess fortentwickeln: Weitere Verbesserung der Studierbarkeit -
Flexibilität für Studierende erhöhen!
Drs. 16/11535, 16/12688 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg u.a. CSU,
Dr. Otto Bertermann, Dr. Annette Bulfon, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses an den bayerischen Hochschulen
Drs. 16/11609, 16/12689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zu Erfahrungen mit der Verlagerung der Zuständigkeit für die ambulante
Eingliederungshilfe und zu einer inklusionsorientierten Weiterentwicklung der
Eingliederungshilfeleistungen
Drs. 16/11648, 16/12735 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
KZ-Außenlager Hersbruck
Drs. 16/11810, 16/12690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Dr. Andreas Fischer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg,
Dr. Otto Bertermann u.a. und Fraktion (FDP),
Petra Guttenberger, Jürgen W. Heike, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Interessen von Käufern und Verkäufern wahren - Verjährung von
Gewährleistungsansprüchen bei Nacherfüllung eindeutig regeln
Drs. 16/11970, 16/12736 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Ludwig Wörner u.a. und Fraktion (SPD)
Wertverlust beim Stiftungsvermögen der Bayerischen Landesstiftung
Drs. 16/12072, 16/12723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schwierige Situation der Lehrbeauftragten an bayerischen Musikhochschulen
Drs. 16/12079, 16/12691 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Tätowierfarben: Gesundheitsschutz für die Bevölkerung
Drs. 16/12098, 16/12738 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein u.a. SPD
Bericht über den Studienabbruch von Studierenden an Bayerns Hochschulen
Drs. 16/12299, 16/12692 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger CSU,
Dr. Otto Bertermann, Julika Sandt, Thomas Dechant u.a. und Fraktion (FDP)
Wap-Billing - Kunden wirksam schützen!
Drs. 16/12421, 16/12634 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar,
Ludwig Wörner u.a. SPD
Neuausbruch der Rinderseuche BHV1 im Landkreis Donau-Ries
Drs. 16/12371, 16/12657

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

34. Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Brigitte Meyer
und Fraktion (FDP),
Joachim Unterländer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU
Pflegeoffensive Bayern III
Perspektiven für eine zukunftsfeste Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Pflege
Drs. 16/11969, 16/12734 (G) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>